

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 60 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Lebensgehaltene Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Verbandsorgan des Bergarbeiterverbandes Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen. Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Wilmshausenstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Ort, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Galgenshumor.

Felerschieden, Lohnabzüge, Massenkündigung, Alles ist jetzt auf den Schächten heftlich und in Schwung.

Und dann noch die andern Freuden! Die dem Bergmann blüh'n, Uebermut und Herrentruzung Zu der Arbeit Müh'n. —

Schwarze Listen, Achtungslisten, Wandern flott umher — Sagt, ihr lieben deutschen Knappen, Was verlangt ihr mehr? — — B. R.

Die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrrevier im Jahre 1908.

Soeben wird für den Ruhrbergbau die Zahl der Schichten und die Höhe der Löhne der Bergarbeiter für das Jahr 1908 veröffentlicht. Es ist eigentümlich, während die Werkpresse fortgesetzt auf drohende Arbeiterentlassungen im größeren Umfange hinweist, zeigte die Belegschaftsziffer im Ruhrrevier im vierten Quartal 1908 gegenüber dem dritten Quartal eine Steigerung der Arbeiterzahl von 12 000 Mann. Im vierten Quartal 1908 entfallen schon eine große Anzahl Felterschieden; die Fördererstatistik zeigt einen Rückgang, Löhne wurden gekürzt, hier und da schon Arbeiterentlassungen vorgenommen und trotz alledem diese Belegschaftsziffer im letzten Quartal! Und wir bezweifeln, daß die Belegschaftsziffer im ersten Quartal 1909 eine Verminderung erfahren hat. Diese dürfte erst das kommende Frühjahr mit sich bringen. Ob angesichts der Krise, der Felterschieden, der reduzierten Löhne, der verringerten Fördererziffer, die Anlegung so großer Massen Arbeiter in so kurzer Zeit eine solche Politik zu bezweifeln wir, wenn andererseits fortgesetzt mit Massenentlassungen gedroht wird. Eine derartige Politik kann nicht zur Milderung der wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Man muß die Tagespresse verfolgen, welche verkehrte Anschauungen über die gegenwärtige Situation eingebracht sind. Kein Mensch weiß, was auch die nächste Zukunft bringen wird. Und das unter der Herrschaft eines Syndikats wie das rheinisch-westfälische!

Doch halten wir uns an dem, was über die Verhältnisse im Bergbau im Jahre 1908 festgestellt worden ist. Soweit die Schichten und Löhne der Bergarbeiter in Frage kommen, stoßen wir auf folgende Ergebnisse: Im vierten Vierteljahr 1907 zählten wir im Ruhrbergbau 9256 Beamte und 309 353 Arbeiter. Verloren wurden 24 699 061 Schichten, also auf einen Arbeiter 80 Schichten. Der gesamte Nettolohn stellte sich auf 123 237 069 Mk.; auf einen Arbeiter 399 Mk. oder 4,99 Mk. pro Schicht. In den einzelnen Quartalen im Jahre 1908 gestalteten sich die Verhältnisse folgendermaßen. Es betragen:

1. Viertel 1908	2. " 1908	3. " 1908	4. " 1908
330 435	320 475	323 303	335 358
122 362 056	116 520 257	126 730 096	119 766 087
78	75	81	75
4,87	4,82	4,82	4,76

Es war der Durchschnittslohn pro Kopf und Schicht vom vierten Quartal 1907 bis zum vierten Quartal 1908 im Ruhrrevier um 23 Pfennig gefallen. Es haben in diesem Quartal die Bergarbeiter, da sie fünf Schichten weniger verdienen als im gleichen Quartal des Vorjahres, durchschnittlich 24,95 Mk. weniger verdient. Daß ein solcher Minderungsverdienst empfunden werden muß, ist selbstverständlich.

Für die einzelnen Arbeiterklassen ergaben sich folgende Durchschnittslöhne. Im vierten Quartal verdienten die eigentlichen Bergarbeiter 6,14 Mk., die sonstigen unterirdischen Arbeiter 4,15 Mk., Arbeiter über Tage 3,96 Mk. und jugendliche Arbeiter 1,40 Mk. Im Jahre 1908 verdienen:

Eigentliche Bergarb. (49,8 Proz.)	Sonstige unterirdische Arbeiter (27,9 Proz.)	Arbeiter über Tage (18,9 Proz.)	Jugendliche Arbeiter (3,5 Proz.)
5,94 Mk.	4,09	3,93	1,38
5,85	4,09	3,93	1,38
5,89	4,08	3,90	1,36
5,77	4,05	3,92	1,36

Demnach sind die Löhne für die eigentlichen Bergarbeiter seit dem vierten Quartal 1907 gar um 37 Pfennig pro Schicht gefallen. Und die Lohnrückgänge haben sich in den letzten Monaten noch verschlimmert.

Für das ganze Jahr 1908 ergeben sich folgende Biffern. An Schichten wurden insgesamt verbraucht 100 752 088, während in diesem ein Nettolohn in Höhe von 485 378 494 Mk. erzielt wurde. Der einzelne Arbeiter partizipierte hieran mit durchschnittlich 309 Schichten und einem Jahresverdienst von netto 1495 Mk. = 4,83 Mk. pro Schicht. Die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter in den einzelnen Bergrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund betragen im Bergrevier Dortmund I 4,55 Mk., Dortmund II 4,72 Mk., Dortmund III 4,80 Mk., Ost-Essen 4,85 Mk., West-Essen 4,71 Mk., Süd-Essen 4,65 Mk., Nord-Bochum 4,78 Mk., Süd-Bochum 4,53 Mk., West-Bochum 4,78 Mk., Witten 4,62 Mk., Wattenfeld 4,77 Mk., West-Reddinghausen 4,93 Mk., West-Reddinghausen 5,09 Mk., Werden 4,49 Mk., Herne 4,87 Mk., Hattingen 4,62 Mk., Hamm 4,68 Mk., Duisburg 4,76 Mk. und Oberhausen 4,72 Mk. Die Durchschnittslöhne differieren zwischen dem Werden Bergrevier und dem West-Reddinghausen um 60 Pfennig.

Wir sehen, die Krise lastete schon im vergangenen Jahre stark auf den Ruhrbergleuten. Und das ist inzwischen nicht besser, sondern schlimmer geworden. Wie die Werksbesitzer wollen, so werden die Löhne reguliert, ohne daß die Bergarbeiter auch nur einen Einfluß auf die Gestaltung der Löhne ausüben können, wie das durch ihre Kameraden in England und anderswo schon geschieht. Freilich auch die Werksbesitzer gehen in eine falsche Richtung — aber nicht allgemeine.

Eine ganze Anzahl Werke hat im Jahre 1908 einen noch erheblicheren Mehrerlös erzielt. Das ist doch die Grubenbesitzer nicht daran, in Deutschland selbst im Jahre 1908 die Grubenprodukte zu verbilligen. Eine Verbilligung der Kohle ist erst mit diesem Jahre eingetreten. Das lassen die Werksbesitzer denn auch die Bergarbeiter nichtig fühlen. 30—40 Mk. pro Monat werden von vielen Bergleuten weniger verdient als im vergangenen Jahre. Trotz der schlimmsten und härtesten Arbeiten kommen wahre Hungerlöhne zur Auszahlung. Man beobachtet nur die Bergarbeiter und ihre Enttäuschungen an den Lohntagen. Es ist ein Skandal, wie man mit den Vergleichen umspringt.

Wann, Bergmann, wirst du in die Lage kommen, über deine Löhne mit zu beschließen, wann wirst du den Mut finden, mit allen deinen Kameraden durch die Macht der Organisation dieses Ziel zu erreichen?!

Eine rätselhafte Abrechnung.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat endlich die Geschäftsberichte für das Jahr 1908 veröffentlicht. Daß die Veröffentlichung der Geschäftsberichte nicht sofort nach Jahresabschluss geschieht, wie im Bergarbeiterverband, liegt an der Eigenart der Finanzwirtschaft, wie sie sich im Gewerbeverein zum Ausdruck aller nun einmal breit gemacht hat. Monatliche Übersichtliche Zahlstellenabrechnungen, wie im Verband, gibt es im Gewerbeverein nicht, sie erfolgen bisher auch nicht einmal für das ganze Jahr. Während andere christliche Gewerkschaftsorganisationen schon längst dem Beispiel der freien Gewerkschaftsverbände gefolgt sind, ist es der „Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter“, der, auf die Schatzkammer seiner Mitglieder pochend, sich weigert, eine orientierende wirtschaftliche Kassenwirtschaft bei sich einzuführen. Wir wollen den Gegnern nicht „unsere Schwäche“ zeigen. Mit dieser Ausrede seitens des Gewerbevereins, hat man sich abzufinden. Ja, wenn wenigstens noch die Jahresrechnung bzw. der Jahreskassenbericht ein solcher wäre, der der öffentlichen Kritik Stand halten könnte! Aber damit steht es bis zum Erbarmen aus. Und das im Gewerbeverein, dessen Führer pharisäisch in der Kläre Spanien sich nicht genug tun konnten, die Kassenwirtschaft des Verbandes anzugreifen. Dabei hat der Verband nichts zu verheimlichen und nichts zu fürchten. Der Verband veröffentlicht monatlich seine Einnahmen aus den Zahlstellen, stellt diese Einnahmen am Jahresabschluss zusammen, sodas jedes Mitglied und jeder Leser der „Bergarbeiter-Zeitung“ nachprüfen kann, wie die Finanzentwicklung sich im Verbands äußert. Die Kassenwirtschaft im Verbands ist eine solche, daß sogleich nach Jahresabschluss die Verschwendung der Bilanz erfolgen kann, und das wie gesagt eine Bilanz, die der öffentlichen Kritik Stand halten kann. Wo sich Fehler zeigten, hat die Kontrolle sie entdeckt und entdecken können und demnach ihre Maßnahmen getroffen. Ein geringes Manko in der Abrechnung der Firma Sandmann & Co. genügt, um f. B. den Kassierer sofort zu entlassen. Ein Beweis, daß die Kontrolle im Bergarbeiterverbande auf dem Posten ist.

Wie aber sieht es mit der Kassenkontrolle im Gewerbeverein aus?

Im Geschäftsbericht des Gewerbevereins für das Jahr 1907 ist als Barbestand am 31. Dezember 1907 die Summe von 667 556,84 Mk. angegeben, der Geschäftsbericht des Gewerbevereins für das Jahr 1908 aber erzählt uns, daß dieser Barbestand am gleichen Datum 644 825,47 Mk. betrug, also eine Differenz von 22 731,37 Mk.!!! Da schlage doch einer lang hint! Vielleicht wird man von einem Versehen reden. Aber es handelt sich nicht um einige Mark, wie wir sehen, sondern um eine sehr respektable Summe, die zu übersehen doch wohl nicht möglich ist, wenn der Kassierer und die Kontrolleure auf dem Posten sind. Es ist doch auch festzustellen, daß auch der Kassierentzug vorgenommen werden mußte und da mußte es sich doch herausstellen, ob zu viel oder zu wenig Vorgebild vorhanden war. Auf hundert Jahre hinaus dienten den Münchener-Glabbacher Böglingen eine solche Kassenwirtschaft als willkommeneres ständiges Agitationsmaterial, würde der Geschäftsbericht des Bergarbeiterverbandes einen derartigen „Schönheitsfehler“ aufweisen!

Die Darlehen des Gewerbevereins.

die dieser ausgeliehen hat. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1908 teilt der Gewerbeverein mit, daß ansfangs 1908 14 300 Mark Darlehen ausstanden, darunter 5000 Mark Darlehen an die f. B. verkaufte Krankenkasse des Gewerbevereins, der obendrein noch 2000 Mark „geschenkt“ wurden. Im Laufe des Jahres 1908 wurden noch 16 700 Mark Darlehen vergeben, darunter 10 000 Mark an die Zentral-Einkaufsgenossenschaft der christlichen Konsumvereine zu M.-Glabbad und 6000 Mark an den Metallarbeiterverband Breidebachs in Siegen gelegentlich der Hferlohrer Wapperrung. Von den 5000 Mark Darlehen an die Krankenkasse wird der Gewerbeverein nichts mehr wiedererhalten haben, er mußte ja noch 2000 Mark an sie „schenken“, um die einst so viel gerühmte „sozialpolitische Einrichtung“ im Gewerbeverein selig vertragen zu lassen. Auch von dem Breidebach'schen Verband scheint der Gewerbeverein wenig oder gar nichts wiedererhalten zu haben. Anknüpfend an dieses Darlehen bemerkt nämlich der „Vergknappe“: „Zum Dank für das Darlehn stänkern Breidebach, Ermerl und Konforten nur und suchen die Mitglieder jetzt von uns zu trennen. Das ist auch der Dank dafür, daß wir Breidebach mit 6000 Mark aushalfen. (Mitte, lieber „Bergknappe“, sind diese 6000 Mark identisch mit den an den Breidebach'schen Metallarbeiterverband gezahlten? D. V.) Nun, die Vergeltung wird sich die erbärmlichen Arbeitervertreter im Siegerland nicht ausbleiben.“ Doch lassen wir diesen Erguß auf sich beruhen.

Anfang 1908 standen 14 300 Mark Darlehen aus, hinzu kamen im Laufe dieses Jahres 16 700 Mark, das sind zusammen 31 000 Mark. Dann folgte die Auszahlung eines weiteren Darlehens und zwar im Jahre 1906 in einer Höhe von 6000 Mark. Das ist das letzte Mal, wo von Verleihung von Darlehen gesprochen wird; hinzukommen aber jetzt die Vorkäufe, die der Gewerbeverein zahlte. Und zwar zahlte er schon 1905 1047,70 Mark Vorkäufe, 1906 waren es 4148,88 Mark Vorkäufe, 1907 4445,57 und 4500 Mark und endlich 1908 3788 Mark. Zurückgehalten hat der Gewerbeverein im Jahre 1908 ein Darlehn von 1000 Mark, 1904 3500 Mark, 1905 3500 Mark, 1906 12 700 Mark,

1907 21000 Mark Vorkäufe und 4000 Mark Vorkäufe, und im Jahre 1908 erhielt dann der Gewerbeverein noch zurück 3000 Mk. und 1340 Mk. Es gab an diese Posten der Gewerbeverein also insgesamt 55 180,15 Mk. aus und er nahm wieder ein 49 600 Mk. Nun stellen wir folgendes fest. Die Krankenkasse ging süßen, der Breidebach'sche Verband knöpfte sich unseres Wissens die Taschen zu, als das Darlehn zurückverlangt wurde, und die M.-Glabbacher Zentral-Einkaufsgenossenschaft ging ein, nicht weil diese Genossenschaft zu viel, sondern zu wenig Kapital hatte. Und nun stehen doch auch noch Darlehen im Gewerbeverein aus. Alles das macht Summa summarum soviel, daß man mit vollem Recht vom Gewerbeverein verlangen darf, sich einmal näher über seine geschulden und zurückerhaltenen Darlehen auszusprechen, da uns und sicher auch andere die Dinge mit den Darlehen nicht ganz geheuer vorkommen. Wie sind ja auch offen, wenn man von uns Aufklärung verlangt und hoffentlich hilft sich der Gewerbeverein nicht in tiefes Schweigen ein.

Der Geschäftsbericht des Gewerbevereins für das Jahr 1908 ist falsch, wie wir das oben nachgewiesen haben. Lange genug hat man an ihm arbeiten können, denn die Nummer des „Bergknappen“, in dem der Geschäftsbericht enthalten ist, datiert vom 13. März. Zu denken geben außer der festgestellten Unrichtigkeit auch noch einzelne Ausgabenposten.

So sieht im Jahresbericht des Gewerbevereins der Posten der Ausgaben für die vom Gewerbeverein angestellten Bezirksleiter!

Entweder wird jeder Bezirksleiter als Rechtschutzbeamter betrachtet, oder aber man hat vergessen, die Ausgaben für die Bezirksleiter überhaupt einzustellen. In anderen Fällen dürfte aber leicht nachgewiesen werden können, daß der Rechtschutz von vielen christlichen Bezirksleitern wenig oder gar nicht etabliert wird und darum es als eine Zuspätkommen der Öffentlichkeit betrachtet werden muß, wenn der Gewerbeverein die Gehälter dieser Bezirksleiter unter das Konto Rechtschutz bucht. Freilich, man kommt so zu hohen Unterstützungssätzen für die Mitglieder. In Wirklichkeit haben aber dann weniger die Mitglieder, als die angestellten Agitatoren des Gewerbevereins die verausgabten „Rechtschutzsummen“ erhalten. Anders steht die Sache, wenn wir den zweiten Fall annehmen und der Gewerbeverein es vergessen hat, die Gehälterposten für die Bezirksleiter einzustellen. Ist ihm schon das oben erwähnte Malheur passiert, so kann ja schließlich auch das letztere sich als ein „kleines Versehen“ herausstellen. Oder sollten die Herren Sekretäre etwa ihre Gehälter auch von der nationalliberalen Partei erhalten, wie dieses zum Teil im Siegerlande ein nationalliberaler Flugblatt und ein nationalliberaler Arbeiter von anderen christlichen Sekretären mitzuteilen vermochte?

Weiter sehen wir vor einem Mittel, wenn wir uns die Summen betrachten, die in den christlichen Geschäftsberichten unter

Ausgaben an die Zahlstellen

genannt werden. Früher, als der Gewerbeverein 50 Pf. pro Monat an Beiträgen pro Mitglied einnahm und er noch bedeutend weniger Mitglieder hatte wie heute, da waren die Ausgaben an die Zahlstellen bedeutend höher als heute! Im Jahre 1903 betragen die Ausgaben für die Zahlstellen 22 741 Mark, 1904 65 940,24 Mark, 1905 85 325,26 Mark. Vom 1. Oktober 1906 wurden statutarisch (siehe § 10 des Gewerbevereinsstatuts) die Ausgaben für die Ortsverwaltungen, Votenlöhne usw. auf 5 Pf. pro verkaufte 40 Pf.-Marke festgelegt, während früher diese Zuschüßigungen an die Ortsverwaltungen weit geringer waren! Aber siehe da! Während sonst es natürlich ist, daß bei Erhöhung der Ausgabeposten auch die Ausgabe-summen höhere werden, geschehen im Gewerbeverein Wunder! Die Sätze für die Ausgaben wurden statutarisch erhöht, der Gewerbeverein nahm an Mitgliedern zu, aber die Ausgabe-summen sanken um ein beträchtliches! Hier! 5 Pf. pro verkaufte 40 Pf.-Marke verbleiben am Orte, aber die Ausgaben für die Ortsverwaltungen betragen 1908 nur 43 160,57 Mark, 1907 55 913,42 Mark, um dann 1908 wieder auf 40 996,12 Mark herabzusinken, in einem Jahre um rund 15 000 Mark! Im Gewerbeverein kann man hegen!

Um ändern nicht die Zauberkunststücke zu lernen, hat der Gewerbeverein es auch wohl unterlassen, dem Geschäftsbericht die hier nötigen Bemerkungen mit auf den Weg zu geben. Wellachint dürfte die Gewerbevereinsleitung nicht wenig beneiden! Der Bergarbeiterverband gab an Ortsverwaltungen in den letzten Jahren 200 000 Mark jährlich und weit mehr aus, der Gewerbeverein den fünften und sechsten Teil, obwohl beide Verbände gleichartige statutarische Bestimmungen für Ortsverwaltungen haben und der Bergarbeiterverband diese Bestimmungen einhält.

Einnahmen des Gewerbevereins.

Sein Vermögen rechnet er alle Jahre mit zu den Einnahmen, ein Verfahren, das sonst nicht üblich ist. Aber man tut's, um so mit hohen Einnahmesummen paradiere zu können. Unter diesen Interessieren wohl am meisten die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen. Diese betragen 1908 952 302,27 Mark gegen 823 501,51 Mark im Jahre 1907, das ist eine Mehrereinnahme von 128 800,76 Mark. Diese Mehrereinnahme entfällt aber nicht immer auf Zuwachs von Mitgliedern, sondern auf die Beitragserschöden, die der Gewerbeverein im Berichtsjahre in den verschiedensten Revieren Deutschlands vornahm. Wie wir noch an anderer Stelle zeigen werden, gingen dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter viele tausend Mitglieder verloren. Und dabei ist nicht einmal sicher, ob die oben angegebene Einnahme stimmt. Wessen man sich beim Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zu versehen hat, zeigen unsere Feststellungen.

Bemerkten wollen wir noch, daß der Geschäftsbericht von dem Vorsitzenden des Gewerbevereins K. D. und dem Hauptkassierer F. H. n. b. unterschrieben ist. Die Namen der Kontrolleure fehlen. Sollten die Kontrolleure des Gewerbevereins wohl deshalb nicht den Geschäftsbericht öffentlich unterschrieben haben, weil sie nicht den Mut hatten, eine solche offensichtliche Irreführung vor der Öffentlichkeit zu verantworten? Alles in allem, wir können verstehen, warum die Führer des Gewerbevereins in letzter Zeit so rasend über den Verband herfielen. Im Gewerbeverein war eben wieder was „los“ und darum das laut-Wellen!

Die Organisationen der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten.

Von Chagelin.

IV.

Das Jahr 1861 sah den ersten erfolgreichen Versuch, die Arbeiter in den Weichkohlendistrikten Amerikas zu organisieren. Die „American Miners Association“ wurde geschaffen zu dem Zwecke, gegenseitige Protection, Bildung und Förderung der Interessen der Mitglieder. Der Bürgerkrieg und eine Unmasse Streiks, welche die Feindschaft des fatten Bürgertums einschlichen, beendigte die neue Gründung. Der Streik im Rollen, war nicht mehr aufzuhalten. Die Meste sammelten sich um die Fahne der „Miners- und Arbeiter-Unterstützungssociation“ (Miners and Laborers Benevolent Association). Die neue Vereinigung zeigte ihre Kräfte 1870 in der Anthrazit-Region.

Die Anthrazitgräber konnten auf siegreiche Kämpfe zurückblicken. Sie standen wacker zu ihrer Union und reichten den wenig beneideten Kollegen der Weichkohlenindustrie die helfende Hand. Die Ausbreitung der Association vollzog sich in der Gründung einer (vorläufig unabhängig getrennten) Organisation. Diese wurde „Miners National Association“ getauft. Das Statut beschworerte Schiedsrichter, Einigung, Ämter und unabhängige Aktion. Innerhalb zweier Jahre profitierten in allen Weichkohlenminen Gruppen, welche zusammen etwa 85 000 Mitglieder aufwiesen. Zweifelsohne war sie einflussreich. Sie dessen bewußt, glaubte sie sich zu größeren Aufgaben berufen und gewachsen. Ein für eine Gewerkschaft unebenes, gefährliches Gebiet wurde betreten. Breite Streifen Kohlenland wurden erworben und die Förderung korporativ internommen. Sie führten damit nicht glücklicher wie ihre Kollegen in Frankreich ein Viertel Jahrhundert später. Das Jahr 1875 brachte wirtschaftliche Panik, gedrückte Preise, reduzierte Löhne, halbe Arbeitsschichten. Die Arbeiter versuchten mit Ausständen das eberne Weisheit der kapitalistischen Wirtschaft zu modifizieren. Nützliches Begannen. Die Gemäßigten erinnerten sich der in guten Zeiten eingeleiteten Schiedsgerichte. Jetzt war es Zeit, die mit großen Hoffnungen und vielen Wahrsagerreden propagierte Idee aus ihren praktischen Wert zu prüfen. Der Versuch enthüllte ihre ganze Jämmerlichkeit. Die Minenbesitzer dekretierten eine Reduktion von 3,78 auf 2,94 Mt. pro Tonne. Das Schiedsgericht sahte einen ersten Beschluß gegen die Arbeiter. Der Löhnenpreis wurde auf 2,98 Mt. festgelegt. Nach einigen Tagen Zumutung verlangten die Arbeiter Erhöhung des Gehältes um 37 Pfennige pro Tonne. Jedoch erfolglos. Die Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft wuchs, das gegenseitige Vertrauen lockerte sich. Ohne diesen, für eine Arbeiterorganisation absolut notwendigen Kitt war an eine Weiterexistenz nicht zu denken. 1875 gingen die letzten Reste der Gewerkschaft auf.

Mittlerweile war die Organisation der „Mitter der Arbeit“ (Knights of Labor) entstanden. Streng geheim organisiert, in viel Mummenschanz gewickelt, mit abenteuerlichen Legenden aufgeschwipelt, wurde sie bald für Proletariaten ein vorläufiglicher Mann. Christopher Evans organisierte die erste Kohlengräbergruppe für die Mitter der Arbeit, welcher nach und nach noch andere folgten. — In Varenthepe sei bemerkt, daß hier die Mitter der Arbeit heute der (Sagen-) Geschichte angehören. Nur in Belgien hat sich ein Zweig als Zeichen des Verfalls bis ins 20. Jahrhundert erhalten. Daneben war das mißverfallene Werk gelungen, im Staate Ohio eine Föderation zu gewinnen. Die wieder einsetzende Prosperität verhalf zur Durchdringung mancher Forderung. Die Delegiertenversammlung in Pittsburg (1880) heischte Zahlung des Lohnes in Bargeld, Berechnung nach Gewicht, den Achtstundentag und Abschaffung des „Rumpf-Mech“-System (Muck-Me-System, Kompagnie-Warenhäuser, in denen die Arbeiter für ihr sauer verdientes Geld schlechte Waren nehmen mußten). Im Falle der Weigerung, diese Forderungen zu bewilligen, wurde den Unternehmern der Generallstreik in Aussicht gestellt. Es konnte aber nicht dazu kommen, weil mittlerweile die in anderen Orten begonnenen Streiks resultatlos hatten beendigt werden müssen.

Die folgende Dekade brachte tief einschneidende Veränderungen in der Eisenindustrie. Die Kohlenwerke sahen sich von Eisenbahnen durchzogen und mit der übrigen Welt verbunden. Die lokalen und sektionalen Märkte verschwanden. Die Produkte, selbst der weit entferntesten Beden, trafen sich mit den gemeinsamen Stapelplätzen und dem nationalen Markt. Die Diversen Zentralkonzentrationen wurden unabhängig von den nächsten Beden. Die Eisenbahn-korporationen, der Trist erwarb selbst Minen. Den verbleibenden Rest „kontrollierte“ er, d. h. er hatte sich seiner Diktatur bei Todesstrafe zu unterwerfen. Das erste Zeichen der Politik der Eisenbahnen war „Kontrollierung“ der Preise mit der Tendenz, den niedrigsten Stand als Standard anzunehmen. Wenigstens herrschte diese Meinung solange vor, als bis die Eisenbahnen das Ziel ihrer friedlichen Expropriation glaubten erreicht zu haben. Für die Arbeiter bedeutete diese Wendung der Dinge Lohnreduktion und Arbeitslosigkeit.

Zu dem Zwecke, Markt- und Minenpreise so ausgleichend, damit Streiks und Aussperrungen vermieden werden und um jeder Partei einen erhöhten Profit aus dem Kohlenverkauf zu geben, wurde eine Bewegung (1885) von der „National Federation of Miners“ in die Wege geleitet. Diese Föderation war von den Mittern der Arbeit feindselig Gefühnten geschaffen. Der gegebene Programm sah leicht erkennen, in welcher sublimen Geistesbeschaffenheit die Gründer bestanden. Je unfähiger, den ehernen Gang der kapitalistischen Ordnung zu begreifen, je eifriger stützten sie sich auf die Bank banntrotz gegangene freundliche Vereinbarung mit dem Unternehmertum. Nach einem wenig versprechenden Anfang kam aber, damit die Regel Bestätigung finde, eine gemeinsame Sitzung zustande. Die Löhnenpreise wurden für das Jahr (Mai 1886—1887) festgelegt. Aber was den Fremden der freundschaftlichen Vereinbarung mehr als eine gewonnene Schlacht dünkte, war die Konstitution eines aus fünf Arbeitern und fünf Unternehmern bestehenden Schiedsgerichtes als dauernde Einrichtung. Dies war in Amerika wohl das erste Mal, daß eine solche Kommission so etwas wie den Schein eines Beweises erbrachte, daß die Möglichkeit, Feuer und Wasser gütlich zu vereinigen, vorhanden sei.

Solche Versuche brachten die späteren Jahre noch viele. Gute Zeiten hießen die Unternehmern ihrer Wohlwollen entgegenbringen. Jedoch sobald das Unternehmertum günstige Konjunktur oder Schwache Gewerkschaften witterte, sank sein Wohlwollen bis auf den Gefrierpunkt. Die eingegangenen Engagements werden dann „revidiert“, so lange gestreckt und geredet, bis sie kapitalistische Wünsche entsprachen, oder sie werden kurzerhand gebrochen. — Ich übergehe heute die ganz interessante und lehrreiche Geschichte des freundschaftlichen Uebereinkommens in Amerika. Diese Sache wird, wenn die neue Kohlenkata der Kohlengräber zur Debatte steht, noch gefreil werden.

Der neue Fehlschlag der freundschaftlichen Schlichtung der Differenzen zwischen Kapital und Arbeit brachte Uneinigkeit in die proletarischen Reihen. Durch die Diskussion leuchtete auffällig die Auffassung, daß, wenn möglich, nur eine über alle Kohlenstaaten ausgebreitete Organisation die Schiedsgerichte und Einigungsämter zu effektvoller Existenz bringen könne. Die Brudertreue dauerten fort. Im Jahre 1890 waren die beiden bestehenden Organisationen von ihren natürlichen Freunden an den Rand des Grabes gebracht worden. Von den 291 000 Minenarbeitern war nur noch ein unwürdiger Bruchteil organisiert. Die wenig glanzvolle Vergangenheit, der Brudertreue der Gegenwart und anderes mehr waren nicht genug, auf eine lichtvollere Zukunft zu hoffen.

Die hittere Not lehrte die leitenden Leiter der beiden existierenden Organisationen und auch die Kohlengräber ein allgemein anderes

Denken und besser handeln. Daß die ausschließlichen Kämpfe, das gegenseitige Streitvordringen, der hittere Brudertreue, aufhören müßten, wenn nicht auf eine bessere Zukunft verzichtet werden sollte, war jedem Ehrenden klar. Die Häuser der beiden fordernden Parteien sondierten sich gegenseitig. Das Resultat ließ auf bessere Tage hoffen. Auf separaten Kongressen wurde die Konsolidation ventiliert und auf einer gemeinschaftlichen Tagung im Januar 1890 in Ohio vollzogen: Die National Progressive Union und die National Trades Assembly vereinigten sich zur United Mine Workers of America (Vereinigte Kohlengräber Amerikas). Der neue Zentralverband trat mit rund 20000 Mitgliedern ins Leben, um nach fünfzehn Jahren die stärkste Union in Amerika zu werden. —

Die Kindheit war für den neuen Zentralverband der Kohlengräber eine harte Zeit. Alles schien sich gegen ihn verschworen zu haben. Borecht wuchs die Einwanderung zu einem schweren Hindernis. Diese hatte zwar immer bestanden. Jetzt aber änderte sie ihre Natur und erhöhte ihre Dimension und, wie man annahm, zu Ungunsten der Organisation. Waren vorher hauptsächlich Arbeiter aus England und Deutschland in die Kohlenbeden gezogen, so landeten jetzt in später unverlegbarem Strom Slaven und Italiener. Die Engländer und Ganz-Amerikaner sahen diese Emigranten mit steigendem Unwillen kommen. Heruntergerissen erschienen sie, Hunger hatten sie auch, auf Umhau nach Arbeit gingen sie im Moment ihrer Ankunft, um den Lohn fragten und feilschten sie nicht sonderlich, und von Vesseln ihrer proletarischen Volkswertigkeit hatten ihre Klassen in Amerika noch nichts gehört. Anstatt mitfühlende Brüder und bessere Verhältnisse, fanden die schlichten Proletarier Italiener und des Orients im Lande der Freiheit und der goldenen Berge, in Amerika, Indifferenz, Abneigung, offene Feindschaft bei ihren eigenen Klassengenossen und Ausbeutung, Brutalität und Tod bei dem Unternehmertum. Ihren eingeborenen Brüdern ihre Gefühle und Absichten mitteilen, konnten sie nicht, denn sie waren der englischen Sprache nicht mächtig; Beweise ihrer Sozialität zu geben, verbot ihnen der leere Beutel und der hungrige Magen; für angetane Unbill gelegliche Reparatur oder Remedy sich zu verschaffen, war ihnen unmöglich, denn sie waren politisch rechtlos und ökonomisch machtlos. So ertrugen sie denn Hunger, Verleumdung, Rechtslosigkeit und Ausbeutung wie Stiefkinder; und schufen und litten. Von der Misere in gleichschuldigem Hause geballt, fanden sie mit Witterkeit im Herzen und ohnmächtig dem stillen Haß und der offenen Feindschaft ihrer englisch sprechenden Brüder gegenüber.

Das Unternehmertum begriff mit Frohlocken diesen Stand der Dinge. Um ihn auf die Spitze zu treiben, waren seine Agenten tätig. Neue Haufen wurden aus den Glutwäldern Europas herbeigetrommelt. Bei der Werberarbeit leisteten die „großen Freiheiten“ und „riesigen Löhne“ Amerikas die besten Dienste. Ueber dem Eifer, seine Pläne zu vollenden, hatte das Unternehmertum aber jene Sätze des kommunistischen Manifestes nicht beherrschigt: Daß die moderne Industrie die Arbeiter zwar verelendet, proletarisirt, aber sie auch diszipliniert, organisiert, solidarisiert. Diese Wahrheit sollte bald auf's Neue schlagend bewiesen werden.

Die großen Momente im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit fanden die so viel verklärten Einwanderer als ein großes Geschlecht. — Im Jahre 1892 fanden sie einmütig bei ihren eingeborenen Massengenossen, streikten ohne Unterstützung, ohne Hoffnung auf Vorteil, aus purer Solidarität für die drei- und viermal höher bezahlten Stahlarbeiter in Pittsburg; sie widerstanden ohne Wankelmut der vereinten Koalition des Kapitals; sie waren die eigentlichen Helden im großen, blutigen Klingen zu Homestead.

Die junge Kohlengräberorganisation, deren Reihen und Klassen noch mehr gelichtet waren, antwortete den in kurzen Intervallen folgenden Schlägen und Lohnreduktionen mit einer Aktion der Verweigerung. Der Generallstreik wurde proklamiert (21. April 1894). Mit 18 000 Mann organisiert und kaum 10 000 Mt. in der Kasse wurde versucht, das Glück in die proletarischen Reihen zu zwingen. Und merkwürdig; unerwartet, verblüffend; 125 000 Arbeiter folgten am ersten Tage dem Rufe; in einigen Wochen hatten sogar 180 000 die Pike niedergelegt. Auch diesmal bildeten die fremden Proletarier den Kern der streikenden Haufen. Drei Jahre später (4. Juli 1897) wurden unter noch ungünstigeren Verhältnissen die Grubenarbeiter zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Und wiederum folgten 100 000 Mann dem Rufe. Wieder standen die Einwanderer in den vordersten Reihen. Die großen Kämpfe in der Eisen- und Kohlenindustrie und selbst das Wenige, was dem übermächtigen Trist abgerungen wurde, waren nicht möglich gewesen, ohne die Uneigennützigkeit, ohne die Solidarität und Energie der „Dagos“ und „Huns“ (Italiener und Slaven). Solche Lastrast und solchen Mut hatte der proletarische Yankee diesen vermaledeiten Kerlen nicht zugetraut. Und auch die Unternehmer nicht. Die letzteren besonders und in den letzten Jahren unerwidlich in der Entdeckung der „Fehler“ der „Huns“ und „Dagos“. Sie täten ihre „religiösen“ Feiertage einhalten, ohne auf die Interessen des Gottes Kapital Müchlichkeit zu nehmen, sie täten ihr Geld in Strimpfen ins alte Land schleppen, ja sie täten sogar aufbegehren, einmütig streiken ohne Fabrikordnung und Warnungen zu beachten und ohne Drohungen traglich zu nehmen. Das Letztere mag schon richtig sein. Das Drohen mit der Schwarzenliste und Aussperrung hat auf sie nicht gerade einen so niederschlagenden Effekt. Hungern haben sie von Kindesbeinen an müssen. Ob sie nun die Kleinen etwas enger oder weiter einzustellen haben, ist für sie von untergeordneter Bedeutung gewesen.

Die fremden Proletarier hatten deutlich bewiesen, daß sie in Solidarität, Aufopferung und Organisationsfähigkeit den proletarischen Yankees um diverse Pferdellen voraus waren. Gewiß waren sie keine „gelernten“ Minere, aber sie erfüllten ihre Pflicht und Beruf genau so, wie die Gelehrten, und waren allzeit rechte und schlichte Proletarier, an die man selten vergebens appellierte. So wurden sie auch für die Gewerkschaft würdig erachtet, es wurde um sie geworben, ihnen Organisatoren gestellt, die ihre Sprache redeten. Andererseits schätzte auch das Unternehmertum den proletarischen Acheron vollgewichtiger ein. Er hätte leicht Verheerung anrichten können, wenn er nicht gezähmt und bewacht worden wäre. Die Unternehmer beugten sich ihm schon eine Woche nach dem letzten Generallstreik (1897), bewilligten eine Lohnerhöhung von 20 Proz. und suchten ihn in ein gefahrloses, sanftes Bett zu legen. Sie hielten nun dafür, daß „zu dem Zwecke der Formulierung einer Lohnskala und Abschließung eines Jahreskontrates durch freundschaftliche-gemeinsame Verständigung“ eine Kommission eingesetzt werde. Es kam denn auch bald zu gemeinschaftlichen interstaatlichen Konferenzen und zur Abfassung von leitenden Grundsätzen, die in der Hauptsache auch heute noch gültig sind.

Mit dem Beginn der Vertragspolitik besserte sich auch die Organisation der Kohlengräber fortgesetzt. Ihre Mitgliederziffer stieg von 9731 (im Jahre 1897) auf 291 746 (im Dezember 1903). Sie ist somit die stärkste Gewerkschaft Amerikas geworden. Der Mitgliederzuwachs wurde nun allerdings auch kräftig gefördert durch die quasi zwangsweise Zuführung der Arbeiter. Das Interesse der Vertragspolitik gebot, daß die Organisation möglichst alle Arbeiter unter ihrer Kontrolle hatte. Denn nur so konnten Verletzungen der Abkommen verhindert und gesühnet werden. Die Unternehmer fanden bald ihre Vorteile heraus. Und sie erklärten sich bereit, von den Arbeitslöhnen die Beiträge für den von der Gewerkschaft gestellten Kohlenwieger (Checkweighman) und auch die Gewerkschaftsbeiträge abzugeben. Daraus erwuchsen der Gewerkschaft auch schwere Nachteile. Als solche wurden mit in Penny banken genannt Indifferenz der Mitglieder gegenüber den höheren Zielen der Organisation, die Schwierigkeit, sie in Versammlungen zusammen zu bringen, Uebervachen der Beamtenautorität, Mangel an Vertrauen und Erleichterung der Möglichkeit, die Beamten zu korrumpieren.

Obgleich die Organisation der Kohlengräber siebenmal stärker ist, als die der Erzgräber, hat sie doch nicht jenen Einfluß im öffentlichen Leben und nicht jene Erfolge zu verzeichnen, die der Western Federation of Miners den guten Namen geben. Auch die Energie, Klassenbewußtsein und Zielstrebigkeit der beiden Verbände miteinander verglichen, bringt die Erzgräberorganisation in eine vorteilhaftere Stellung. Anstelle der unzeitweiligen, von protektionistischem Stolz und sozialistischem Gekne getragenen Prinzipien-erklärung der Western Federation of Miners stehen bei den Vereinigten Kohlengräbern folgende vage Phrasen: „Seine Tatsache ist allgemeiner bekannt und wird mehr geglaubt, daß ohne Kohlen keine so großen Fortschritte (achievements), Privilegien und Segen möglich gewesen wären, welche das zwanzigste Jahrhundert charakterisieren, und glaubend, wie wir es tun, daß diejenigen, deren Los es ist, täglich im Schoße der Erde diese Kohlen zu graben und heranzufördern, zu einem gerechten und billigen Anteil an demselben berechtigt sind, haben wir die Union gegründet. Weiter werden als Zweck angeführt: „Die Sicherung eines Lohnes, der im vollen Verhältnis zu den Gefahren und der verrichteten Arbeit steht“, die Einführung des Rechtes, den Lohn in gesetzlicher Münze zu fordern, die Verweigerung von dem System, „das darübelteht, unser Geld an dem Ort auszugeben wo müssen, den unser Arbeitgeber geruht zu bestimmen.“ Weiter wird gefordert die Einführung von Schlichtungsregeln, Schnuppergehältern, des Achtstundentages, die Bildung der Arbeiter, und „alle Mittel zu verbinden zur Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Kapital und Arbeit, Verlegung der Differenzen soviel als möglich durch Schiedsgericht und Einigung, damit Streiks nicht mehr notwendig werden können.“

Die Hauptkasse der Organisation wird gespeist von den Mitgliederbeiträgen (1 Mt. pro Kopf und Monat) und dem Eintrittsgeld der Gruppen (a 63 Mt.). Der eigentliche Beitrag der Mitglieder an die Lokalgruppen schwankt. Er mag sich um die Markzahl vier bewegen. Das Eintrittsgeld beträgt für den Mann 42 Mt., zeitweise wird es auch vom Hauptverband für bestimmte Distrikte bedeutend heruntersetzt, um den finanziell schlecht gestellten die Unionstriebe zu öffnen. Aufgenommen werden alle gelehrten und ungelehrten Arbeiter, die in und um die Minen herum tätig sind, ausgenommen Minendirektoren, Steiger und Personen, welche den Verkauf herausschender Getränke betreiben. „Alle Kohlenwieger (Checkweighmen), die von der Union angestellt sind, müssen vor der Anstellung mindestens sechs Monate Mitglied sein —. Die Pflicht des Kohlenwiegers ist, eine Liste über alle in und um die Mine tätigen Leute zu führen. Auf keinen Fall ist der Kohlenwieger als Beamter der Lokalgruppe anzusehen.“ Das offizielle Organ ist das „United Mine Workers Journal“. Jede Gruppe hat auf ein Exemplar zu abonnieren. Es soll „neutral in Politik, nicht sektiererisch in Religion, wirdevoll im Ton und ein beharrlicher Advokat der Prinzipien der modernen Gewerkschaften sein.“

Die neue Berggesetznovelle in Beratung der Kommission des preuß. Abgeordnetenhauses.

Die Novelle zum allgemeinen Berggesetz ist vom Abgeordnetenhause einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Die Kommission hat bereits zwei Sitzungen abgehalten, ohne zur Beratung der Gesetzesvorlage im Einzelnen zu kommen.

Zu der ersten Sitzung wurde beschlossen, den wichtigsten Teil der Vorlage, den Artikel II, der vom Arbeiterausgang und den Sicherheitsmännern handelt, vorweg zu beraten. Die Generaldebatte füllte die ganze erste Sitzung aus. Die Versammlungen ergaben, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit keine Neigung haben, die Vorschläge der Regierung vorbehaltlos zu genehigen. Man fuhr sogar großes Geschrei auf.

Die Freikonserverativen, die eigentliche Partei des Bergkapitalismus, verurteilten den Entwurf, sowohl in seinem Aufbau, als auch in seinem Ziele, in Grund und Boden. Die Wahl der Sicherheitsmänner durch die Arbeiter ist ihnen ein Greuel, was sie höchstens zugehören wollen, ist ein Vorschlagsrecht der Arbeiter. Der Bergherr aber soll den Sicherheitsmann auswählen. Die Vorlage sei ein Schritt abwärts der bestehenden Gesellschafts- und Rechtsordnung und betrete man erst einmal den gefährlichen Weg, dann müsse man ihn auch zu Ende gehen und bekomme schließlich nach demselben Muster Baukontrolleure und am letzten Ende auch Arbeiterkontrolleure für die Landwirtschaft. Vor diesen Konsequenzen flüchten die Herren ängstlich.

Zu demselben Horn bliesen die Konserverativen. Sie wollen nicht obligatorische, sondern nur fakultative Einrichtungen haben. Unter keinen Umständen dürfe zugelassen werden, daß der Sicherheitsmann die Gruben allein besetze. Ihnen genügt nicht einmal der Grubenbeamte als Begleiter, sie wollen als weiteren Kontrollleur des Sicherheitsmannes sogar noch den Reibterbeamten bei der Befahrung zugehen lassen.

Selbstverständlich sind auch die Nationalliberalen nicht mit den Vorschlägen der Regierung zufrieden. Der Redner dieser Partei meinte, der Bergarbeiterverband habe den Bergleuten die Einrichtung schon bereitet. Infolgedessen glaubte er sein Möglichstes tun zu müssen, um den Bergleuten die Einrichtung noch verabschiedungswürdiger zu machen. Er wollte keine Verquickung mit dem Arbeiter ausführen, auch die Beschränkung auf die Steigerreviere erscheint ihm nicht nötig. Die Arbeiter sollen die Einrichtung bezahlen, sie soll nicht obligatorisch sein, sondern fakultativ und der Sicherheitsmann müsse Pflichten haben. Pflichten, aber keine Rechte.

Etwas mehr Verständnis zeigte der freisinnige Redner, der für Kontrolle ohne Aufsicht eintrat aber entgegen den Wünschen des Bergarbeiterkongresses die Kosten den Arbeitern auch auferlegt wollte. Von polnischer Seite wurde größerer Schutz gegen Maßregelung verlangt.

Von erheblichem Interesse war die Stellung des Zentrums, da es einige Mitglieder des christlichen Gewerksvereins zu den Seiten zählt. Schon im Plenum hatte Herr Jambusch unter Beiseite schiebung aller bisherigen, auch vom Gewerksverein vertretenen Forderungen sich auf den Boden der Vorlage gestellt. Und in der Kommission erklärte ein großer Scharfmacher des Zentrums, der Zweck der Vorlage sei die Veruhigung der Arbeiter. Aber dieser Zweck dürfe nur erreicht werden, wenn die Erhaltung der vollen Autorität der Unternehmer nicht gefährdet werde. Es sei vor allem zu prüfen, ob sich die vorgeschlagene — auf ein Jahr beschränkte — Unzufriedenheit der Sicherheitsmänner mit der Erhaltung der vollen Autorität überhaupt vertrage!!!

Das ist also die Hauptfrage der zentralistischen Scharfmacher und von den Mitgliedern des Gewerksvereins wurde dem nicht etwa widersprochen! Nein es wurde ausdrücklich unterstrichen und hervorgehoben, daß auch die christlichen Bergleute diesen Unternehmerstandpunkt voll und ganz teilten!! Mehr kann man wirklich nicht verlangen!

Da war doch der Minister noch vernünftiger. Denn obgleich auch er nichts weiter ist, als der Geschäftsführer der Bergleuten, so sprach er das aber doch wenigstens nicht aus, daß seine Hauptfrage Erhaltung der Autorität der Unternehmer ist. Für ihn handelt es sich darum, dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich an Vertrauensmänner zu wenden, die sein Vertrauen haben. Er will durch die Sicherheitsmänner der „Verheugung“ der Arbeiter vorbeugen. Wenn ein Sicherheitsmann falsche Nachrichten in die Presse oder sonst in die Öffentlichkeit bringe, „nehme man ihn bei den Ohren!“

So blieb dann mir dem sozialdemokratischen Redner die Vertretung der Bergarbeiterforderungen übrig. Er hob

daß der Beschluß, in die Beratung der Vorlage einzutreten, die Ablehnung der Durchführung eines Reichsgesetzes bedeute. Dem wurde allseitig zugestimmt und damit sind die Vergleute wieder um eine Hoffnung Armer! Im Uebrigen hob er hervor, daß die ganze Frage mit politischen Bestimmungen nichts zu tun habe. Es handle sich nur um Leben und Gesundheit der Vergleute. Mit Nachdruck trat er für die Forderungen der Bergarbeiter ein, die ebenso vertreten werden sollen von den christlichen Organisationen, bis sie sich von der Regierungsvorlage haben lassen. Man solle sich für machen, von dem Gedanken, daß eine sozialdemokratische Forderung von den Vergleuten vertreten werde. Wenn das ein Schritt abwärts der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung sei, was die Vergleute verlangen, dann müsse man sich eben daran gewöhnen, diesen Schritt zu gehen, da doch innerhalb der jetzigen Rechts- und Wirtschaftsordnung wirksamer Bergarbeiterchutz nicht möglich sei. Er trat ein für unabhängige, vom Staate bezahlte, selbstgestellte und geheim gewählte Arbeiterkontrollen.

In der zweiten Sitzung sollte die Spezialberatung der Vorlage beginnen. Aber man kam nicht dazu, weil von national-liberalen und freikonservativen Seite erst einige Fragen grundsätzlicher Art vorher entschieden werden sollten. Die Freikonservativen stellten den Antrag:

„Die Kommission wolle beschließen: In Anbetracht, daß seit der Prüfung der Einrichtung der Grubenbeaufsichtigung durch Arbeitervertreter im Auslande ein Zeitraum von über 10 Jahren verstrichen ist, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, Ermittlungen darüber anstellen zu lassen, wie sich die Einrichtung im Auslande, insbesondere in England und Frankreich inzwischen bewährt hat.“

Der Antrag bezweckte eine Verkleinerung der Beratung. Der Minister erklärte, daß nicht viel Neues herauskommen werde und gab einer Uebersicht über die jetzt bestehenden Verhältnisse in England, Belgien und Frankreich. Danach haben sich die Einrichtungen, wo sie angewandt worden sind, sehr gut bewährt. In Frankreich habe man die Unabhängigkeit der Kontrollen dadurch erhöht, daß die Löhne erhöht wurden! Der Staat habe früher etwa 200 000 Franken an Gehalt bezahlt, jetzt sei die Summe 450 000 Franken. Es sei jetzt beabsichtigt, infolge der guten Erfahrungen, das Geheh zu erweitern und den Arbeiterkontrollen auch die Aufgabe zu erteilen, ihre Wahrnehmungen auf die Wirkung und Durchführung anderer sozialer Gesetze zu erweitern! In Belgien seien die Erfahrungen mit den unabhängigen vom Minister ernannten Grubenkontrollen sehr gut! Die Beamten würden dadurch zu größerer Sorgfalt veranlaßt. Daß in England die Arbeiterkontrollen nicht allgemein eingeführt seien, liegt daran, daß die Vergleute die Kosten tragen müßten. Die Erfahrungen mit den eingeführten Kontrollen seien ebenfalls die denkbar besten.

Nach dieser Ankündigung wurde der Antrag zurückgezogen. Dann kam ein national-liberaler Ver schlechterungsantrag zur Beratung; der hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kommission wolle grundsätzlich beschließen: Die Einrichtung der Sicherheitsmänner wird auf Steinkohlenbergwerke beschränkt. Auf anderen Bergwerken können auf Anordnung des Oberbergamtes und nach Anhörung der Grubenverwaltung und des Arbeiterausschusses Sicherheitsmänner bestellt werden.“

Die Nationalliberalen behaupteten, daß auf anderen Bergwerken, Stahl-, Braunkohlen- und Erzbergwerken die Gefahren nicht erheblich seien und eine Uebersagung solcher Einrichtungen nicht rechtfertigt. Man schaffe durch die Wahlen nur Verunruhigung in die bisher noch absolut friedfertigen Kreise der Arbeiter.

Dieser Vorlesung trat der Handelsminister entgegen. Er wies an der Hand der Statistik nach, daß die Unglücksfälle in den anderen Bergwerken ebenso hoch seien, als bei Steinkohlenbergwerken. In der Zeit von 1901 bis 1905 seien auf 10 000 Beschäftigte 1144 Unglücksfälle entfallen auf

Steinkohlenbergwerke	1 975
Braunkohlenbergwerke	2 078
Erzbergwerke	1 026
Stahl- und Mineralbergwerke	1 748
Der Durchschnitt betrage	1641

Die Ablehnung der Uebersagung der Einrichtung auf alle Bergwerke werde Verunruhigung schaffen. Man habe ständig in der Presse und auch im Parlament Klagen und eingehende Debatten über mangelhaften Schutz zu erwarten. Er — der Minister — sei auch nur sehr schwer in der Lage, einen ablehnenden Beschluß eines Oberbergamtes anbrecht zu erhalten. Wenn das Abgeordnetenhaus den Schutz für alle Bergwerke ablehne, habe das Abgeordnetenhaus zu erwarten, daß ihm die Verantwortung für eingetretene Unglücksfälle zufallen werde.

Von den Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen wurde in der sehr lebhaften Debatte eingewandt, daß die Verhältnisse hier anders seien, als in England. Dort verhandelten die Gewerkschaften sachlich, hier seien sie politische Einrichtungen. Dieser Umstand erfordere größte Vorsicht. Die Sozialdemokratie dürfe sich der Einrichtungen nicht bemächtigen! Dem Minister wurde erklärt, daß man bei einer Ablehnung durch das Oberbergamt zu der Objektivität und Sachlichkeit des Ministers das größte Vertrauen habe.

Das würde also heißen, daß der Minister die Objektivität haben muß, auch seinerseits abzulehnen.

Das Zentrum hat auch im Ablehnung. Der sozialdemokratische Medner erklärte, daß die Annahme des Antrages die Erregung unter den Bergarbeitern noch mehr steigern werde. Man werde sich die Erklärung des Ministers merken und anderwärts die Einrichtung fordern, die der Minister gar nicht ablehnen könne. Seine er ab, dann sei die Objektivität eine solche zu Gunsten der Arbeitgeber. Im Ubrigen habe man im Stahlbergbau den zweiten Schritt für jedes Werk angeordnet, infolge der Unglücksfälle, nur zum Schutze der Arbeiter. Da seien doch die Arbeiterkontrollen unbedingt nötig. Der Unterschied mit England liege nicht an den Arbeiterorganisationen, sondern an den Unternehmern. Dort verhandelten die Unternehmer mit den Arbeitern, hier sei man das Gegenteil gegen alle Gewerkschaften gewöhnt. Habe doch der Kohlenmagnat Kirdorf auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim gesagt, er verhandle mit keiner gewerkschaftlichen Organisation. Die christlichen Gewerkschaften seien noch schlimmer, als die sozialdemokratischen, da sie hauptsächlich unter dem Deckmantel des Christentums kämpften. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien ehrlicher, die sagten wenigstens, wo die Meise hingeht. So redete Kirdorf und so deutete das Bergereintum noch heute. An dem Unternehmertum liege es, wenn kein Zusammenarbeiten möglich ist. Im Ubrigen brauche man sich keine Sorge zu machen. Daß die Mehrzahl der Vergleute Sozialdemokraten sind, schafft man nicht aus der Welt, und ein Bergarbeiterchutz als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Weiter den Antrag wird in der nächsten Sitzung abgestimmt. Dann kam ein anderer national-liberaler Verschlechterungsantrag an die Reihe, der bezweckte:

1. Die jetzt bestehenden Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse so zu belassen, wie sie sind.

2. eine Subkommission zu beauftragen, anderweitige Vorschläge für die Einrichtung der Sicherheitsmänner zu schaffen mit der Aufgabe:

a) Die Einrichtung der Sicherheitsmänner ist nur dort zu schaffen, wo die Wichtigkeit der unterirdischen Belegschaft es mit sich auch tatsächlich an der Wahl beteiligt.

b) Die Zahl der Sicherheitsmänner darf für eine Schachtanlage nicht mehr als fünf betragen;

c) bezüglich der Rechte und Pflichten für die Sicherheitsmänner gelten nur die Bestimmungen wie sie im Entwurf in Aussicht genommen sind.

Ueber diesen Antrag entspann sich eine lange Debatte. Beabsichtigt war damit, den Arbeiterausschuss nicht zu groß werden zu lassen. Wenn für jede Steigerabteilung ein Sicherheitsmännchen gewählt werde, der zugleich Arbeiterausschussmitglied sein soll, käme man zu einem Ausschuss von 20 Mitgliedern, die lauter Sozialdemokraten seien. Die ganze Debatte drehte sich um die Größe des Arbeiterausschusses. Würde der Arbeiterausschuss aus etwa 10—20 Personen bestehen, dann wäre er wirksamer. Das will man eben nicht. Schließlich wurde von den Konservativen der Vorschlag gemacht, wenn für jedes Steigerrevier ein Sicherheitsmännchen gewählt werden sollte, dann sollten die Sicherheitsmänner unter sich drei bis vier Mann auswählen, die den Arbeiterausschuss bilden. In Besprechungen von Angelegenheiten der Sicherheit der Grubenbaue sollten alle Sicherheitsmänner teilnehmen.

Dieser Vorschlag fand Beachtung. Der Minister lehnte zwar ab, aber er wird sich schon noch belehren lassen, daß der Vorschlag im Interesse der Unternehmer liegt.

Die Weiterberatung wurde auf nächsten Dienstag vertagt.

Saarabische Beamtenbestechung vor Gericht.

Saarbrücken, den 10. März 1906.

Der zweite Akt im Drama der Beamtenbestechung auf den Staatsgruben an der Saar, nahm heute morgen vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter starkem Andrang des Publikums seinen Anfang und wird wiederum mehrere Tage dauern, da nicht weniger als 104 Zeugen geladen sind. Auf der Anklagebank erschienen 30 Angeklagte, darunter 11 Beamte, 18 Vergleute der Grube Büttelborn und die Frau des Fahrsteiger Pflügel, die auch als Angeklagte im ersten Bestechungsprozeß beteiligt war und mit 14 Tagen Gefängnis bestraft wurde. Von den Angeklagten sind sieben in der Angelegenheit wegen Meineids bezw. Verleitung zum Meineid mit langen Zuchthaus- resp. Gefängnisstrafen bestraft und werden aus dem Zuchthaus bezw. Gefängnis vor-geschickt. Bestraft sind: Wegen Verleitung zum Meineid Obersteiger Michaely mit ein Jahr Zuchthaus und wegen Meineid die angeklagten Vergleute Dreier ein Jahr Zuchthaus, Göttinger 15 Monate, Schirra 12, Weiß 12, Schmidt mit neun und Bretschneider neun Monate Gefängnis. Außer dem mit Zuchthaus bestrafte Obersteiger Michaely und dem mit Gefängnis bestrafte, aus der Untersuchungshaft vorgelieferten Fahrsteiger Pflügel, befinden sich folgende Beamten der Grube Büttelborn unter den Angeklagten: Fahrsteiger Fröh und die Steiger Muppert, Brüm, Pflösch, Jenna, Heinrich, Kollinger, Sid und Stefan.

Die Verhandlung wird geführt vom Landgerichtsdirektor Magnus, während die Anklage durch den ersten Staatsanwalt Frigge und Staatsanwalt Michelsa vertreten wird. Den Angeklagten stehen nur vier Verteidiger zur Seite, anstatt acht im ersten Prozeß. Als Sachverständiger fungieren die Herren Bergwerksdirektor Dr. Herbig und die Obersteiger Vömel und Groß.

Von den Angeklagten geht nur der Obersteiger Michaely die Schuld ein. Er gibt zu, mehrfach und auch längere Zeit hindurch von Vergleuten Geldgeschenke angenommen zu haben, bestreitet aber entschieden, daß es sich dabei um Bestechungsgelder gehandelt hätte und daß die Vergleute deshalb materielle Vorteile gehabt hätten. Das sei schon deshalb nicht möglich gewesen, weil nicht er, sondern seine Unterbeamten, hauptsächlich der Fahrsteiger die Gebühre abschlossen, er daraus keinen Einfluß ausgeübt habe. Er habe sich in materielle Verbindlichkeiten, das hätten seine Arbeiter gemußt und ihn nur darum unterstützt, ohne die Absicht zu haben, denselben im Arbeitsverhältnis begünstigt zu werden. Auf Befragen gibt er zu, daß sein Gehalt auf 8700 Mk. nach freier Wohnung stand, daß die Vergleute mithin nicht die Hälfte dieses Entnommen hätten, er sich dennoch von ihnen unterstützen ließ. Die Beträge hätten zwischen 5 bis 10 Mk. geschwankt und seien durchaus freiwillig gegeben worden.

Sämtliche weiteren Angeklagten leugnen kurzweilig jede Schuld, trotzdem sie vom Vorsitzenden stark und eindringlich ermahnt werden, daß die Wahrheit zu sagen, trotzdem er ihnen direkt auf den Kopf zusagt, wenn sie jemand solche Mährchen aufbinden wollten, sollten sie sich an einen Dummen wenden. Die Steiger bestreiten nicht, Geld erhalten zu haben, nur sei es kein Bestechungsgeld gewesen. Der eine hat damit den „Bergmannsfreund“ bezuht, der andere hat gesammelt für den national-liberalen Wahlverein, während Steiger Kaiser gar für den Bau einer katholischen Kirche gesammelt hat. Auch die Vergleute, die in der Voruntersuchung ein offenes Geständnis abgelegt, oder als Zeugen während der Meineidprozeße unter ihrem Eid bekundet hatten, daß sie Bestechungsgelder gesammelt und gegeben haben, leugnen in der Haupt-verhandlung alles ab. Der Angeklagte, Bergmann Halbmeyer erklärt sogar, daß alles, was er vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt habe, von A bis Z falsch sei, daß er vor dem Untersuchungsrichter die schwersten Anschuldigungen gegen seine Vorgesetzten und Kameraden erhoben habe, obwohl alles gelogen war, was er dort gesagt hätte. Diese Handlungsweise erklärt er damit, daß er durch häusliche Bekümmernisse ganz geblödt gewesen sei. Auf Antrag des Staatsanwalts werden die Geständnisse der Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter perlesen, aus denen vor das Wesentliche wiedergeben. Der angeklagte Bergmann Sommer hat eingestanden, als Parteilanger mehrere Jahre lang in seiner Kameradschaft regelmäßig jeden Monat Geld gesammelt und persönlich an den Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Pflügel abgeholfert zu haben. Von seiner Kameradschaft habe jeder monatlich 3 Mk. gezahlt. Das Geld sei bestimmt gewesen für Michaely, Pflügel und Steiger Jenna. Michaely gibt auf Befragen die Richtigkeit dieser Angaben zu, während Pflügel behauptet, er habe dem Angeklagten Sommer dafür Wein für seine Frau gekauft, was Pflügel bestreitet. Auf die Frage, warum sie diese Angaben denn nicht früher machten, erklären sie, daß ihnen das früher nicht so eingefallen sei. Der angeklagte, Bergmann Bretschneider, wegen Meineid mit neun Monaten Gefängnis bestraft, hat in der Verhandlung vor den Geschworenen zugegeben, jahrelang für die Beamten gesammelt und das Geld an den Obersteiger Michaely und den Fahrsteiger Pflügel abgeholfert zu haben. Die Summe sei regelmäßig so hoch gewesen, daß jeder Beamte, der Obersteiger, der Fahrsteiger und Steiger pro Monat 10 bis 20 Mk. erhielten. In seiner Kameradschaft habe jeder 3 bis 5 Mk. pro Lohnstag gesteuert. Auch nach seiner Verhaftung sei noch weiter gesammelt worden. Der angeklagte Bergmann Maringer hat als Zeuge im Prozeß gegen den Angeklagten und mit ein Jahr Gefängnis bestrafte Schirra zu bezeugt, daß er unter Schirra gearbeitet und daß dieser an jedem Lohnstag Geld für den Fahrsteiger Pflügel gesammelt habe. Erst habe jeder kaum 2 Mk. gespendet, später 3 bis 5 Mk. Dieses Geld sei auch richtig an den Obersteiger oder Fahrsteiger abgeholfert worden, denn er selbst habe das Geld aus dem Bureau des Obersteigers gebracht und dort niedergelegt. Schirra hat damals unter den befragten Aussagen ein Geständnis abgelegt und erklärt, daß er die Wahrheit nur sagen wolle. Diese Wahrheit ging dahin, daß er jahrelang als Parteilanger Geld gesammelt und persönlich an die Beamten abgeholfert habe und zwar für jeden Beamten monatlich 15 bis 20 Mk. Auf die Frage, weshalb die Angeklagten Schirra und Bretschneider denn vor den Geschworenen ein solches Geständnis abgelegt hätten, wenn es nicht wahr sei, daß sie Geld gesammelt hätten und es sie glauben, daß sie unschuldig bestraft worden seien, erklären sie, daß sie das nicht wüßten. Die Angeklagten Dilman und Kärer haben übereinstimmend dem Untersuchungsrichter eingestanden, für Obersteiger Michaely, Fahrsteiger Pflügel und die Steiger Kollinger, Sid und Stefan gesammelt zu haben und zwar für jeden den Betrag von 10 bis 20 Mk. Angeklagter Altmeyer hat eingestanden, daß in seiner Kameradschaft der einzelne Bergmann 6 bis 10 Mk. monatlich für die Beamten abliefern mußte. Wie die Angeklagten dazu gekommen sind, solche Angaben vor dem Untersuchungsrichter zu machen, wissen sie nicht, entschuldigen sich also damit, daß sie „verwirrt“ waren, während sie jetzt selbstverständlich völlig klar sind. Da eine Reihe der Angeklagten überhaupt nicht aussagen, konnte die Vernehmung der 30 Angeklagten noch in der Voruntersuchung zu Ende geführt werden. Man hofft, in zwei Tagen auch die 104 Zeugen zu vernehmen und die Verhandlung noch diese Woche zu Ende zu führen.

Die heutige Nachmittags-sitzung begann mit der Zeugenvernehmung, die sich, wie im ersten Prozeß sehr mager, fast als negativ gestaltete. Als erster Zeuge wurde vernehmung Bergwerksinspektor, Bergschaffner Dr. Herbig, der eigentliche Aufseher und Verwalter der Bestechungsprozeße. Er bekundet, daß er 1907 nach Büttelborn veretzt worden sei und daß man ihm die Uebernahme der Inspektion, gesagt habe, auf Büttelborn ginge das Geschick, die Beamten ließen sich von den Vergleuten bestechen, aber bestimmte Anhaltspunkte konnte er nicht erhalten. Er sei den Beamten denn auch sehr kühl und mit Vorsicht entgegen-

getreten, habe sich auch bei den offenen Beamten nach den Durchsichteren befragt, die ihm auch nichts anders sagen konnten, als daß das Geschick allgemein verbreitet sei, daß hauptsächlich der Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Pflügel sich bestechen ließen. Er habe die Wichtigkeit in einem vorletzteren Zustande vorgefunden und sei seinen Anordnungen, sowohl seitens der Beamten wie auch der Arbeiter passiver Widerstand entgegenge-tritten worden. Dabei habe ein Verkehr unter den Beamten und Arbeitern bestanden, als seien alle Kameraden oder gar die Arbeiter die Vorgesetzten der Beamten. Die Durchsichteren, das heißt, die Arbeit schon während der Schicht verlassen, sei ungemein verbreitet gewesen. Es seien ihm täglich Trupps schwarzer Arbeiter begegnet, die offensichtlich nur eine halbe Schicht gemacht hätten und heimlich zu sich ausgefahren waren. Da er die Leute persönlich nicht kannte, konnte er deren Namen auch nicht feststellen, da sie ihre Kontrollmarken durch andere abgeben ließen. Bei einer Befragung der Grube fand er im Stollen nach Untere-schicht sogar vier Fahrtrader verlegt, obwohl der Platz zur Aufverbahrung der Fahrtrader über Tage war. Um hinter diese Durchsichteren zu kommen, sei er unversehrt am Ende der Schicht zur Grube gegangen und habe die Ueberlieferung der Ueberlieferungen I und III selbst vorgenommen. Bei der Abstellung I fehlten sechs, bei der Abstellung III gar 24 Mann, die zur Schicht gemeldet, jedoch ohne Erlaubnis mitten in der Schichtzeit abgefahren waren! Auch außerordentlich viele Ueberlieferungen fand er verlegt, weshalb er eine wesentliche Einschränkung derselben anordnete. Seinem Vorgehen wurde aber von den Beamten wie den Arbeitern mit Mißtrauen begegnet und fand die Leistung der Arbeiter innerhalb einem Jahre um 82 Tonne pro Kopf. Er habe dann der Direktion Bericht erstattet über den verlustigen Zustand der Belegschaft und über den passiven Widerstand der Beamten und Arbeiter gegen die Anordnungen, worauf dann die Untersuchung der Zustände eingeleitet wurde, mit dem Resultat, daß tatsächlich weitgehende Durchsichtereien vorgekommen sind. Auch die Bedinge, hauptsächlich für die Nebenarbeiten, erschienen ihm viel zu hoch und aus alle dem schließlich er mit ziemlich bestimmter, daß alles das seine Ursache nur darin haben konnte, daß die leitenden Beamten sich bestechen ließen und deshalb ihre Pflicht gräßlich verlegt hätten.

Es folgen darauf 21 Zeugen, die zum größten Teil ihre Aussagen verweigern und somit die Aussagen machen, sind dieselben fast wertlos. Alle haben sie von Geldsummen erzählt, sich auch meistens selbst daran beteiligt, haben regelmäßig jeden Monat einen bestimmten Betrag an den Parteilanger abgeholfert, zwei Mark, drei, auch fünf Mark, aber nicht zur Bestechung von Beamten, sondern zu „nützlichen Zwecken“, zur Verteilung gemeinsamer Bestraubungen, Erregung von Trafen, für Spendenloosen usw. Auch davon haben sie gehört, daß Geld an Beamte abgeholfert worden sein soll, jedoch nicht um diese zu bestechen, sondern für gemeinschaftliche Zwecke, wobei die Beamten den Kassierposten versehen. Für den „Bergmannsfreund“, für den national-liberalen Wahlverein und für den Bau einer katholischen Kirche. Zielten Arbeiter, die Geld für die „Katholische Orgel“ und zum Bau einer katholischen Kirche hergaben, unterstützten auch freudig den national-liberalen Wahlverein und so eindrucklich der Vorsitzende sie auf diesen Widerspruch aufmerksam machte, sie blieben hartnäckig dabei oder schwiegen, weil sie keine Erklärung geben konnten.

Der heutige Vormittags-sitzung wohnten Geheimrat Kliff und Bergwerksinspektor Bauer bei. Es wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren und zwar mit demselben negativen Erfolge, trotz Wille und Strenge des Vorsitzenden. Im Verger ruft er den Zeugen zu: „Sit und was sich Ihre dumme, wenn Sie meint, daß wir solchen Unsinn glauben würden.“ In der Zeugenvernehmung wendet das Gericht eine andere Frage an, indem es die Zeugen unverschiedelt verurteilt, und in jedem Falle, wo man die Aussage verweigert, wird von einer Verurteilung Abstand genommen, weil der Zeuge der Fälschung verdächtig erscheint. Einige Zeugen schlugen eine solche Gedächtniswache vor, daß sie nicht mehr wissen wollten, bei welchem Steiger oder Fahrsteiger sie gearbeitet haben. Der Vorsitzende ruft den Zeugen erregt aber mahnend zu:

„Leute, Ihr tut mir leid und weh, bitter weh, bis in die Seele, daß Ihr in Eurer Angst und Furcht nicht wagt, die volle Wahrheit zu sagen! Ich will Euch schlingen und davon bewahren, daß nicht noch mehr in euer Bewußtsein oder Zuchthaus wandern, weshalb Ihr eure Aussageverweigerung damit begründen sollt, daß Ihr Euch strafbar machen könnt. Ihr müßt auch nicht glauben, daß, wenn Ihr hier zu Gunsten der Angeklagten aussagt, Ihr nachher auf Dankbarkeit rechnen dürft. Dankbarkeit gibt es unter uns Menschen nicht. Wenn sie ihre Dienste getan, wenn sie ausgepreßt sind, werden sie fortgeworfen.“

Doch alle Ermahnungen blieben erfolglos, und so traten die ersten dreizehn Zeugen unverschiedelt und ohne Aussagen gemacht zu haben, ab, drei weitere Zeugen beschworen, nichts von Bestechereien zu wissen. Elf Zeugen verweigern hintereinander wiederum ihre Aussagen und werden nicht verurteilt.

Frau Hilger, jetzt in Spittel, sagt aus, daß ihr Mann früher auf Grube Büttelborn gearbeitet habe, aber abgelegt wurde, weil er seinen Steiger „verhauen“ habe und deshalb sechs Monate Gefängnis erhielt. Er habe ihr mehrfach mitgeteilt, daß Geld für die Beamten gesammelt würde. Einmal habe es geheißt, der Steiger habe keine Kartoffeln mehr für die Schmeine, worauf die Vergleute Geld gesammelt und dem Steiger die Kartoffeln gekauft hätten. Eines Tages habe sie ihrem Mann die Sachen revidiert und 20 Mk. gefunden, worauf ihr Mann ihr sagte, das Geld gehöre dem Fahrsteiger Pflügel. Sie sei mit ihrem Mann nach Büttelborn gegangen, wo dieser das Geld in die Wohnung des Fahrsteigers brachte. Sie sei in Büttelborn mehrfach so arm gewesen, daß sie kein Brot für ihre Kinder gehabt hätte und sei dann zum Fahrsteiger Pflügel gegangen und habe dort Brot für die Kinder gebettelt. Sachverständiger Dr. Herbig führt die Namen der Frau Hilger darauf zurück, daß ihr Mann den Lohn zu Hause nicht richtig abgeholfert habe. Frau Hilger hält dem gegenüber, daß sie die Lohnzettel ihres Mannes gesehen, daß dieser einen zu niedrigen Lohn verdient hätte, worauf der Vorsitzende erllärt:

„Euch Frauen sind die Löhne immer zu niedrig, das kennen wir. Es ist ja die ständige Klage der Bergmannsmadame und der Hüttenmadame, daß die Lohnzettel zu niedrig sind.“

Wiederum marschieren Kolonnen von Zeugen auf, die sämtlich ihre Aussagen verweigern und nicht verurteilt werden. Es waren am Schluß der Zeugenvernehmung in die 80 Zeugen verhört, ohne daß bestimmt Bescheidendes gegen die Angeklagten ausgesagt worden wäre. Der Zeuge Schuch bekundet noch, daß er vor Jahre auf Büttelborn in einer Abreibung gearbeitet habe, während dieser Zeit sei das Bedinge unverändert stehen geblieben, worüber sich eine längere Debatte abspielt. Weiter hat der Zeuge gehört, daß Leute die Schichten schwänzen, aber dennoch ihren Lohn dafür erhielten, kann aber hierüber keine bestimmten Angaben machen. Festgestellt wurde noch, daß Körbe und Säcke mit Bierflaschen in die Grube hineingelassen und von Beamten und Arbeitern gemeinschaftlich getrunken wurden. Obersteiger Michaely gibt das zu.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung.

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung der Reichsfinanzreformfrage, die dem deutschen Volke eine steuerliche Mehrbelastung von 500 Millionen Mark bringen soll, ist es von hohem Interesse, die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung näher ins Auge zu fassen. Um ein richtiges Bild der Steuerlast, des Finanzwesens überhaupt zu gewinnen, ist erforderlich, daß man alle öffentlichen Körperschaften Deutschlands, die einen allgemeinen Bedarf zu decken haben und dementsprechend rechtlich befreit sind, öffentliche Abgaben zu erheben und Anteilen aufzunehmen, in Betracht zieht.

Im Jahre 1907 betragen im Reich die Ausgaben 2809,0 Millionen, die Einnahmen 2517,0 Millionen, die hundertsten Schulden 4003,5 Millionen; in den Bundesstaaten die Ausgaben 5603,9 Millionen, die Einnahmen 5804,4 Millionen, die hundertsten Schulden 12 887,4 Millionen. Die höheren Kommunalverbände verbrauchten rund 450 Millionen, die Gemeinden 2700 Millionen, die besonderen Schul- und Armenverbände rund 40 Millionen. Die Ausgabe der Stadtgemeinden läßt sich nicht feststellen. Im Etat der staatlichen und kommunalen Körperschaften erscheinen insgesamt rund 11 600 Millionen Mark Ausgaben.

Als Deckungsmittel für den öffentlichen Gebrauch kommen außer Zöllen und Steuern in Betracht: die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen; Gebühren und sonstige Verwaltungseinnahmen und Anteile. Die wirtschaftlichen Betriebsverwaltungen des Reichs hatten im Jahre 1907 rund 748 Millionen Mark Ausgaben und 780 Millionen Mark Einnahmen, also keinen Ueberschuß, sondern einen Fehlbetrag von 13 Millionen Mark. Die der Bundesstaaten weisen bei 3928 Millionen Mark Ausgaben 3449 Millionen Mark Einnahmen, also einen Ueberschuß von 428 Millionen Mark auf.

getreten, habe sich auch bei den offenen Beamten nach den Durchsichteren befragt, die ihm auch nichts anders sagen konnten, als daß das Geschick allgemein verbreitet sei, daß hauptsächlich der Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Pflügel sich bestechen ließen. Er habe die Wichtigkeit in einem vorletzteren Zustande vorgefunden und sei seinen Anordnungen, sowohl seitens der Beamten wie auch der Arbeiter passiver Widerstand entgegenge-tritten worden. Dabei habe ein Verkehr unter den Beamten und Arbeitern bestanden, als seien alle Kameraden oder gar die Arbeiter die Vorgesetzten der Beamten. Die Durchsichteren, das heißt, die Arbeit schon während der Schicht verlassen, sei ungemein verbreitet gewesen. Es seien ihm täglich Trupps schwarzer Arbeiter begegnet, die offensichtlich nur eine halbe Schicht gemacht hätten und heimlich zu sich ausgefahren waren. Da er die Leute persönlich nicht kannte, konnte er deren Namen auch nicht feststellen, da sie ihre Kontrollmarken durch andere abgeben ließen. Bei einer Befragung der Grube fand er im Stollen nach Untere-schicht sogar vier Fahrtrader verlegt, obwohl der Platz zur Aufverbahrung der Fahrtrader über Tage war. Um hinter diese Durchsichteren zu kommen, sei er unversehrt am Ende der Schicht zur Grube gegangen und habe die Ueberlieferung der Ueberlieferungen I und III selbst vorgenommen. Bei der Abstellung I fehlten sechs, bei der Abstellung III gar 24 Mann, die zur Schicht gemeldet, jedoch ohne Erlaubnis mitten in der Schichtzeit abgefahren waren! Auch außerordentlich viele Ueberlieferungen fand er verlegt, weshalb er eine wesentliche Einschränkung derselben anordnete. Seinem Vorgehen wurde aber von den Beamten wie den Arbeitern mit Mißtrauen begegnet und fand die Leistung der Arbeiter innerhalb einem Jahre um 82 Tonne pro Kopf. Er habe dann der Direktion Bericht erstattet über den verlustigen Zustand der Belegschaft und über den passiven Widerstand der Beamten und Arbeiter gegen die Anordnungen, worauf dann die Untersuchung der Zustände eingeleitet wurde, mit dem Resultat, daß tatsächlich weitgehende Durchsichtereien vorgekommen sind. Auch die Bedinge, hauptsächlich für die Nebenarbeiten, erschienen ihm viel zu hoch und aus alle dem schließlich er mit ziemlich bestimmter, daß alles das seine Ursache nur darin haben konnte, daß die leitenden Beamten sich bestechen ließen und deshalb ihre Pflicht gräßlich verlegt hätten.

Es folgen darauf 21 Zeugen, die zum größten Teil ihre Aussagen verweigern und somit die Aussagen machen, sind dieselben fast wertlos. Alle haben sie von Geldsummen erzählt, sich auch meistens selbst daran beteiligt, haben regelmäßig jeden Monat einen bestimmten Betrag an den Parteilanger abgeholfert, zwei Mark, drei, auch fünf Mark, aber nicht zur Bestechung von Beamten, sondern zu „nützlichen Zwecken“, zur Verteilung gemeinsamer Bestraubungen, Erregung von Trafen, für Spendenloosen usw. Auch davon haben sie gehört, daß Geld an Beamte abgeholfert worden sein soll, jedoch nicht um diese zu bestechen, sondern für gemeinschaftliche Zwecke, wobei die Beamten den Kassierposten versehen. Für den „Bergmannsfreund“, für den national-liberalen Wahlverein und für den Bau einer katholischen Kirche. Zielten Arbeiter, die Geld für die „Katholische Orgel“ und zum Bau einer katholischen Kirche hergaben, unterstützten auch freudig den national-liberalen Wahlverein und so eindrucklich der Vorsitzende sie auf diesen Widerspruch aufmerksam machte, sie blieben hartnäckig dabei oder schwiegen, weil sie keine Erklärung geben konnten.

Der heutige Vormittags-sitzung wohnten Geheimrat Kliff und Bergwerksinspektor Bauer bei. Es wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren und zwar mit demselben negativen Erfolge, trotz Wille und Strenge des Vorsitzenden. Im Verger ruft er den Zeugen zu: „Sit und was sich Ihre dumme, wenn Sie meint, daß wir solchen Unsinn glauben würden.“ In der Zeugenvernehmung wendet das Gericht eine andere Frage an, indem es die Zeugen unverschiedelt verurteilt, und in jedem Falle, wo man die Aussage verweigert, wird von einer Verurteilung Abstand genommen, weil der Zeuge der Fälschung verdächtig erscheint. Einige Zeugen schlugen eine solche Gedächtniswache vor, daß sie nicht mehr wissen wollten, bei welchem Steiger oder Fahrsteiger sie gearbeitet haben. Der Vorsitzende ruft den Zeugen erregt aber mahnend zu:

„Leute, Ihr tut mir leid und weh, bitter weh, bis in die Seele, daß Ihr in Eurer Angst und Furcht nicht wagt, die volle Wahrheit zu sagen! Ich will Euch schlingen und davon bewahren, daß nicht noch mehr in euer Bewußtsein oder Zuchthaus wandern, weshalb Ihr eure Aussageverweigerung damit begründen sollt, daß Ihr Euch strafbar machen könnt. Ihr müßt auch nicht glauben, daß, wenn Ihr hier zu Gunsten der Angeklagten aussagt, Ihr nachher auf Dankbarkeit rechnen dürft. Dankbarkeit gibt es unter uns Menschen nicht. Wenn sie ihre Dienste getan, wenn sie ausgepreßt sind, werden sie fortgeworfen.“

Doch alle Ermahnungen blieben erfolglos, und so traten die ersten dreizehn Zeugen unverschiedelt und ohne Aussagen gemacht zu haben, ab, drei weitere Zeugen beschworen, nichts von Bestechereien zu wissen. Elf Zeugen verweigern hintereinander wiederum ihre Aussagen und werden nicht verurteilt.

Frau Hilger, jetzt in Spittel, sagt aus, daß ihr Mann früher auf Grube Büttelborn gearbeitet habe, aber abgelegt wurde, weil er seinen Steiger „verhauen“ habe und deshalb sechs Monate Gefängnis erhielt. Er habe ihr mehrfach mitgeteilt, daß Geld für die Beamten gesammelt würde. Einmal habe es geheißt, der Steiger habe keine Kartoffeln mehr für die Schmeine, worauf die Vergleute Geld gesammelt und dem Steiger die Kartoffeln gekauft hätten. Eines Tages habe sie ihrem Mann die Sachen revidiert und 20 Mk. gefunden, worauf ihr Mann ihr sagte, das Geld gehöre dem Fahrsteiger Pflügel. Sie sei mit ihrem Mann nach Büttelborn gegangen, wo dieser das Geld in die Wohnung des Fahrsteigers brachte. Sie sei in Büttelborn mehrfach so arm gewesen, daß sie kein Brot für ihre Kinder gehabt hätte und sei dann zum Fahrsteiger Pflügel gegangen und habe dort Brot für die Kinder gebettelt. Sachverständiger Dr. Herbig führt die Namen der Frau Hilger darauf zurück, daß ihr Mann den Lohn zu Hause nicht richtig abgeholfert habe. Frau Hilger hält dem gegenüber, daß sie die Lohnzettel ihres Mannes gesehen, daß dieser einen zu niedrigen Lohn verdient hätte, worauf der Vorsitzende erllärt:

„Euch Frauen sind die Löhne immer zu niedrig, das kennen wir. Es ist ja die ständige Klage der Bergmannsmadame und der Hüttenmadame, daß die Lohnzettel zu niedrig sind.“

Wiederum marschieren Kolonnen von Zeugen auf, die sämtlich ihre Aussagen verweigern und nicht verurteilt werden. Es waren am Schluß der Zeugenvernehmung in die 80 Zeugen verhört, ohne daß bestimmt Bescheidendes gegen die Angeklagten ausgesagt worden wäre. Der Zeuge Schuch bekundet noch, daß er vor Jahre auf Büttelborn in einer Abreibung gearbeitet habe, während dieser Zeit sei das Bedinge unverändert stehen geblieben, worüber sich eine längere Debatte abspielt. Weiter hat der Zeuge gehört, daß Leute die Schichten schwänzen, aber dennoch ihren Lohn dafür erhielten, kann aber hierüber keine bestimmten Angaben machen. Festgestellt wurde noch, daß Körbe und Säcke mit Bierflaschen in die Grube hineingelassen und von Beamten und Arbeitern gemeinschaftlich getrunken wurden. Obersteiger Michaely gibt das zu.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung.

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung der Reichsfinanzreformfrage, die dem deutschen Volke eine steuerliche Mehrbelastung von 500 Millionen Mark bringen soll, ist es von hohem Interesse, die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung näher ins Auge zu fassen. Um ein richtiges Bild der Steuerlast, des Finanzwesens überhaupt zu gewinnen, ist erforderlich, daß man alle öffentlichen Körperschaften Deutschlands, die einen allgemeinen Bedarf zu decken haben und dementsprechend rechtlich befreit sind, öffentliche Abgaben zu erheben und Anteilen aufzunehmen, in Betracht zieht.

Im Jahre 1907 betragen im Reich die Ausgaben 2809,0 Millionen, die Einnahmen 2517,0 Millionen, die hundertsten Schulden 4003,5 Millionen; in den Bundesstaaten die Ausgaben 5603,9 Millionen, die Einnahmen 5804,4 Millionen, die hundertsten Schulden 12 887,4 Millionen. Die höheren Kommunalverbände verbrauchten rund 450 Millionen, die Gemeinden 2700 Millionen, die besonderen Schul- und Armenverbände rund 40 Millionen. Die Ausgabe der Stadtgemeinden läßt sich nicht feststellen. Im Etat der staatlichen und kommunalen Körperschaften erscheinen insgesamt rund 11 600 Millionen Mark Ausgaben.

Als Deckungsmittel für den öffentlichen Gebrauch kommen außer Zöllen und Steuern in Betracht: die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen; Gebühren und sonstige Verwaltungseinnahmen und Anteile. Die wirtschaftlichen Betriebsverwaltungen des Reichs hatten im Jahre 1907 rund 748 Millionen Mark Ausgaben und 780 Millionen Mark Einnahmen, also keinen Ueberschuß, sondern einen Fehlbetrag von 13 Millionen Mark. Die der Bundesstaaten weisen bei 3928 Millionen Mark Ausgaben 3449 Millionen Mark Einnahmen, also einen Ueberschuß von 428 Millionen Mark auf.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung.

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung der Reichsfinanzreformfrage, die dem deutschen Volke eine steuerliche Mehrbelastung von 500 Millionen Mark bringen soll, ist es von hohem Interesse, die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung näher ins Auge zu fassen. Um ein richtiges Bild der Steuerlast, des Finanzwesens überhaupt zu gewinnen, ist erforderlich, daß man alle öffentlichen Körperschaften Deutschlands, die einen allgemeinen Bedarf zu decken haben und dementsprechend rechtlich befreit sind, öffentliche Abgaben zu erheben und Anteilen aufzunehmen, in Betracht zieht.

Im Jahre 1907 betragen im Reich die Ausgaben 2809,0 Millionen, die Einnahmen 2517,0 Millionen, die hundertsten Schulden 4003,5 Millionen; in den Bundesstaaten die Ausgaben 5603,9 Millionen, die Einnahmen 5804,4 Millionen, die hundertsten Schulden 12 887,4 Millionen. Die höheren Kommunalverbände verbrauchten rund 450 Millionen, die Gemeinden 2700 Millionen, die besonderen Schul- und Armenverbände rund 40 Millionen. Die Ausgabe der Stadtgemeinden läßt sich nicht feststellen. Im Etat der staatlichen und kommunalen Körperschaften erscheinen insgesamt rund 11 600 Millionen Mark Ausgaben.

Als Deckungsmittel für den öffentlichen Gebrauch kommen außer Zöllen und Steuern in Betracht: die Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen; Gebühren und sonstige Verwaltungseinnahmen und Anteile. Die wirtschaftlichen Betriebsverwaltungen des Reichs hatten im Jahre 1907 rund 748 Millionen Mark Ausgaben und 780 Millionen Mark Einnahmen, also keinen Ueberschuß, sondern einen Fehlbetrag von 13 Millionen Mark. Die der Bundesstaaten weisen bei 3928 Millionen Mark Ausgaben 3449 Millionen Mark Einnahmen, also einen Ueberschuß von 428 Millionen Mark auf.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung.

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung der Reichsfinanzreformfrage, die dem deutschen Volke eine steuerliche Mehrbelastung von 500 Millionen Mark bringen soll, ist es von hohem Interesse, die Steuerlast in Deutschland und ihre Verteilung näher ins Auge zu fassen. Um ein richtiges Bild der Steuerlast, des Finanzwesens überhaupt zu gewinnen, ist erforderlich, daß man alle öffentlichen Körperschaften Deutschlands, die einen allgemeinen Bedarf zu decken haben und dementsprechend rechtlich befreit sind, öffentliche Abgaben zu erheben und Anteilen aufzunehmen, in Betracht zieht.

Im Jahre 1907 betragen im Reich die Ausgaben 2809,0 Millionen, die Einnahmen 2517,0 Millionen, die hundertsten Schulden 4003,5 Millionen; in den Bundesstaaten die Ausgaben 5603,9 Millionen, die Einnahmen 5804,4 Millionen, die hundertsten Schulden 12 887,4 Millionen. Die höheren Kommunalverbände verbrauchten rund 450 Millionen, die Gemeinden 2700 Millionen, die besonderen Schul- und Armenverbände rund 40 Millionen. Die Ausgabe der Stadtgemeinden läßt sich nicht feststellen. Im Etat der staatlichen und kommunalen Körperschaften erscheinen insgesamt rund 11 600 Millionen Mark Ausgaben.

Die Steuern und Zölle erbrachten im Jahre 1907 in Millionen Mark:	
Reich (ohne Einkommensteuer)	1205,8
Bundesstaaten	770,1
Österreichische Bundesländer	510
Gemeinden über 10 000 Einwohner	644,6
Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern	800,0
Renewerbände	2,2
Schulverbände	81,0
Ausgangsgemeinden	81,8

Zusammen 8005,19 Millionen

Von den Steuerarten sind die Zölle ausschließlich eine Einnahme des Reichs; sie brachten im Jahre 1907 einen Ertrag von 644,7 Millionen Mark.

Die Verbrauchsabgaben entfielen auf das Reich 800,7 Millionen Mark, und zwar: Zinksteuer 57,8; Biersteuer 58,8; Weinsteuer 5,4; Branntweinsteuer 120,7; Zuckersteuer 188,4; Tabaksteuer 28,0 Millionen. An Biersteuer erheben die Bundesstaaten 82,7, die Gemeinden 10,48 und an sonstigen Verbrauchsabgaben beide zusammen 14,8 Millionen. Die Summe der Verbrauchsabgaben im Reich, Bundesstaaten und Gemeinden betrug rund 822 Millionen Mark.

An der Spitze der direkten Steuern, der Steuern auf den Besitz, bei denen das Reich nicht in Betracht kommt, sondern nur die Bundesstaaten, Kommunalverbände, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften, steht (1907) die allgemeine Einkommensteuer mit 707,0 Millionen Mark. Es folgen Grund- und Gebäudesteuer 212,2; Gewerbesteuer 108,8; Vermögensteuer 82,4; Kapitalrentensteuer 24,4; Wohn- (Miets-) Steuer 12,7; Spezial-Einkommensteuer 11,8; Wandererwerbsteuer 4,0; Eisenbahn- und Bergwerkssteuer 2; andere persönliche Steuern 9,8; nicht zu verteilende direkte Steuern 848,6, zusammen 1600,9 Millionen Mark.

Die weiteren Steuerarten sind folgende: Verkehrssteuer; sie brachte im Jahre 1907 dem Reich 184,0, den Bundesstaaten 68,8 zusammen 252,8 Millionen Mark; Erbschafts- und Schenkungssteuer, Reich 20,8, Bundesstaaten 18,6, Gemeinden 0,16, zusammen 40,06 Millionen Mark. Während das Reich, abgesehen von dem sehr geringen Beitrag der Erbschaftssteuer, durchaus auf die indirekten Steuern angewiesen ist, bringt in allen Bundesstaaten zusammen die Einkommensteuer allein mehr als 51 pSt. des Gesamtsteuerertrages, die Gewerbesteuer etwa 8 pSt. Die Verbrauchssteuern sind, abgesehen vom Reich, besonders in den süddeutschen Staaten ausgebildet. So erbringt die Branntweinsteuer in Württemberg 10,84, in Baden 18,25, in Elsaß-Lothringen 12,35 pSt. des Gesamtsteuerertrages. Eine Weinsteuer besteht in Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Eine Salzsteuer haben das Königreich Sachsen und Sachsen-Altenburg mit erheblichen, Baden mit geringen Beträgen; sonst ist sie den Gemeinden überwiesen oder aufgehoben. Unter den Verbrauchssteuern hat nur die Hundsteuer eine allgemeinere Bedeutung. Der Anteil dieser Steuer am Gesamtsteuerertrag beträgt 11,28 pSt. Die Umsatzsteuer an Grundstücken besteht in sechs Staaten: Württemberg, Baden, drei Hansestädten und Elsaß-Lothringen. Sie erbringt vom Gesamtsteuerertrag in Hamburg 4,04, in Elsaß-Lothringen 23,07, im Durchschnitt aller Bundesstaaten 2,18 pSt. Eine landwirtschaftliche Steuer besteht nur in den beiden Mecklenburgen; sie erbringt hier 17,12 und 14,24 pSt. des Gesamtsteuerertrages.

Unter Zugrundelegung der Sydonschen Berechnungen in seinen Denkschriften ergibt sich auf den Kopf der Bevölkerung an Reichs- und Staatssteuern folgende Belastung:

Zölle und Verbrauchssteuern	17,68
Direkte Steuern	9,87
Verkehrssteuern	3,57
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0,72
Auswandlungssteuern	0,06

Von den Verbrauchssteuern entfallen auf den Kopf der Bevölkerung:

Bier	1,92
Branntwein	2,30
Tabak, einschließl.	1,32
Zucker	2,36
Salz	0,98
Petroleum	1,23

Nach den Sydonschen Darlegungen ergeben die Steuern der gesamten öffentlichen Körperschaften Deutschlands auf den Kopf der Bevölkerung:

Direkte Steuern	25,04
Zölle und Verbrauchssteuern	18,78
Auswandlungssteuern	0,27
Verkehrssteuern	4,21
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0,72

Zusammen 49,07

Nach der Volkszählung von 1905 kommen auf einen Familienhaushalt 4,7 Köpfe. Das ergibt für den Haushalt eine durchschnittliche Belastung mit

Direkte Steuern	117,50
Erbschafts- und Schenkungssteuern	8,29
Verbrauchsabgaben	80,90
Verkehrssteuern	19,59

Mit Berechnungen dieser Art ist nun allerdings für eine richtige Beurteilung der Verteilung der Steuerlast auf die einzelnen Bevölkerungsschichten nicht viel anzufangen. Man muß berücksichtigen, in welchem Maße die besitzenden Klassen gegenüber den anderen an der direkten Steuer und Erbschaftssteuer beteiligt sind, und wie stark andererseits die Überlastung der Unbemittelten mit indirekten Steuern ist. Auf diese entfällt ein viel höherer Durchschnittssatz an solchen Steuern, als auf jene. Die indirekten Steuern sind meistens zum größten Teile auf die notwendigen Konsumartikel der Masse gelegt. Soweit es sich um die Zölle auf Lebensmittel handelt, ist zu beachten, daß sie eine Verteuerung auch des inländischen Produkts bewirken. Unter Zugrundelegung genauer Konsumverhältnisse und der beibringenden Zoll- und Verbrauchsabgabensätze läßt sich berechnen, daß eine den arbeitenden Klassen angehörnde vier- bis fünfköpfige Familie bei einer höchst bescheidenen, die Grenzen des Notwendigen nicht überschreitenden Lebenshaltung eine indirekte Belastung vom Reichs wegen in Höhe von über 100 Mk. jährlich zu tragen hat. Demgegenüber steht die Tatsache, daß das jährliche Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter kaum 1000 Mk. beträgt. Von den preussischen Steuergebern haben 53 pSt. ein Einkommen von unter 300 Mk. Und das trotz der auch für die Reichsfinanzreform vielversprechenden „erheblichen Lohnsteigerungen“, welche die Arbeiter in den letzten zehn Jahren erfahren haben sollen!

Was einer Steigerung der steuerlichen Leistungsfähigkeit kann nur bei den besitzenden Klassen die Rede sein. Die arbeitenden Klassen sind davon auszuschließen. Was sie steuerlich zu leisten gezwungen sind, übersteigt ihre Leistungsfähigkeit nach vernünftigen und gerechten Begriffen ganz erheblich.

Unsere Steuerkämpfer können nicht hinwegtäuschen über die Tatsache, daß die Verteilung der Steuerlasten in Deutschland, besonders von Reichs wegen, eine durchaus ungerade ist, zum Nachteil der arbeitenden und zum Vorteil der besitzenden Klassen. Jetzt will man über 400 Millionen neuer indirekter Steuern für das Reich schaffen. Das bedeutet eine Vermehrung der schon bestehenden Belastung durch solche Steuern um reichlich ein Drittel. So nimmt die finanzpolitische Verunsicherung am Walle ihren Fortgang, bis das ganze heulige System eines Tages zusammenbricht.

Zur Reform der Berginspektion.

Die Vergütung der Berginspektoren auf Rhodod.

Die grauhafteste Arbeit der Leichenbergung auf Rhodod geht vor sich. Ärzte, Beamte des Gerichts wie solche der Bergbehörden sind an Ort und Stelle eingetroffen. Auch Wendarnen sind hinzugezogen worden. Als ob nicht schon so Erregung genug vorhanden wäre. Daß diese Erregung nicht zu Unzulasten ausartet, dafür werden die Bergarbeiter schon selbst sorgen. Dazu bedarf es nicht der Verbarnen, ohne die, wie es scheint, im Ruhrgebiet nichts mehr gemacht werden kann. Die Leichen sind unkenntlich und an schrecklichen Verwundungen wird es auch nicht fehlen. Unsern Wunsch, von den Organisationen Leute mit heranzuziehen, um die Frage der Ursache des Unglücks mit Klären zu helfen, hat man nicht erfüllt! Was es nun einmal so sein. Wir werden das Ende der Untersuchung abwarten und dann schon sagen, was rechtens ist. Um aber wenigstens einen der Toten ausfindig machen zu helfen, wollen wir die Behörden auf diesem Wege auf folgendes aufmerksam machen. Bekanntlich wurde der Bergarbeiter Wilhelm Thomas und neben ihm die Bergarbeiter H. R. und F. A. getötet. H. A. war verheiratet und wurde von den beiden andern mit fortgeführt. Als sie über den Grund in der westfälischen Landschaft, nördlicher Querstraße 3. Sohle, sturten, rief H. A. Wilhelm (gerührt ist Thomas A. H.) hier ist frische Luft! Da hörten sie den Ruf: Was, Ihr habt frische Luft?

Darauf rief Thomas: Ich bin Wilhelm Thomas, wer bist Du? Ich bin Johann Sch. r. „Komme herher!“ rief man ihm zu, aber Sch. erwiderte: Ich kann nicht, ich stehe mit den Füßen fest. Thomas fragte: „Wohin steht Du?“ Antwort: „Rein, ich stehe bloß mit dem Bein fest. Was ist eigentlich los? Kommt mal herher!“ Thomas rief: „Wir sitzen selbst im Dunkeln, wir kommen wieder.“ Von Th. was wissen wir, daß er dann die Verunsicherung verlor, was auch wohl mit den andern beiden geschehen ist. Sie wollten sich die Lampe anzünden und eventuell das weitere zur Rettung Sch.s. vorantreiben. Es kam nicht so weit. Daß die Rettungsmannschaft nicht schon vorher an die Bruchstelle bringen konnte, lag wohl daran, daß sie erst später einfuhr, als die drei über den Berg kletterten. Ob bei Sch. noch eine Rettung möglich, nachdem die Rettungsmannschaft eingetroffen war, entzieht sich unserer Kenntnis. Um sich über diese und ähnliche Einzelheiten mit aller Ruhe hinwegsetzen zu können, dazu gehört, daß wir Vertrauen zu der Untersuchung fassen müssen. Wir wollen sehen, ob wir es soweit bringen können!

Sicherheitsmänner im österreichischen Bergbau.

Mit dieser so wichtigen Frage beschäftigte sich am Sonntag, den 28. Februar eine Plenarsitzung der Bergarbeiter für Nordwestböhmen. Das Referat hielt Kamerad Ebert, der den deutschen Bergarbeitern kein Unbekannter ist. Er führte aus, daß die Gefahren des Bergbaues sehr zahlreich sind und alle Elemente dabei mitsprechen: Feuer, Wasser, Luft und Erde. Die Sicherheitsregeln im Bergbau müssen daher vielseitiger und eingehender sein als anderswo. Neben der Unfallgefahr bei der Produktion sind noch Feuer, Wasser- und Explosionsgefahren zu berücksichtigen und zu bekämpfen, woraus ersichtlich ist, daß der Sicherheit im Bergbau ein besonderes Augenmerk gewidmet werden muß. Schon der Bergglaube im Bergbau spielte seit jeher eine große Rolle, der den Werksbessern günstig war. Man sah den „Vergeltung“ vor einem Unglücksfall und heute in der Zeit der Aufklärung spricht man allen Ernstes stets von einer „höheren Gewalt“ und die Studierten an Regierungsschulen glauben fest daran, daß nicht die Werksbessern mit daran schuld seien, sondern vorhergehend nur diese „höhere Gewalt.“ Die technische Wissenschaft hat bereits schon viele Mittel und Wege gefunden, um solche Gefahren erfolgreich bekämpfen zu können. Die Werksbessern sagen sich aber, wie treiben nicht Bergbau der Sicherheit wegen, sondern wegen dem Profit. Sie sparen deshalb mit Sicherheitsvorrichtungen und lassen sich auf Grund ihrer guten Organisation auch nichts dreinreden. Man trauen die Bergarbeiter selbst hervor und verlangten energisch gegenseitigen Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit und weisen nach, daß nur die Prüffähigkeit der Werksbessern einen solchen mit allen Mitteln zu verbürgen sucht. Die Gefahren des Bergbaues erfährt man am deutlichsten aus der Unfallstatistik selbst.

Seit den letzten 28 Jahren verunglückten im österreichischen Bergbau 25 722 Bergarbeiter, davon 5 708 tödlich und 10 954 schwer. 2 402 tödliche und 7 302 schwere im Steintohlenbergbau und 2 618 tödliche und 10 105 schwere im Braunkohlenbergbau. Die Zahl der tödlichen Unfälle hat in den letzten Jahren aufeinander etwa abgenommen, dagegen stieg die Zahl der schweren Verunglückungen umso mehr. In den letzten 8 Jahren von 1905-1907 entfielen auf je 1000 Arbeiter im Bergbau, und zwar auf Steintohle:

1905: 1,51 tödliche und 8,07 schwere Verunglückungen;
1906: 1,07 tödliche und 11,07 schwere Verunglückungen;
1907: 1,11 tödliche und 10,88 schwere Verunglückungen.

Im Braunkohlenbergbau:
1905: 1,71 tödliche und 16,12 schwere Verunglückungen;
1906: 1,67 tödliche und 16,12 schwere Verunglückungen;
1907: 1,00 tödliche und 17,55 schwere Verunglückungen.

Die Unfallgefahr ist im Braunkohle bedeutend größer als bei Steintohle.

Die schweren Verletzungen betragen auf je 1000 Arbeiter im Jahre: 1888 bei Steintohle 2,21, bei Braunkohle 3,60 Verunglückungen; 1907 bei Steintohle 13,18, bei Braunkohle 17,55 Verunglückungen. Nun kommen noch die leichten Verletzungen, die fast jedes Jahr auf je 1000 Arbeiter 108,5 Verunglückungen ausmachen. Das Braunkohlensystem durch den bekannten Kammerbruchbau trägt die Hauptlast. Es ist ein wahres Mordgericht, das so viele Menschenleben kostet und die reichen Schätze des Landes vernichtet, denn nur ein Drittel der Braunkohle wird gewonnen und zwei Drittel werden verrottet, sie bleiben verloren.

Den Mord in der Erzeugung von Bergarbeiterleichen und Krüppeln hat das nordwestböhmisches Braunkohlensystem geleistet. Im Brügger-Müviere kommt auf je 427 Arbeiter schon ein tödlicher Unfall, es hat somit England um rund 100 Prozent überflügelt. Daß die Sicherheitsverhältnisse im österreichischen Bergbau einer bringenden Verbesserung bedürftig sind, zeigt uns die Kruppstatistik, die auf schauerhafte Zustände schließen läßt. Bei den Wraderluden entfielen auf je 100 Mitglieder 80,1 Erkrankungen, somit um 24 mehr als bei allen anderen Krankenkassen Österreichs. Die Unternehmer gebrauchen anfangs die Ausrede, daß die Bergarbeiter meist selbst daran schuld sind, sich Sonntags in Souveränen ergehen und Montag früh bei der Arbeit nicht die nötige Vorsicht walten lassen. Die amtliche Statistik weist nach, daß die Werksbessern gelogen haben. Die Unfallsfälle haben sich im Jahre 1906 ereignet. Es entfielen auf den Montag 15,89 Prozent, Dienstag 15,12, Mittwoch 16,88, Donnerstag 18,28, Freitag 18,32, Samstag 15,79 und Sonntag 1,74 Prozent. Die Zunahme der Unfälle zeigt sich auch in der Zahl der zunehmenden Provisionierungsfälle wegen Verunglückung.

In den Jahren 1888-1890 wurden von je 1000 Bergarbeitern zwölf wegen Verunglückung in Dienste provisioniert, dagegen in den Jahren 1901-1905 schon 17 Bergarbeiter.

Der Fortschritt der Sicherheitsgesetzgebung ist in Oesterreich von der Zahl der Massenunfälle abhängig. Der Massenmord am Hoheneggerbach in Osttrau i. J. 1891 zeitigte ein Berginspektorengesetz, welches aber von den Freunden der Kohlenbarone im Herrenhause abgelehnt wurde. Dafür hat man die Zahl der Berginspektoren vermehrt und später bei jeder Bergbauinspektion einen Berginspektor eingesetzt. Wie schau diese Inspektion aus? Der Inspektor in Prag braucht 9 Jahre, bevor er mit seinen Betrieben einmal fertig wird, nachdem aber jetzt zwei Inspektoren sind, so braucht jeder ungefähr die Hälfte davon. Der Inspektor in Wien braucht ungefähr 3 Jahre, der in Klagenfurt 4 Jahre und jener in Kratau würde sogar vierzig Jahre brauchen, denn er hat von seinen 361 Betrieben nur neun inspiziert. Was die Inspektion der Bergbauinspektion anbelangt, so kommt in Böhmen i. J. 1906 auf jeden Betrieb eine Inspektion im Jahre.

Die zahlreichen Massenmorde der letzten Zeit haben nun die sogenannte „Sozialpolitik“ etwas vorwärts geschoben, so in Frankreich, Preußen und auch in Oesterreich. Ich erinnere an das Mandat mit der Geschäftsordnung, wo die Werksbessern um ihre Meinung abgehört wurden. Man wollte die Genossenschaftsbelegierten zur Mitwirkung heranziehen, was aber fallen gelassen wurde. Nun kommt man mit der Vorlage der Sicherheitsmänner, die in dieser Fassung für die Bergarbeiter unannehmbar ist. Redner besaßte sich nun eingehend mit dieser Vorlage und erklärt, daß der Sicherheitsmänner nach diesem Gesetze in keiner Weise vor der Willkür des Werksbessers geschützt ist, wodurch die Inspektion zu einer Komödie herabgedrückt wird. Redner empfiehlt der Konferenz folgende Resolution zur Annahme:

Die stets steigenden Unfallziffern im österreichischen Bergbau geben wohl ein unabweisbares Zeugnis für die Unsicherheit im Bergbau-betriebe, welche nur auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen und grobe Fahrlässigkeiten zurückzuführen sind. Der heutige Zustand erfordert daher eine gründliche Reform des Inspektionswesens. Die Bergarbeiter, die bei Ausübung ihres Berufes Leben und Gesundheit opfern müssen, sind hierfür gewiss am meisten interessiert. Eine befriedigende Lösung dieser, für die Bergarbeiter so wichtigen Angelegenheit kann nur dadurch erzielt werden, wenn durch präzisere gesetzliche Bestimmungen eine Bergbauinspektion geschaffen wird, zu der die Bergarbeiter ein Vertrauen haben. Dieses kann nur dadurch erreicht werden, wenn die Bergarbeiter selbst mit zur Mitwirkung an der Grubeninspektion herangezogen werden. Die Unzulänglichkeit der heutigen gefährlichen Zustände, sowie die Erweiterung der Bergbauinspektion durch Heranziehung von Arbeiterinspektoren wird wohl heute von der Regierung anerkannt. Die dem österreichischen Parlamente von der Regierung vorgelegte Gesetzesvorlage betreffend die Einführung von Sicherheitsmännern bietet jedoch keine Gewähr, eine solche Inspektion zu schaffen. Die schon seit Jahren erhobenen und berechtigt anerkannten Forderungen der Bergarbeiter bleiben in der Gesetzesvorlage vollständig unbeachtet, dagegen muß ausgesprochen werden, daß man den Werksbessern in jeder Weise entgegengekommen ist. Die Gesetzesvorlage legt zwar den Bergarbeitern Pflichten und Verantwortung auf, schließt sie aber keineswegs von den Schikanierungen und Verfolgungen der Werksunternehmer, denen es nur darum zu tun ist, jede nur halbwegs gerechte Inspektion zu unterbinden und unzulässig zu machen. Das Verhalten der Werksbessern gegenüber den Genossenschaftsbelegierten und Grubenludenausschüssen hat dies zur Genüge bewiesen.

Die heute am 28. Februar 1908 in Tarn tagende Konferenz der organisierten Bergarbeiter des Rumänien-Brig-Teppinger Kohlenreviers erblickt daher in der Regierungsvorlage, wonach die Bergwerksinspektion durch die von den Unternehmern abhängigen Sicherheitsmänner ausgeführt werden soll, eine abschlägliche Verhüllung der geforderten unabhängigen Bergwerksinspektoren. Wüßte auf diese Tatsache der Konferenz sowohl von der Regierung als auch vom Parlamente die Regelung der Bergwerksinspektion auf Grundlage der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge.

Die österreichische Regierung will Sicherheitsmänner nach dem Muster, wie sie die preussische Bergregulierung ankündigt. Das ist für den ablehnenden Standpunkt unserer österreichischen Kameraden auch Grund genug.

Aus unseren Sekretariats Waldenburg.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats Waldenburg. Das Sekretariat hatte im Jahre 1908 eine außergewöhnliche Steigerung seiner Frequenz. Die Zahl der Auskunftsfindenden betrug 8173 Personen, darunter 1244 weiblichen Geschlechts und 184 selbständige Gewerbetreibende. Von den Besuchern wohnten 1208 in Waldenburg, 4985 in anderen Orten des Kreises Waldenburg, außerhalb des Kreises 720. Die Zahl der zum Zwecke der Auskunftsfindung registrierten Besuche betrug 8181, die Zahl der erteilten Auskünfte 7771; davon wurden 4570 mündlich erteilt, 3201 erforderten schriftliche Vorarbeiten. (Unter der großen Zahl schriftlicher Arbeiten sind allein 1041 Strafsachen, die unter der Wirkung des neuen Einkommensteuergesetzes übrig wurden).

Im einzelnen verteilen sich die Auskünfte auf:

a) Arbeiterversicherung:		d) Gemeinde- und Staatsangelegenheiten:	
Unfallversicherung	690	Steuersachen	1087
Krankensicherung	214	Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht	72
Strafverfahren	228	Armenangelegenheiten	228
Zusammen	1481	Fürsorgeverwaltung	88
b) Arbeits- und Dienstvertrag:		Schul- und Kirchenwesen	50
Mündigung u. Wohnförderung	684	Militärwesen	98
Verhältnissen	47	Zusammen	1671
Arbeitsvertrag	208	e) Strafrecht:	748
Zeugnisse und Legitimations-papiere	48	1) Arbeiterbewegung Verlin:	
Sonstiges	248	recht	407
Zusammen	1260	g) Privatversicherung	110
c) Bürgerliches Recht:		h) Handels- und Gewerbesachen	58
Sachenrecht	288	i) Diverses	7
Familienrecht	510	Die Zahl der schriftlichen Arbeiten verteilen sich auf:	
Erbschaftsrecht	178	a) Arbeiterversicherung	692
Wohnrecht	316	b) Arbeits- u. Dienstvertrag	417
Schadenersatz und Haftpflicht	180	c) Bürgerliches Recht	614
Händlung	348	d) Gemeinde-Steuer-Staatsangelegenheiten	1256
Zivilprozesen	108	e) Strafrecht	205
Sonstiges	64	f) Sonstige Sachen	87
Zusammen	2072	Zusammen	8201

Von den 4580 organisierten Besuchern entfielen auf die einzelnen Gewerkschaften:

Bergarbeiter	2838	
Borgelannarbeiter	328	
Maurer	205	
Metalnarbeiter	270	
Regularbeiter	112	
Vollhülfsarbeiter	81	
Holzarbeiter	80	
Mitragroben	Steindrucker	70
Bummers	68	
Transportarbeiter	62	
Fabrikarbeiter	60	
Waler	51	
Glasarbeiter	48	
Schmiede	32	
Maschinen und Felger	22	
Branerarbeiten	22	
Buchdrucker	20	
Schuhmacher	16	
Bäder und Handlöhner	15	
Schneider	14	
Töpfer	13	
Steinseger	8	
Druckerei-Hilfsarbeiter	7	
Sonstige Gewerkschaften	24	
Zusammen	4580	

Wißtände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Berge Konstantin (Schacht III). Am 4. d. M. wurden hier im Revier des Steigers A. einem Brenner durch hereinbrechende Kohlenmassen beide Beine zerquetscht. Es handelte sich um einen neubegleiteten Brenner, in dem die Brennstammer noch nicht richtig ausgebaut war. Die Pauer hatten den Steiger auch auf die bestehende Gefahr aufmerksam gemacht und wollten die Brennstammer erst ausbauen. Der Steiger aber verlangte Kohlen und so kam es, daß in der Brennstammer der 18jährige Brenner unter die hereinbrechenden Kohlenmassen geriet. Wäre verbaut gewesen, hätte das gar nicht passieren können. Am 8. d. M., als die Unfallstelle schon in Ordnung war, hat die Bergbehörde die Leichen des Unfalles untersucht, die Arbeiter aber, welche Auskunft geben konnten, wurden bisher nicht vernommen. Warum wohl nicht?

Berge Ewald Forckung. Feierschichten und kein Ende, heißt die Parole auf diesem Bütte. Es wurden gefeiert, im Oktober drei, im November fünf, Dezember vier, Januar vier und Februar vier Schichten, gerade in Monaten, wo es sonst noch Feiertage genug gibt. Nicht man die Feiertage zusammen, von Oktober bis jetzt, so findet man, daß von Oktober an schon ein ganzer Monatslohn verloren gegangen ist. Dabei schreibt die Berge Friedrich der Große: Die Leute, welche sie entlassen, erhielten so frühzeitig Bescheid, damit sie sich auf den nördlichen Gruben Arbeit verschaffen könnten. Nun glauben wir doch, daß unsere Berge zu den nördlichen gehört. Aber auch hier sind Leute zu viel. Natürlich öffentlich hat man noch wenig oder keine entlassen, das geht ja auch heimlich, durch eingeschriebenen Brief, und daß man den Leuten sagelänglich sie sich, sonst werden sie gekündigt. Jeden Monat wird ein Vorgesetzter vertrieben, am 15. werden 10 und soviel gekündigt. Auch die Bäume gehen rapid bergab. Vom 1. März hat die Nachtschicht 1 1/2 Stunden Schichtverlängerung erhalten. Früher fuhr die Nachtschicht abends 10 1/2 Uhr an, jetzt schon abends 9 Uhr. Von 9 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens sind 8 1/2 Stunden, also müßte die Nachtschicht 5 1/2 Uhr am Tage sein. Das ist jedoch nicht der Fall. Heute spielt man mit Bruder Bergmann Fangball. Auch Mittagsfeier Daumbuch sollte daran denken, daß er früher selbst Bergmann gewesen ist und sich einen anderen Ton angewöhnt. Wie ruhig hier die Verhältnisse sind, geht schon daraus hervor, daß im Januar über 300 Mann sich gekündigt hatten.

Berge Oelens. Am 28. Februar wurde hier ein junger Bergarbeiter vom Steiger B. D. so geschlagen, daß er sich einen Krampfentzündung nehmen mußte. Wir erwarten, daß die Bergbehörde diesen schlagfertigen Beamten einmal begreiflich macht, was seines Amtes ist. Dem Arbeiter aber raten wir, gegen den Beamten wegen tätlicher Beleidigung Anzeige zu erstatten. Es muß solchen Herren doch einmal begreiflich gemacht werden, daß die Arbeiter nicht doggeln sind.

Berge Roland (Schacht I und II). Die Krise wird hier anscheinend dazu ausgenutzt, die Unterstüßungskasse mit Strafgebern zu füllen. So sind vom 10. bis 28. Februar nicht weniger wie 850 Mk. an Strafen verhängt worden. Die unverhältnismäßigen Strafen werden verhängt. Eine Kameradschaft ist vom Steiger J. sogar bestraft worden, weil sie die Arbeit angeblich zu spät aufnahm. Dabei müssen diese Kameraden, um zu ihrer Arbeit zu gelangen, eine Sohle klettern, während der Steiger direkt dorthin-fahren und daher früher da sein kann, wie die Arbeiter. Die Fudelei bei der Seilfahrt ist sehr groß, was sich daraus erklärt, daß Schleppeur und Werdetreiber die Kontrollmarken annehmen und auch wieder verlieren. Warum betraut man dann keine zuverlässige Person? Auch bei der Lohnzahlung könnte besser für Ordnung gesorgt werden. Der Brüdentrunk H. hat am 6. Februar einen Arbeiter geohrfeigt. Ist das auf Holland gestatter?

Berge Adolfsgrube. Hier herrscht trotz der Krise die denkbar größte Kohlenknappheit. Steiger und Fahrbauer scheinen sich darin überein zu stellen. Die nötigen Reparaturarbeiten werden liegen gelassen und die Zimmerleute des Nachts zum Kohlenbau verwendet. Steiger W. redet den Hauern der Morgen- und Nachtschicht immer vor, daß die Nachtschicht mehr Kohlen gefördert hat; dabei bedient er aber nicht, daß sie auch nur geräut hat. Kommt man zu W. des Morgens vor die Arbeit, dann fehlt hier ein Stempel, dort ein ganzes Holz, hier steht nur ein Stempel unter dem Schachtholz, dort liegt ein Hausen Nachtschicht nicht verpackt usw. usw. Und wer kauft die Stöße für dieses elende Gedöge zu, ohne Schäden zu leiden? Die Strecken sind in solch schlechtem Zustand, daß man nur mit Mühe den Wagen hindurchdrängen kann. Die Brenner gehen gleich schon mehr Rollbüden. Scheuen nicht man nur selten darin, weil sie von Steigerroll überwandert sind und die Wagen sich hindurchziehen müssen und meistens zerbrechen. Die meisten Hölzer sind zerbrochen. Viele neigen schon über die Bahnen, daß sie fast auf den letzten Spar ausgehauen sind, um den Wagen

vorbeibringen zu können. Sagt man dem Steiger, daß es gar nicht mehr geht, so wird man auf die Zimmerbauer verwiesen, — die er fast nicht mehr hat. Angesichts solcher Zustände wird die Arbeit einem zermürbenden Tag. Der Herr Betriebsführer könnte sich auch eines besseren Lohnes beschließen seinen Untergebenen gegenüber. Ein Kollege ist von der Unglücksbede Radob hier herübergekommen. Er war ein tüchtiger Kumpel, was sogar sein Steiger behauptet hat. Er ist jedoch in Not geraten und dachte etwas Unterstützung zu erlangen. Als er den Betriebsführer darum bat, schlug dieser ihm das Feuer vor der Nase zu, indem er sagte: „Sie Vagabund, machen Sie, daß Sie fortgehen.“

Zeche Friederika (Dannenberg, Schacht III, Stinnesplitz)
Eine Zweifel überkommt jeden Ruhrbergmann ein unangenehmes Gefühl, wenn er nur den Namen einer Grube hört, welche mit dem Namen Stinnes verbunden ist. Am schlimmsten aber geht es zweifellos hier auf Friederika zu. Überherrscht, Festschichten, Lohnreduzierungen und Hungerlöhne, das ist die Devise bei der Deutsch-Luzemburgischen Gesellschaft. Das Gedränge, das hier herrscht, verbunden mit dem Aufwandsverlusten einer aus 12—15 Mann bestehenden Partie, welche alle bei verschiedenen Gruben in einem Gebirge arbeiten, bringt es mit sich, daß man an Ende des Monats auf das gute Gemüt und menschliche Empfinden des Steigers angewiesen ist. Aber wie es oft ausfällt mit dem menschlichen Empfinden eines Steigers, das hat zur Genüge auch wieder im Monat Februar der Steiger Schmidt gezeigt. Dieser Herr konnte es mit seiner Menschenliebe vereinbaren, Familienpatern mit einem Fließ- bis sechsblühigen Anhang ganze 4,40 Mk. Lohn zuzuschreiben. „Ich regle es immer so, daß auch ein jeder Familienvater hart kommen kann,“ so äußerte sich dieser Herr vor noch kurzer Zeit. Auf die Anfragen der betroffenen Häuser, wie es läge, daß man sie mit einem solchen Lohn nach Hause schickte, antwortete der Steiger Schmidt: „Ihr müßt eher anfragen und später schilt machen, dann verdient ihr auch was!“ Auch sagte er: „Es ist keine Bestimmung gemacht. Heute abend wieder kommen!“ Das war der Aus, der in der letzten Woche im Februar durch sämtliche Steigertreue erscholl. Die Häuser müßten die Nacht anfangen und die Schichten vollziehen, und wehe dem, der nicht angefahren ist, denn zu oft stellt sich der Herr Betriebsführer in eigener Person ein, um den Grund des Mißverhältnisses in Erfahrung zu bringen. In der einfachen Schicht geht es dann wie toll, denn es muß Kohle heraus, die Kohlen müssen leer gemacht werden und die im Schichtlohn beschäftigten Personen müssen das Doppelte leisten. Im anderen Tage wird dann schließlich eine Preisfrist wegen Mangel an Absatz eingeleitet. Die Schichtführer können sich dann auerben, so will es das System Stinnes. Weiter geht schon das Gerücht um, daß am 15. März übermüde, also zum nächsten Male, die Bedingte reduziert werden sollen. Wohin soll das führen? Soll wiederum im Jahre eine Situationsgeschichte die erste sein, die in den Streik tritt? In Kürze wird eine Besetzungsfestsetzung abgehalten werden, damit die Zustände, die hier herrschen, in die Öffentlichkeit gelangen.

Zeche Wonsch (Schacht II). Den Schleiern wurde hier bekannt gegeben, daß eine weitere Reduzierung ihres Lohnes um 20 Pfg. pro Schicht eintreten soll. Wenn die Draußen laufen, bringt das Wasser in die Wäsklau, wo sich die Arbeiter umkleiden, sobald sie ihre Grubenkleider ins Wasser legen müssen. Da wäre doch Abhilfe sehr notwendig — auch solchen am Förderseil im südlichen Schachttrum nach drei betten Suble mehrere Tische gerufen sein. Wie ist es möglich, daß bei einer autarkischen Kontrolle das Übersehen werden kann?

Zeche Unser Fritz (Schacht I). Die Reise macht sich auch hier durch größere Mißsichtlosigkeit der Beamten den Arbeitern gegenüber bemerkbar. Bestraft wird hier jede Kleinigkeit, besonders aber wegen Förderns unreiner oder schlecht beladener Wagen Kohlen. Bei 1100 Mann Besetzung und 22 Schichten wurden an Strafen verhängt im Januar 984,50 Mk., im Februar 888,50 Mk. Durch Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wurde den Arbeitern die Schichtzeit im Januar um etwa zwei Stunden pro Arbeiter verlängert. Das ist eine Schichtverlängerung bei 1100 Arbeitern um 200 Stunden oder 275 Schichten pro Jahr. Das ist allerdings ein Geschäft! In den Querschlägen dürfte besser betrieblen werden. Die Wäsklau könnte besser in Ordnung gehalten werden, auch laufen die Draußen schlecht.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zeche Rheinpreußen (Schacht V). Viele Klagen werden hier über die schwankende Temperatur des Abwassers geführt. Bald ist heißer fast lebend heiß, sodann man ein Schwein damit abbrühen könnte, bald ist es wieder kalt. Die Wiedertreiber der dritten Sohle beschwerten sich auch darüber, daß die Steiger schon beim ersten Sturz die Pferde aus dem Stall und zwischen die Leute jagen.

Königreich Sachsen.

Rugster Werk. Am 2. März in der Nachtschicht zerfiel der Schlußring am Förderseil auf Wiltschachschacht. Auf dem aufwärtsgehenden Seile, wo der Bruch geschah, befanden sich zwei volle Kohlenwagen und auf dem abwärtsgehenden Seile — Steiger Baumann! Der Beamte war während der Schicht ausgefahren, um die über Tage arbeitenden Arbeiter mit einer Kontrolle zu übersehen. Diesen Fehler muß er nun mit einer schmerzhaften Körperverletzung büßen. Denn das niederführende Seil ist mit Macht auf das Hüftgelenk ausgefahren und hat der Steiger eine mächtige Erschütterung und Verletzung des Körpers davongetragen. Zwei Tage wurde infolge dieses Bruches die Förderung ruhen. Denn das seillose gewordenen Seil mit den vollen Kohlenwagen war orel-Meter hundertgelast, ehe es gefangen hatte und hatte den Förderseil beschädigt. Durch diesen Defekt waren nun mehrere Beamte sehr nervös geworden, unter anderem der Tagessteiger Silbermann. Er belegte die ihm unterstellten Arbeiter, nachdem selbige eine für die Gefährdung untragliche Arbeit verrichtet hätten, mit Beschimpfungen und Verleumdungen, die wir aus Anstandsgefühl hier nicht wiedergeben wollen. Wenn zu diesen Arbeiten in der Beobachtung richtige Schutzmaßnahmen für das Gefährliche vorhanden wären, so würden auch die Arbeiter besser ihren Obliegenheiten nachkommen können. Aber die Leute noch zu beschimpfen, ist nicht fein. Auch der Namensvetter von diesem Beamten treibt es in der Grube sehr toll. Hühner, verlegende Redensarten sind bei ihm an der Tagesordnung. Die Arbeiterschaft will eine Kollekte veranstalten und dem Herrn das Buch „Antigens Umgang mit Menschen“ kaufen, damit er lernt, wie Menschen und seien es ihm Untergebene, zu behandeln sind.

Lugau-Oelsch. Was sich jetzt auf den einzelnen Werken die Beamten ohne Unterschied des Ranges erlauben, muß mindestens als unverschämte, bezehnet werden. Von den meisten Gruben gehen uns Nachrichten zu, die so standalöser Art sind, daß wir sie einfach nicht glauben können. Die Arbeiter aber fürchten sich infolge der fortgesetzten Entlassungen, ihre Bekleidungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Was man sich jetzt alles gefallen lassen muß, klagen die Arbeiter, ist das schlimmste, was wir bisher erlebt haben. Unerhörte Strafen, Androhung von Prügel, niedrige Beschimpfungen und Reduzierung der Löhne, das sind die Früchte, welche jetzt auf die Bergarbeiter niederschlagen. So ist jetzt auf dem Steinbühlwerk Gottesfagen zu Lugau ein Kamerad entlassen worden, welcher als halber Kumpel ohne Reute zu betrachten ist. Die Entlassung ist um so verwerflicher, weil man den 80. das Hundel des sächsischen Berggesetzes, angewandt hat. Einen Arbeiter nach 80 zu entlassen, von welchem man bestimmt weiß, daß er auf Grund seines körperlichen Zustandes nie wieder Arbeit im Bergbau bekommen wird, ist das unerhörteste, was man von einem Arbeitgeber erwarten kann. Und warum? Weil der Beziefende es nicht fertig gebracht hat, die größtenteils Anrempelungen von einem Beamten ruhig hinzunehmen. Der Materialverwalter Weber, welcher schon durch sein Auftreten bei den Knappschafftsräthen bewiesen hat, daß er ein Mann ist, der auch hier wieder eine wenig vornehme Rolle spielt. Erst kommt dieser Mann her, greift in die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter ein, empfindet ihnen, wenn Material gebraucht wird, sich an Vollenbuhr, Krause usw. zu wenden, und wenn die Arbeiter den Herrn dann beim richtigen Namen nennen, fällt es ihm ein, daß er Beamter ist und veranlaßt die Drohlockung des Beschimpften. Das ist das niedrigste, was es geben kann. Eine Frage, Herr Weber: Was kümmern Sie denn die Privatverhältnisse eines Arbeiters? Wir bekümmern uns nicht um die politische Meinung eines Beamten, sondern trösten uns damit, daß wir auch wir, die meisten Beamten haben keine eigene Meinung. Es ist von einem Beamten mindestens recht unschön, die Arbeiter zu beleidigen und dann von ihnen zu verlangen, daß sie in dem Beleidiger den Beamten respektieren sollen. Wer selbst geachtet sein will, muß sich zu allererst zur Pflicht machen, andere zu achten. Menschen, die es fertig bringen, bei einer solchen Entlassung noch zu lachen, sind in den Augen aller gerecht denkenden Menschen gerichtet. Und Herr Bergart Müller? Wir haben es nun satt mit Ihnen und wollen einmal ein Gemüß sturieren“; das sind die Worte, die der oberste Beamte des Werkes für den Entlassenen und die Arbeiter sagte. **Man können Sie hingschicken nach Brause und einen Artikel schreiben lassen, wir machen**

und nichts daraus. Ist das wahr, Herr Müller? Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie sich die Handlungsmasse ihrer Untergebenen zu eigen machen. Wittern wollen wir aber, daß Sie auch die Pflicht haben, die Arbeiter gegenüber Liebergriffen von Beamten in Schutz zu nehmen. Wir können Werte nennen, wo höhere Grubenbeamte es weit von sich weisen, den Untergebenen auf diesem Wege zu folgen. Auf Deutschland in Oelsch ist es Herr Obersteiger Fischer, von dem die Arbeiter nicht gerade das Beste erzählen. So wird bei den geringsten Vergehens unerhört gestraft. So vor allen Dingen wegen unreiner Kohle. Im Monat Februar sind unter anderem vier Mann mit je 5 Mk., drei mit je 3 Mk. und 88 mit je 2 Mk. bestraft worden. Herr Fischer meint, die Arbeiter wären wert, daß sie Ohrfeigen bekämen. Wenn Sie davon überzeugt sind, Herr Fischer, warum so lange gequert? Wir glauben aber nicht, daß sich die Arbeiter auch das noch gefallen lassen. Auf der Kaisergrube in Gersdorf verunfallte am 6. März der Kamerad Wibel aus Gersdorf tödlich. Die Bergarbeiter sind der Meinung, daß, wenn an Stelle der eisernen Stempel hölzerne gemessen wären, dieser Unfall vielleicht nicht hätte stattfinden können. Allgemein hört man, daß die Arbeiter den eisernen Stempeln nicht die größte Sympathie entgegenbringen. Es kann eben vorkommen, daß diese Stempel durch entlocken der Schrauben nicht so scharf angezogen werden können, als es zur Sicherheit notwendig ist. Durch pflichtig aufstretende Schläge gibt das Geminde nach und die Folge müssen dann Unglücksfälle sein. Notwendig ist es, daß die Stempel, bevor selbige verwendet werden, regelmäßig von dazu beauftragten Personen kontrolliert werden müssen, ob die Schrauben noch in gutem Zustande sich befinden. Daß es erlaubt ist, von Zeit zu Zeit Holzstempel mit zu verwenden, bemerkt jedenfalls, daß man auch auf Seite der Beamten anerkannt hat, daß die allseitige Verwendung von eisernen Stempeln nicht ganz ungefährlich ist. Die Arbeiter erklären, daß es ein unheimliches Gefühl ist, vor Ort zu arbeiten, wo nur mit genannten Stempeln gebaut ist. Das Holz ist schon deshalb sicherer, weil es den Arbeiter durch Knirschen und Knaden auf die Gefahr aufmerksam macht. Dann möchten wir noch mitteilen, daß auf der Kaisergrube erscheinende Leute wieder zwölf Stunden verfahren. Vor kurzer Zeit hatte man noch 200 Arbeiter zu viel, und jetzt hält man es nicht für notwendig, noch ein Drittel einzuschleiben, damit achtstündig gearbeitet werden muß.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Abendrätthegrube. Auf dem hiesigen Mühlenschacht gibt die Dreiererei am Schalter bei Aushändigung der Schichtkarte zu vielen Beschwerden Anlaß. Schon um 4 Uhr und noch eher stehen die Kumpels, gewöhnlich immer dieselben, beim Schalter, um als erster den Augenblick zu erhalten, wo dieser geöffnet wird. Das Gedränge, welches dann entsteht, ist manchmal so groß, daß verschiedene Angst ausstehen müssen, erdrückt zu werden. Dringend zu wünschen wäre, daß die Kameradschaft in dieser Hinsicht mehr kameradschaftliches Gefühl zeigte. Die Grubenvermittlung hat natürlich einen heillosen Spieß, wenn sich die Arbeiter so gegenseitig bekämpfen. Durch alle inbaldigen Mittel sucht man diese Zustände zu vermeiden. Sobald nur einmal oder mehrere Arbeiter nur eine Minute zur Seilfahrt zu spät kommen, sofort wird eine empfindliche Strafe angedroht. Bei dieser Gelegenheit soll wieder eine neue Straftart eingeführt und demjenigen, welcher zu spät zur Arbeit kommt, eine Stunde gekürzt werden.

Grube Wäsk-Oil-Friedenshoffnung (Nieder-Friedsdorf). Trotzdem hier noch tüchtig Liebergriffe verfahren werden, ist doch die Behandlung der Arbeiter eine sehr schlechte. Bei der geringsten Kleinigkeit werden die Arbeiter mit hohen Geldstrafen belegt. Ohne Urlaub gestattet, kostet mindestens 50 Pfg. Strafe. Das Fördern unreiner Kohlen, bezw. das schlechte Füllen der Seilbahnwagen wird mit 75 Pfg. bezw. 1 Mk. bestraft. Das zu spät anfangen, oder zu zeitige Schichtmachen, wird mit mindestens 1 Mk. bestraft. Wer seine Lampenkontrollkarte abzugeben, oder die Grubenkleidung am Wochenschluß mitzunehmen vergißt, hat mindestens 1 Mk. zu bezahlen. Besonders viel wird über den Ausschleichen der Grube, nicht die Verurteilung, geklagt. Dieser Scheit nicht, selbst alten Hauern Ohrenspeisen anzubringen. Zu einem Hauer sagte er: „Es müßte eine Kollekte veranstaltet werden und für den Gruben-Streik, um sich sämtliche alten Längensichte daran aufhängen könnten, angeordnet werden. Holz in die Grube schaffen, ist nicht Sache der Untertagsarbeiter, trotzdem heißt es bei Burghardt, daß derjenige, welcher sich kein Holz besorgt, die Schicht gekürzt bekommt. Die Folge dieser Drohungen ist, daß sich tatsächlich schon Leute gefunden haben, welche über zwei Stunden eher zur Schicht gehen, um sich nur ja über Tage das nötige Holz zurecht zu machen.

Seilbahn. Da erst vor kurzer Zeit darüber kritisiert worden ist, daß sich die Kaufleute auf der Seilbahn in einem ganz miserablen Zustande befinden, mußte man der Meinung sein, dieser Mißstand wäre bald beseitigt worden. Aber weit gefehlt. Wie oft sieht man diesen oder jenen Kumpel zwischen den Seilbahnseilen und den Kaufleuten durchtreten. Dieser Tage hatte ein Kamerad das Malheur, auf der neuen Seilbahn durch ein Laufseil durchzubrechen. Wie leicht konnte da ein Weirbruch die Folge sein. Steiger Ribgel brauchte absolut nicht so sparsam zu sein; wenn es sich um Angelegenheiten für die Arbeiter handelt, sollte dabei auch einmal die Bräunie für am wenigsten verbrauchte Materialien zum Trufel gehen. Sehr wenig Mitleid gegenüber den Arbeitern mag Betriebsführer Leopold besitzen. Als vor einiger Zeit einem jüngeren Schleiher auf der Seilbahn eine Seilbahngrube ins Gesicht geschleudert und er verletzt wurde, tröstete er ihn mit den Worten: „Das nächste mal werden Sie sich wohl besser vorsehen!“ Bessere Behandlung von seitens des Steigers Schrammann wäre sehr erwünscht, aber glaubt gemunter, er lebe in der Freude, daß er seine Untergebenen ganz einfach bei der Hand nimmt und zur Steigergrube hinausweist. Auch Fahrhauer Hoffmann, von Tiefbau aus bekannt, könnte sich mit seinen Ausdrücken bei der Seilfahrt etwas mäßigen und nicht die Leute mit Hülben verlegen. Der Vorstand in Ober-Waldenburg kein Fatal zu Jubiläumsvorstellungen bekommt, so möchten wir die Anfrage an die Grubenverwaltung richten, ob vielleicht in solchen Veranstaltungen die Wadetaue zu haben wäre. Wir sind einmal der legerlichen Meinung, daß, wenn die Spieltheater des Ober-Waldenburger Arbeitervereins dort ihre Uebungsstunden abhalten können, der Bergarbeiterverband auch seine Jubiläumsvorstellungen dort abhalten kann.

Paulnenschacht. In der ersten Abteilung genannten Schachtes gibt es nur zwei Fahrseile. Infolgedessen müssen die Arbeiter sehr, wo sie ein Loch zum Durchstreichen finden. Die Stöße sowie das Hangende sind schlecht verzogen, es hängen die Broden nur so herunter und drohen jede Minute die Arbeiter zu erschlagen. Krücken die Arbeiter über die Pfelle, so ist dieses auch mit Lebensgefahr verbunden. Das Uebende ist sehr glatt, was zur Folge hat, daß die Kumpels leicht hinfallen. Durch die Antreiberei, welche hier sehr in Wille steht, werden die Unfälle geradezu heraufbeschworen. So wurde erst am 26. Februar einem Pferdearbeiter infolge des zu schnellen Fahrens ein Arm zerquetscht. Ob infolge dieses Unfalles jetzt der Steiger Woschner die Auforderung, ja recht schnell zu fahren, einstellen bezw. das Einhalten auf die Pferde unterlassen wird?

Bergarbeiterverband und Gewerbeverein.

Nun der Geschäftsbericht des Gewerbevereins vorliegt, verlohnt sich wohl auch eine Gegenüberstellung der Finanzgebühren beider Verbände. Der Stand der Kassen, die Einnahmen wie die Ausgaben bilden ja die beste Grundlage für die Bewertung von Arbeiterorganisationen. Nachfolgendes mag für sich selbst sprechen.

Die Einnahmen des Verbandes und des Gewerbevereins
betragen für das Jahr 1908:

	Verband	Gewerbeverein	Mehr im Verband
für Mitgliederbeiträge	1 702 068,75	952 302,27	830 766,48
„ Eintrittsgeld	16 475,50	8 308,55	8 166,95
„ Privatabonnenten	22 558,60	20 025,85	2 532,65
„	Ca. 1 831 102,75	980 636,67	850 466,08

850 466,08 Mk. nahm der Verband in diesen drei Jahren im Jahre 1908 mehr ein.

In reinen Mitgliederbeiträgen nahmen in den letzten drei Jahren ein

	der Verband	der Gewerbeverein
1906	1 587 840,46	741 444,68
1907	1 690 408,10	823 501,51
1908	1 792 068,75	952 302,27
„	Ca. 5 070 317,31	2 517 248,46

Der Bergarbeiterverband erhob für die Vollarbeiter einseitliche Beiträge von 40 Pfg., der Gewerbeverein hingegen hatte 1906 und 1907 die verschiedenen Verträge für die einzelnen Reviere. Man hat aus der erhöhten Beitragseinnahme im Gewerbeverein keine Rückschlüsse auf etwaigen Mitgliederzuwachs zu ziehen, wie wir das ja an anderer Stelle schon gezeigt haben.

Der Vermögensbestand betrug am Jahresluß:

Jahr	Verband	Gewerbeverein
1906	1 262 645,00	508 354,75
1907	2 000 491,28	786 868,51
1908	2 816 644,04	1 194 767,05

Der Gewerbeverein zählt zu seinem Vereinsvermögen mit die vorhandenen Ortsbestände, Bibliotheken in den Bahnhöfen, der Verband gibt nur das Vermögen der Hauptkassa an.

Die Ausgaben beider Verbände in den letzten drei Jahren für die Mitglieder zeigen sich wie folgt:

Verband

für Mitgliedschaft	Strafgebühren	Gewahregelte	Arbeitslose	Strafen	Streikende	
1906	72 935,33	68 240,—	27 062,51	6 705,70	282 765,25	651 503,03
1907	78 316,46	60 060,—	23 647,—	5 055,70	288 474,50	98 789,20
1908	80 638,34	74 010,—	31 834,88	18 050,49	284 897,95	45 974,59
Zuf.	235 906,13	202 310,—	82 544,39	30 811,89	778 687,70	796 266,82

Gewerbeverein

für Mitgliedschaft	Strafgebühren	Gewahregelte	Arbeitslose	Strafen	Streikende	
1906	50 122,28	60 270,—	22 262,60	1 867,70	184 728,—	180 665,48
1907	65 795,84	75 540,—	22 210,80	889,—	170 845,50	42 684,90
1908	95 145,82	78 510,—	15 506,—	8 502,—	173 860,50	11 883,20
Zuf.	211 063,94	214 320,—	59 979,80	6 818,70	529 351,—	234 402,98

Es gab die Verband und sein Mitglied in den letzten drei Jahren an genannten Unterstufungen an seine Mitglieder eine Summe in Höhe von 2 122 239,93 Mk., der Gewerbeverein 1 254 795,72 Mk. An Steuergebühren zahlte der Gewerbeverein 11 010 Mk. mehr wie der Verband. Neben mir hinzugehen die Ausgaben an Krankengeld im Gewerbeverein, die im Verhältnis zu der Mitgliedschaft gleichfalls sehr hoch sind, so kann es hier für eine Erklärung geben. Der Gewerbeverein zählt in seinen Reihen einen sehr hohen Prozentatz älterer Bergarbeiter, während der Verband im Verhältnis zum Gewerbeverein in der Mehrzahl Mitglieder mittlerer Jahre hat. Jungblühende Arbeiter dürften in beiden Verbänden nur in unnormaler Zahl vorhanden sein. Nun zählt der Gewerbeverein noch um zu großen Kosten für seine Mitglieder. Diese haben in den letzten drei Jahren 4891,00 Mk. getragen. Derartige Unterstufungen werden im Verbands unter gewissen Bedingungen an Gewahregelte gezahlt und es stand darum diese Unterstufungenkosten hier unter Gewahregelten-Unterstufungen gebracht. Die 11 010 Mk. Streikunterstützung aus dem Jahre 1908 hat der Gewerbeverein nicht aus eigenen Vermitteln gedeckt. Die aus den Einnahmen des Gewerbevereins ersichtlich, hat er 8 180,17 Mk. durch Sammlungen (1) aufgebracht und zwar handelt es sich hier um die Unterstufung der streikenden Bergarbeiter in Merlenbach, denen der Gewerbeverein die statutarische Streikunterstützung verweigert hatte. Noch einige Ausgabenposten mögen zum Vergleich gestellt werden. Es gab für **Ortsvergütungen und Zeitungsböten** aus:

	Verband	Gewerbeverein
1906	298 724,81 Mk.	43 160,67 Mk.
1907	224 843,70	55 913,42
1908	239 803,88	40 996,12

Die Ausgaben des Verbandes entsprechen hier den statutarisch festgelegten Bestimmungen über die Vergütungen an die Bahnhöfen. Da der Gewerbeverein aber die gleichartigen Bestimmungen hat wie der Verband — 5 Pfg. pro verkaufte 40 Pfg.-Marke erleiden in den Bahnhöfen — so sind und die geringen Ausgaben hierfür im Gewerbeverein nicht erklärlich, wie wir schon an anderer Stelle ausführten. Der Mitgliederzahl entsprechend müßte im Gewerbeverein mehr als die Hälfte der Verbandssummen an den Orten erleiden. Oder vergichten die christlichen Bahnhöfen auf ihre Rechte? Dann aber muß in der Einnahme des Gewerbevereins darauf doch Bezug genommen werden. Das geschieht nicht.

Die Verwaltungskosten betragen im

	Verband	Gewerbeverein
1906	28 968,85 Mk. *)	24 381,16 Mk.
1907	21 128,00	26 164,10
1908	26 699,70	25 480,12

Man kann nicht sagen, daß die Verwaltung des Verbandes kostspielig ist, wenn der Gewerbeverein bei bedeutend numerischer Schwäche dieselben Verwaltungsausgaben wie der Bergarbeiterverband aufweist. Doch mögen die Bergarbeiter an der Hand sämtlicher vergleichender Zahlen ihre Schlüsse selbst ziehen. Der Bergarbeiterverband hat für sich, den Gewerbeverein in jeder Beziehung weit zu überlegen, was die innere wie äußere Kraft anbelangt. Das kommt in den Zahlen drastisch genug zum Ausdruck.

*) Zmt. des Bergbureau in Zwickau, das 1906 aufgehoben wurde.

Wie der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter „marschiert“.

Was haben wir nicht alles in den christlichen Versammlungen hören müssen! Nur dem Gewerbeverein gehöre die Zukunft, mit dem „Gruppchen“, das sich alter Verband nennt, gehen wir nicht zusammen. Das ist „bedeutungslos“. Und was nicht fehlen durfte, war die fortgesetzte Melbung, daß der Verband im „Rückgang“ begriffen und daß er bald kaputt sei. Ja, noch im letzten „Bergknappen“ lesen wir, wenn auch an etwas versteckter Stelle, daß „die Mitgliederzahl im alten Verband doch einen bedrohlichen Umfang angenommen haben muß“. Dieser Satz im „Bergknappen“ soll kein Witz sein. Kaum hat die Jahresabrechnung des Bergarbeiterverbandes gezeigt, wie der Verband sich kräftigte und wie er dasteht, da geht im „Bergknappen“ die alte Musik wieder los. Von nun an gehen wir nach Ansicht der christlichen Gewerbevereinsagitatoren um ihres Organes fortgesetzt wieder „zurück“, das ganze Jahr hindurch, bis dann die nächste Jahresabrechnung des Bergarbeiterverbandes die Kägenmäuler für wenige Tage stopft und das Gegenteil von dem sich zeigt, was man den christlichen Bergarbeitern vorgepredigt hat. Aber auch nur für wenige Tage und die Geschichte wiederholt sich, wofür die Darlegungen im letzten „Bergknappen“ wieder den besten Beweis abgeben. Der Bergarbeiterverband entwickelt sich kräftig weiter. Wie aber sieht es im christlichen Gewerbeverein aus? Mag sein Geschäftsbericht für ihn reden. Der Gewerbeverein nahm im Jahre 1908 128 300,76 Mk. mehr ein als im Jahre 1907. Und zwar betrug die Jahreseinnahme an Beiträgen 952 302,27 Mk. Das steht so aus, als hätte der Gewerbeverein an Mitgliedern zugenommen. Dem ist nicht so.

Im Jahre 1907 gab es im Gewerbeverein sechs Reihe Beitragszahlungen. Die Beiträge schwanken zwischen 50 Pfg. monatlich und 40 Pfg. wöchentlich. Im Saarrevier, wo der Gewerbeverein nach eigenen Angaben im Jahre 1907 durchschnittlich mehr als 20 000 Mitglieder zählte und fortgesetzt, auch das Jahr 1908 durch „zunahm“, zahlten die Mitglieder bis zum 1. April 1908 50 Pfg. Monats-

beitrag, von da ab 40 Pfg. wöchentlich. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1907 konstatierte die Gewerkeleitung, daß eine ganze Anzahl Zahlstellen schon vor diesem Termin (1. April 1908) höhere Beiträge erhoben. Das war die Frucht der Agitation, wie sie ansangs 1908 im Saarrevier gewerkeleitig einsetzte.

Der Gewerkeverein mußte bei rund 20000 Mitgliedern unter Berücksichtigung von 20 Proz. Restanten im Jahre 1907 etwa 96 000 Mk. vereinnahmen. Da er aber fortgesetzt zunahm und viele Zahlstellen schon vor dem endgültigen Termin, also schon in den ersten drei Monaten 1908 den 40 Pfennigbeitrag zahlten, so mußte der Gewerkeverein im Jahre 1908 im Saarrevier mindestens 270—280 000 Mk. einnehmen, oder 180 bis 200 000 Mk. mehr, als im Jahre 1907. Allein die Beitragswanlung im Saarrevier hätte die gesamte Beitragsbeinnahme des Gewerkevereins auf mehr als eine Million 800 000 Mk. zuzüglich. In diesen weniger vereinnahmten 60 000 Mk. prägt sich der „Vormarsch“ des christlichen Gewerkevereins aus. Der Rückgang aber ist noch bedeutend stärker, als er sich in der Mindereinnahme von diesen 60 000 Mk. zeigt. Denn nicht nur im Saarrevier, sondern auch in anderen Bergrevieren, wo der Gewerkeverein mit starken Mitgliederzahlen, sind die Beiträge von 20 und 25 Pfg. auf 40 Pfg. wöchentlich erhöht worden. Wie gehen nicht fehl, wenn wir die Zahl der Mitglieder, die hier in Frage kommen, auf gut 5000 schätzen. Die Einnahmen aus diesen Revieren mußte sich gleichfalls um 20 bis 40 000 Mk. erhöhen, ohne daß dem Gewerkeverein sich auch nur ein Mitglied mehr anschloß. Ohne Mitgliederzunahme mußten sich die Gesamtbeiträge überhaupt um 80 bis 90 000 Mk. höher stellen, als wie der Gewerkeverein sie jetzt veranschlagt. Das Jahr 1908 schließt für den Gewerkeverein also mit einem starken Mitglieder-Rückgang ab. Wie hoch dieser Mitglieder-Rückgang ist, läßt sich aus der nicht erhaltenen Summe von 80 bis 90 000 Mk. recht leicht ausrechnen. Aber lassen wir auch hier den Gewerkeverein selbst reden.

Die Ausgleichung bezw. die Gleichstellung der Beiträge für Böhmerarbeiter im Gewerkeverein hat es mit sich gebracht, daß mit dem Gewerkeverein allmählich auf die Spur kommen können, wieviel Mitglieder er eigentlich hat. Das war schwer auszurechnen, als die vielerlei Beitragszahlungen noch vor sich gingen. Wie waren auf die offiziellen Mitteilungen des Gewerkevereins angewiesen, wollten wir seinen Mitgliederbestand in Erfahrung bringen. So gab der Gewerkeverein offiziell am Jahresabschluss 1907 einen Mitgliederbestand von 76 666 an. Wenn wir nicht irren, ist der bayerische Bergarbeiter- und Salinenarbeiterverband im Laufe des Jahres 1908 mit rund 900 Mitgliedern dem Gewerkeverein beigetreten, sodaß die Mitgliederzahl auf über 77 000 stieg.

Wer aber die Beitragsbeinnahme des Gewerkevereins sich näher ansieht und wer aus diesen Einnahmen heraus die Mitgliederzahl feststellen will, der kann ruhig 20 Prozent Restanten berücksichtigen, und berücksichtigen die Beiträge der jugendlichen und inaktiven Mitglieder und ferner auch die Ausgleichung der verschiedenen Beiträge in den einzelnen Revieren, der wird beim besten Willen nur einen durchschnittlichen Mitgliederbestand des Gewerkevereins im Jahre 1908 von etwa 68—65 000 Mitgliedern herausrechnen können.

Demnach hatte der Gewerkeverein im Jahre 1908 mindestens 12 000 Mitglieder weniger als er am Jahresabschluss 1907 angab. So wären die superklugen Strategen vom Gewerkeverein diesen von „Sieg“ zu „Sieg“. Wenn der Gewerkeverein so weiter „marschieren“, dann wird er seinem wohlverdienten Schicksal als Bergarbeitergespaltener nicht entgehen.

Konferenz der Verbandsältesten im Ruhrbecken.

Am Sonntag, den 14. März fand in Bochum eine Konferenz der ersten Verbände angehörender Ältesten statt, um Einnahmen zu nehmen zu den Vorgängen im Vorstande des allgemeinen Knappschafsbereichs. Das einleitende Referat hatte Kamerad Witt übernommen. Redner beschäftigte sich in der Hauptsache mit der vom Knappschafsvorstande mit Hilfe der „Christlichen“ beschlossenen neuen „Wahlordnung“, wozu Stimmzettel für ungültig erklärt werden sollen, die mehr als einen Namen enthalten. Er wies nach, daß ein solches Wahlsystem unter dem in Ruhrrevier vorgehenden allgemeinen Wahlsystem zu Unstimmigkeiten und unangenehm allseitigen Führern führe. Die Handlungsweise der Werksbesitzer würde besonders dadurch in's rechte Licht gerückt, daß sie in der Erwiderung auf die gegen die beschlossene neue „Wahlordnung“ behaupteten, der letzte Satz in § 88 Absatz 7: „Fällen sämtliche gültige Stimmen auf dieselbe Person, so wird der Erbsmann in einem besonderen Wahlzuge gewählt“, losse keine andere Auslegung zu, als daß nur ein Name auf die Stimmzettel bei den Ältestenwahlen geschrieben werden dürfe. Daraus gehe hervor, daß die beschlossene Vergemittlung der Ältesten und der Mitglieder vor langer Hand vorbereitet war, daß man diese Vergemittlung schon zu diesem Zwecke in die Satzung hineingedrückt hätte! Aber die Herren seien zu feige gewesen, offen auszusprechen, was sie wollten. Sie hätten allerdings auch mit Recht befürchtet, daß die Streikbedingung einer solchen Bestimmung in die Satzung an dem Widerstande der Verbandsältesten gescheitert wäre. Im Vorstande hielten sich mit Hilfe der „christlichen“ Arbeiter-vertreter solche Sachen zuerst noch durchzuziehen. Daß die Herren jetzt mit solchen Plänen herausdrücken, zeigt ihre Beforgnis, daß sie die „christlichen“ Familien verlieren werden, was für allerdings berechtigten Grund hätten. Der Referent empfahl den Ältesten, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu beantragen, zum Zwecke der Satzungsänderung.

In das Referat knüpfte sich eine anregende Diskussion. Alle Redner stimmten aber darin überein, daß das Vorgehen der Werksbesitzer und der „Christlichen“ nichts anderes darstelle, als einen dreifachen Versuch, die Mehrheit der Knappschafsmitglieder zu vergewaltigen. Außer der Aenderung der Wahlreform wurde von verschiedenen Rednern noch das Wahlverfahren bei den Geschäfts-, Kur-, Satzung- und Rechnungsausschüssen im Vorstande einer solchen Art unterzogen. Bei diesen Wahlen stimmten die Werksbesitzer immer gemeinsam mit den 5 „Christlichen“, wozu sie nicht berechtigt seien. Den Arbeitervertretern wäre es gleichgültig, welche Personen die Werksbesitzer aus ihren Reihen in die fraglichen Ausschüsse wählen und es ginge diesen auch nichts an, welche Personen die Arbeiter wählten. Ferner wurde Kritik an der Handhabung des § 59 der Satzung bei der Statutberatung sei auf den Widerspruch der Ältesten gegen die Fassung derselben vertrieben worden, man solle die Bestimmungen nur so stehen lassen, es solle künftig noch ja verschärft werden, wie die frühere Fassung des § 39, daß die Ältesten die Wünsche der Knappschafskräfte bei Zuwahlungs-Entscheidungen einbringen könnten. Dieses Versprechen sei nicht eingehalten worden; im Gegenteil habe die Verwaltung auf Beschwerden von Knappschafskräften gegen die Handhabung des § 59 erklärt, dem Verlangen der betr. Knappschafskräfte könne nach § 59 nicht entsprochen werden. Es wurde allgemein verlangt, daß der Paragraph geändert werden müsse; heute wisse der Letzte gar nicht, was mit seinen Anträgen geschehe. Es sei vorgekommen, daß Vorschläge bis zu 8 Wochen beim Arzte gelegen hätten, ohne daß dieser es für nötig befunden hätte, dieselben abzugeben.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung beim Knappschafsvorstande zu beantragen und folgende Aenderungen der Satzung zu verlangen:

- 1. An Stelle des § 59 Absatz 1 wird folgendes bestimmt:
- „Der Letzte hat, sofern es sich um die Erwerbung von Renten handelt, zunächst die Untersuchung des Antragstellers durch den zuständigen Knappschafskräfte, sowie, falls nicht die besprochenen Umstände hieron eine Ausnahme gestatten, durch zwei andere von dem Antragsteller zu wählende Knappschafskräfte zu veranlassen und die familiären Beziehungen mit seinen Gutachten dem Vorstande einzubringen.“

- 2. In § 88, Absatz 4, ist Biffer 1 zu streichen und dafür zu setzen: „Wählbar sind alle wahlberechtigten Mitglieder.“
- 3. § 80 Absatz 7 abzuändern wie folgt: „Jeder Wähler wählt den Ältesten und den Erbsmann gleichzeitig, und zwar in der Weise, daß zwei Namen auf die Stimmzettel geschrieben oder vorübergelegt werden. Bei jedem Namen ist anzugeben, ob die Stimme für den zu wählenden Ältesten oder den Erbsmann abgegeben werden soll. Als gewählt gelten diejenigen zwei wählbaren Personen, welche die relativ meisten Stimmen an sich veranlassen.“
- 4. In § 94 Absatz 7 hinter dem Wort „Stimmenmehrheit“ auf der zweiten Zeile einzufügen: (siehe jedoch § 86 Absatz 2). § 91 Absatz 2 soll geändert werden wie folgt: „Auf der zweiten Zeile hinter dem Wort „Kommissionen“ einzufügen: „begw. Ausschüsse.“ Dann dieselbe Absatz noch anzufügen: „Auf die Wahlen dieser Kommissionen bezw. Ausschüsse findet § 86 Absatz 2 entsprechende Anwendung.“

5. Dem § 96 Absatz 2 folgende Fassung zu geben: „Auf die Zusammenlegung der Geschäftsausschüsse, welche mindestens aus vier Personen bestehen müssen, findet § 92 Absatz 1 entsprechende Anwendung. Die Wahlen der Mitglieder in die Geschäftsausschüsse werden vom Vorstande in der Weise getätigt, daß jede Seite der Vertretung ihre Vertreter getrennt von einander aus ihrer Mitte oder aus der Zahl der in den Vorstand wählbaren Personen mit einfacher Stimmenmehrheit wählt. In gleicher Weise erfolgt die Wahl von Erbsmännern, welche im Falle des Ausscheidens oder der dauernden oder zeitweisen Verhinderung einzelner Ausschusmitglieder einzusetzen werden.“

Es wurde dann die Neuwahl der Reform-Kommission vorgenommen, welche folgendes Resultat zeigte:

Ausschussbezirk Dortmund: die Kameraden Münsched und Hoff, und Schuler als Stellvertreter; Ausschussbezirk Bochum: Stegmann und Schulz, und Faust als Stellvertreter. Ausschussbezirk Herne: Guedel und Schmitt, und Großhüter als Stellvertreter. Ausschussbezirk Essen: Schlöfer und Hinsel, und Kantenberg als Stellvertreter. Ausschussbezirk Gelsenkirchen: Langendorf und Johann Gode, und Rübolt als Stellvertreter. Ausschussbezirk Oberhausen: Schmitt und Wellingshoff, und Krautwald als Stellvertreter.

Zum Schluß wurde noch der „Bücherkreis“ der Pöcklinge in Beringhausen zur Sprache gebracht und mitgeteilt, daß der „Christliche“ Vorstandsstelle Schärer die Sache als eine „sozialdemokratische Sache“ in der Vorstandssitzung besprochen habe, wozu ihm die Werksbesitzer sehr dankbar gewesen seien! Alle diejenigen, die nicht in die Liste gehen, habe Schärer als Lumpen eingestuft. Die „Christlichen“ Vorstandsstellen seien dafür eingetreten, daß gegen die Teilnehmer an dem „Bücherkreis“ strenge Verfahren würde! (Die „Christlichen“ Vorstandsstellen geben sich wirklich rechtliche Mühe, sich vor ihrem Verurteilen aus dem Knappschafsvorstande bei dem Knappschafsmitgliedern noch ein bleibendes Andenken zu sichern. D. V.)

Nebrigens kommt dabei noch in Betracht, daß der christliche Werksbesitzer und Arbeiterauschusmitglied auf Begehr Ewald Fortsetzung, Knappschafsstärke Wahl, eine hervorragende Rolle bei der „sozialdemokratischen Sache“ spielte! Hervorzuheben Arbeitervertreter, diese „Christlichen“! Zu der Sucht, den Werksbesitzern zu gefallen, schädigen und beschimpfen „Christliche“ Vorstandsstellen ihre eigenen Anhänger! Nun, über das Treiben solcher Leute werden die Knappschafsmitglieder ihnen schon noch die Quittung ausstellen.

Ueber die wirklichen Ursachen, weshalb die Betroffenen Beringhausen verlassen haben, werden wir noch reden. Wenn eine so große Zahl zusammengewürfelter Menschen verschiedener Richtung rebellisch werden, dann liegen tiefere Ursachen zugrunde und die haben auch in Beringhausen vorgelegen.

Die schön verlaufene Konferenz erreichte abends um 7 Uhr ihr Ende.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Trotz Zechenhilfe eine vernichtende Niederlage

erlitten hat der Zentrums-gewerkeverein bei der Wahl des Beisizers zum Bergarbeitergericht, am 8. März im Wahlbezirk 3 (Mittenfeld) Section B. Bei der Wahl am 14. Dezember v. J. hatte der Gewerkeverein in diesem Bezirk mit 12 Stimmen Mehrheit gelegt. Diese Wahl wurde für ungültig erklärt, weil auch die Weanten der Zechen Helene zur Wahl zugelassen wurden, die über 2000 Mk. jährlich verdienen, also nicht wahlberechtigt waren. Die Zechen hatte sich mit Hochdruck für den Kandidaten des Zentrums-gewerkevereins ins Zeug gelegt. Die Weanten forderten jeden Arbeiter, von dem sie mußten, daß er für den Kandidaten des Zentrums-gewerkevereins stimmen würde, auf, sich einen Ausweis zu verschaffen. Den Arbeitern aber, in denen die Weanten Verwandler vermuteten, wurde davon nichts gesagt. Außerdem hat man in letzter Stunde den sämtlichen Tagesbeamten, Maschinenführern, Schmiedemeistern, Markenkontrollanten u. s. f. Ausweisbriefe gebracht und sie zur Wahl geordert.

Bei der Neuwahl am 8. März stellten die Bergarbeiter dem Zentrums-gewerkeverein für dieses Verhätten die Quittung aus. Es erhielten Stimmen bei der Wahl

	am 14. Dez. v. J.	am 8. März d. J.
Bergarbeiterverband	108	187
Zentrums-gewerkeverein	120	138

Der Verband hat also 79, der Gewerkeverein nur 16 Stimmen gewonnen. Das mit Zechenhilfe erzielte lässliche Resultat vom 14. Dez. nannte der „Bergknappe“ in seiner „Bescheidenheit“ eine **anerkannt wertlose Leistung**. Ueber den jetzigen Zustand der Wahl wird er sich, wie wir das auch nicht anders gewohnt sind, in dieselben Schweigen hüllen. So werden die christlichen Bergvölker von ihrem Organ am Nattenfeld geführt.

Zur Knappschafskräfte-Wahl am 10. April.

Am Samstag, den 10. April, vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, finden im Ruhrbecken in 17 neu gebildeten Sprengeln die Knappschafskräfte-Wahlen statt. Die Grenzen der einzelnen Sprengel haben wir schon in unserer letzten Nummer bekannt gegeben. Bei der Gelegenheit werden die „Christen“, wie wir das nicht anders von ihnen gewohnt sind, wieder mit allen Mitteln der Verleumdung gegen uns antizipieren.

Ein Turm, der nicht steht, ist die verleumderische Behauptung, die Knappschafskräfte-Krankenhäuser seien auf Veranlassung der Verbandsältesten gebaut worden. Wir haben schon häufig festgestellt, daß der Knappschafskräfte-Vorstand (1902) durch die fortgesetzten Preisdrückungen der Privat-Krankenhäuser zu dem Entschlus kam, eigene Krankenhäuser zu errichten, und daß einem dahingehenden vom Knappschafskräfte-Vorstand gestellten Antrag auch die Gewerkevereinsältesten zustimmten. Es ist also eine Verleumdung, wenn die „Generale“ des Gewerkevereins fortgesetzt behaupten, die Knappschafskräfte-Krankenhäuser seien auf Veranlassung der Verbandsältesten gebaut worden.

Eine andere Waffe gegen den Verband bildet die völlig unwahre Behauptung, die Verbandsältesten hätten dafür gestimmt, daß den Kranken in den Knappschafskräfte-Krankenhäusern in Uedendorf und Gelsenkirchen der geistliche Zutritt verweigert werden soll. Tatsache ist, daß die Verbandsältesten durchaus damit einverstanden sind, wenn die Geistlichen aller Konfessionen den Kranken ihren geistlichen Anspruch bringen. Aber die Geschächte hat den Falsch, daß die Herren Geistlichen dafür eine Entschädigung von 1600 Mk. pro Jahr verlangen. Diese 1600 Mk. aber wollten die Verbandsältesten nicht bewilligen, weil sie der Meinung sind, daß die Gehälter der Geistlichen ausreichen und sie den Kranken ihren Anspruch spenden können, ohne gleich wieder dafür bezahlt zu werden. Kranke besuchen und trösten ist ein Werk christlicher Barmherzigkeit und es sieht den Geistlichen wirklich schlecht an, dafür eine besondere und noch so außerordentlich hohe Vergütung zu verlangen. Die neueste Waffe der christlichen „Generale“ ist die Behauptung, die Verbandsältesten hätten dem Knappschafskräfte-Vorstand ein Auto für 15 000 Mk. bewilligt. In dem Protokoll über die Sitzung des Knappschafskräfte-Vorstandes vom 24. April 1908 heißt es nun über diesen Gegenstand mündlich:

Der Ausschuss (Rechnungsausschuss) schlägt dem Vorstand einstimmig vor, ein Automobil für die Direktion zu beschaffen, mit etwa 14—22 Pferdestärken.

In diesem Ausschuss, der einstimmig die Beschaffung eines Autos vorschlug, sind aber nur 2 Verbandsälteste, dagegen 3 christliche Älteste vorhanden und zwar: Jungesblut und Nobis (Verbandsälteste), Schärer, Tunkler und Hühner (christliche Älteste). Die 3 christlichen Ältesten haben also ebenfalls für das Auto gestimmt, trotzdem wird jetzt drauf los gelogen und verleumdet die Verbandsältesten hätten daselbe bewilligt.

Diesen Verleumdern muß am Wahltage die richtige Quittung ausgestellt werden. Kein Kandidat des Zentrums-gewerkevereins darf gewählt werden!

Auf jede Stimme kommt es an! Die Säumigen müssen aufgebracht und herangeholt werden! Nieder mit den Zentrums-gewerkevereins- und Zechen-kandidaten, das muß für jeden denkenden Kameraden am Wahltage die Parole sein.

Wahlberechtigt sind die volljährigen (21 Jahre alten) im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Mitglieder der Krankens- oder Pensionskassen. Wahlberechtigt sind auch die krankferndenden und diejenigen Mitglieder, die wegen Vollendung eines Dienstalters von 2000 Beitragswochen vor der weiteren Zahlung von Pensionskassenbeiträgen befreit sind. Eine äußerst wichtige Bemerkung hat der Knappschafsbereich insofern angeordnet, als nur solche Wähler zur Wahl zugelassen werden, die sich bis zum 27. März, also bis spätestens zwei Wochen vor der Wahl in die von der Zechenverwaltung aufzustellenden Wählerlisten haben eingetragen lassen. Wer die Eintragung bis zum 27. März verumt hat, geht seines Wahlrechts verlustig, da spätere Anmeldungen nicht berücksichtigt werden. Die Zulassung zur Stimmabgabe erfolgt nur gegen Vorlegung eines Ausweisbriefes. Ausweisbriefe und Stimmzettel erhalten die Wähler von den Betriebsführern (bezw. deren Vertretern) der Zechen, auf welchen sie arbeiten.

Stesse sich also jeder Kamerad sofort in die Wählerliste eintragen und hole sich den Ausweisbrief, damit seiner seines Wahlrechts verlustig geht.

Stadtd.
Auf Veranlassung des Oberbergamts Dortmund werden die Knappschafskräfte-Vereine (Verband) und Schärer (Gewerkeverein) mit zur Überwachung der Zechenbergrubung auf Stadtd. zugelassen. Demnach hat das Oberbergamt unsere Forderung, Arbeitervertreter mit zur Überwachung der Bergbauarbeiten heranzuziehen, in etwa zu berücksichtigen versucht.

Fälscher.
Man sollte meinen, der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter hätte nun alle Hände voll zu tun, um seine Forderungen beim preussischen Landtag gegenüber wickeln zu vertreten, denn da wird dem Gewerkeverein mit seinen bescheidenen Forderungen liberal mitgespielt. Und christliche Gewerkevereinsmitglieder legen mit in der Verhandlungskommission, wo zur Zeit die Vergessebene besetzt wird und haben jetzt die beste Gelegenheit, die Felle des Gewerkevereins fortzunehmen zu sehen. Wir erleben das trübselige Schauspiel, wie die faulosen Gewerkevereinsvertreter in dieser Kommission ruhig zusehen müssen, wie ihre Praktikanten und andere Parteien anfangen, die Vergessebene zu verschandeln. Dabei müssen christliche Gewerkevereinsmitglieder noch Sandlangerdienste leisten. Wir verweisen auf den Kommissionsbericht in dieser Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“. Alles das wird aber nicht dazu beitragen, daß sich der Gewerkeverein schließlich etwas besseres bestimt. Das ist ausgeschlossen. Er hat eben zu tangen, wie die Strachmig und Genossen pflegen. Statt sich aber der Gewerkevereinsmacht zu wehren, geht man hin, schimpft und lästert gegen den Verband los. Dafür ist Zeit vorhanden. Nun, man muß den Mut bewahren, wonit die christlichen Strategen ihrer Parole folgen: Es muß alles schief gehen! Die Gewerkevereinsstrategen haben im „Bergknappen“ nun, um ihre Verlogenheiten zu verdecken, den Versuch unternommen zu zeigen, wie in so sequent der Verband ist, wenn er auf der einen Seite versucht, die Reform der Vergessebene dem Reich, nicht Preußen, zu überlassen und auf der anderen Seite wieder herkommt und den Landtag bittet, die Vergessebene so auszugestalten, wie es den Bergarbeiterwünschen entspricht. Der „Bergknappe“ weiß doch, daß nicht nur in der Frage der Vergessebene Wünsche und Forderungen laut werden, die Erledigung der verschiedenen Forderungen übertragen, und der Gewerkeverein selbst hat sich mehr als einmal zu ähnlichen Forderungen herbeigelassen. Jawohl, unser sehntlicher Wunsch ist, daß die Vergessebene eine rechtsgleiche Regelung erhalte. Und wir wissen, daß die Wünsche des Gewerkevereins, wenigstens zum Teil, sich bisher in gleicher Richtung bewegt haben. Nur ob sie morgen noch aufrecht erhalten, was sie heute beschließen, das kann man nach den überreichen Erfahrungen beim Gewerkeverein — seiner Got- und Hypolitik niemals voraussetzen. Wir müssen bei ihm nur mit begangenen Sandlungen rechnen. Unser Wunsch ist vielmehr, daß die Vergessebene dem Reich unterstellt wird. Wenn nun aber, wie es leider der Fall ist, der preussische Landtag und die preussische Regierung mit ihrer realistischen Einstellung hierfür nicht zu haben ist, dann legt der Verband nicht die Hände in den Schoß, wie es der Wunsch des Gewerkevereins sein mag, sondern er rechnet auch mit den gegebenen Verhältnissen. Und darum ersuchte der Verband in einer Resolution eine Aenderung der Vergessebene auch durch das Abgeordnetenhaus. Wenn der „Bergknappe“ deshalb ausruft: „Wie lange werden sich die Verbandsälteste solche Führer gefallen lassen“ so wollen wir dem „Bergknappen“ verraten, daß die Verbandsälteste seine christlichen Absichten durchschauen und darum über seinen Erfolg mittelbig lächeln. Und kommt der „Bergknappe“ in seiner kläglichen Rolle vor, als ein Mensch, der lachen will, und unreife Pläunchen im Munde hat. Mein lieber „Bergknappe“, der Verband wird tun, was ihm beliebt und was den Interessen der Bergarbeiter entspricht. Er umgeht nicht den Landtag, auch wenn er vom Reich die Erledigung seiner Wünsche verlangt. Der Abgeordnete Lehner wird in der Kommission des Landtages, nachdem diese sich nun schon mal mit der Vergessebene beschäftigt, die Vertretung der Verbandsforderungen übernehmen. Und die christlichen Gewerkevereinsvertreter werden sich in ihrer wahren Gestalt erst recht entpuppen müssen. Das ist für sie zwar unangenehm, aber uns und den Bergarbeitern kann es nur dienlich sein.

Nicht nur der „Bergknappe“ sondern auch das Antifemitenblatt das „Reich“, das sich christliche Gewerkevereinsführer als Publikationsorgan für den Schmutz ausgelassen haben, den sie aus irgend einem Grunde — vielleicht aus Scham — nicht in ihren Gewerkevereinsorganen bringen wollen, sucht sich zu motivieren über die Haltung des Verbandes in der Vertretung der Bergarbeiterwünsche. Das Blatt muß aber erst von einer direkten und bewußten Fälschung zu anderen greifen, um sich in seine heuchlerische und lässliche Erregung hineinzulassen. Wir verzichten darauf, dem Fälscherorgan an dieser Stelle zu antworten. Das wäre ihm doch zuviel Ehre anraten. Mit einem Organ, das sich autoritäre Fälschungen und Verleumdungen zu schulden kommen läßt, wie das „Reich“, mit dem müßte man an Gerichtsstelle ein derbes Wort reden, wenn das Blatt uns nur nicht gar so schmerzhaft wäre.

Warnung vor sog. Rechtskonsulenten.
Wohl auf keinem Gebiete wird mehr und größerer Unfug und Schwindel getrieben, wie auf dem der Rechtskonsulten und wir können unsere Kameraden und ihre Familienangehörigen vor diesen sog. Rechtskonsulenten und Winkeladvokaten nur dringend warnen. Wer diesen Leuten in die Hände fällt, wird in der Regel nur sein Geld los, seine Sache aber wird verflucht.

„Rechtskonsulent“, so nennt sich auch der Unfallinvalid Gottfried Starbatt, Stoppenberg, Essenerstraße 11, der folgenden Schreiben für die Ehefrau Stanislaus Delert in Uaternberg anfertigte:

Gottfried Starbatt, Stoppenberg, Essenerstraße 11
Rechtskonsulent, Gesch. Nr. 57/09.
Entwurf der Ehefrau Stanislaus Delert zu Uaternberg, Proringsstraße 71, auf Bunkgabe des Verbandsbuches Ihres verschwendeten Ehemannes.

Wie dem Vorstande des Altenevangeliums wohl bekannt sein wird, ist mein Ehemann bereits 12 Jahre in Verbandsmitglied, im November 1908, habe der Zeitungsträger Heinrich Wülfel ein auf Rotterdam das Verbandsbuch meines Mannes von mir abgeholt, und habe gesagt, daß sich noch nach Bochum an den Verbandsvorstand abgeben, mein Mann ist seit April 1908 verstorben und ist bis heute noch nicht zu finden, ich bitte den Vorstand des Altenevangeliums mir das Verbandsbuch meines Mannes binnen 8 Tage zurück zu geben.

Frau Stanislaus Delert
andererseits ich sofort Gerichtlich gegen denselben vorgehen werde.
Uaternberg, den 3. 8. 09.
An den Vorstand des Altenevangeliums zu Essen-Nurhe
Grabenstraße.

Hoffentlich läßt sich die Frau nicht noch von dem Rechtskonsulenten dazu verführen, „Gerichtlich“ vorzugehen. Sie müßte sonst noch außer den Kosten an diesen Winkeladvokaten die bedeutend höheren Gerichtskosten zahlen. Die Beigleute aber ganz besonders warnen wir davor, sich irgendwas Lustig bei dem Herrn Starbatt zu holen, da wir Beweise für seine Unaufrichtigkeit und geradezu gemeingefährlich Unaufrichtigkeit in Händen haben.

Ein Christl. Verleumder und Ehrabschneider gestrichelt.
Das Mitglied des „Christlichen“ Gewerkevereins der Bergarbeiter, Wenne in Uffeln bei Dortmund, hatte verheiratet, unser Knappschafskräfte-

Ältester Schmir habe als Kassierer des Bergarbeiterverbandes während des großen Streiks im Jahre 1905 Gelder gesammelt, die aber nicht abgeliefert, also für sich verwandt. Das Verdict wurde durch die Mitglieder des „Christlichen“ immer bestimmter, bis es zu einer Vergeblichkeitsurteilung kam, die sehr stürmisch war, in der unserem Ältesten öffentlich vorgeworfen wurde, er habe die Streikgelder unterschlagen.

Nun blieb natürlich nur noch übrig, den Klageweg zu beschreiten; gegen den oberniederrheinischen „Christen“ wurde die Privatklage bei dem Schöffengericht in Dortmund eingereicht, die am 9. d. Mts. zur Verhandlung stand. Der Angeklagte konnte für seine Behauptungen auch nicht den Schulten eines Beweises erbringen. Dagegen konnte Schmir durch Vorlesen der Akten und Belege nachweisen, daß er jeden Pfennig abgeliefert hat. Auf Anweisung des Vorsitzenden gab nunmehr der Angeklagte die Erklärung ab, daß er sich überzeugt habe, daß Ältester Schmir ehlich die Streikgelder abgeliefert habe. Er bot den Kläger um Vergebung und erklärte sich bereit, sämtliche Kosten des Prozesses zu tragen. Mit dieser Erklärung gab sich unser Ältester zufrieden.

Wäre er ein „Christ“ gewesen, hätte er wie der Vertreter des „Christl.“ Bezirksleiters Tebrügge gegen unseren Kameraden Wagner eine ganz exemplarische Gefängnisstrafe beantragt. Auch unser Kamerad Teimpeters hat 14 Tage Gefängnis verbüßen müssen, weil er den Distriktsleiter Generalweltfeldmarschallfretter Behrens angebl. beleidigt haben sollte. Und das nennt sich Christen!!!

Verlinghausen. In unserer Nr. 9 haben wir schon berichtet, daß am 21. Februar 77 Mann die Knappschäfts-Lungenheilstätte in Verlinghausen infolge Differenzen über Verköstigung und Behandlung verlassen haben und nur etwa 18 Mann zurückblieben, deren körperlicher Zustand ein Verlassen der Anstalt unmöglich machte. Die in Frage kommenden Leute hatten eine Kommission von drei Mann gewählt, um mit dem Knappschäftsvorstand zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten aber zu keinem Resultat, weil sich der Knappschäftsvorstand auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Dafür aber erhielten die Betroffenen ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Auf Ihre Eingabe vom 25. d. Mts. erwidern wir Ihnen, daß wir wegen Ihres Verhaltens Ihre Verköstigung veranlassen werden und daß die nochmalige Gewährung eines Heilverfahrens auf unsere Kosten ausgeschlossen ist. Wenn Sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen, haben Sie sich unter Vorzeigung antretenden Ausweises an Ihren Mediziner zu wenden.

Die Verwaltung des Allgemeinen Knappschäftsvereins
Hülme.“

Man hätte nach Lage der Verhältnisse erwarten können, daß der Knappschäftsvorstand die Klagen und Beschwerden der Kranken untersucht hätte, statt in dieser Weise gegen dieselben vorzugehen. Daß die Verhältnisse in Verlinghausen sehr zu wünschen übrig lassen, beweist auch folgende Zuschrift:

Wie den Bergarbeitern bekannt ist, ließ der Allg. Knappschäfts-Verein zu Bochum seinen Mitgliedern eine eigene Lungenheilstätte errichten. Alle diejenigen, die in der Anstalt gewesen sind, oder sie gesehen haben, müssen zugeben, daß dieselbe in einer recht schönen, die Gesundheit fördernden Gegend erbaut ist. Doch um die Genesung der lungenkranken Vergleite zu fördern, gehört nicht allein jene sanitäre Lage und moderne Einrichtung jener Heilstätte, sondern dazu trägt vor allem das System bei, nach welchem die Patienten behandelt werden. Und dieses System ist gegenwärtig ein derartiges, daß die Anstalt nicht Heilstätte, sondern Erziehungs-Anstalt benannt zu werden verdient. In nachstehenden Fällen wollen wir die Handhabung des Systems schildern: Der Pflegerlinder fand im Mittagessen einen Würm. Er gab das Essen dem Wärter zurück mit dem Bemerkten, ein Essen mit Würmern sei ungenießbar. Der Wärter nahm das Essen mit nach der Küche, brachte es aber wieder zurück, nachdem der Würm entfernt war. Drei Tage danach wurde wieder von dem Chef der Anstalt, Herrn Geheimrat Dr. Tenholt, deswegen zur Rede gestellt. Trotzdem weiter durch sechs Tagen den Tatbestand aufrecht hielt, wurde er als Aufsichtiger und Pflegerlinder bezeichnet. Der Fall regte den Pflegerlinder so auf, daß er den Herrn Geheimrat um sofortige Entlassung bat, dieselbe wurde ihm gewährt. Wir fragen nun: Soll der lungenkranke weiter durch solche Behandlung genesen? Am 18. Februar besuchte eine Frau hier ihren lungenkranken Mann (Suber). Da hier in der Anstalt kein Raum vorgehalten ist, der zu Besuchszwecken dienen könnte, wurde der Frau von der Krankenschwester der Lageraum Nr. 100 zum Vorübergehen angewiesen. Dieser Raum wird in der Regel von den Pflegerlindern bei schlechtem Wetter zum Feilen, Schreiben usw. benutzt. Ein Wärter, der die Frau in dem Raum feilen, sagte ihr, sie möge sich von ihnen abdrücken, damit die Pflegerlinge nicht in den Raum hinein gelangen könnten. Dies tat die Frau denn auch. Mittlerweile hatte man ihren Mann davon in Kenntnis gesetzt. Er fand seine Frau im genannten Raum. Als er sie fragte, weshalb sie sich denn eingeschlossen habe, erhielt er zur Antwort, der Wärter habe ihr das befohlen, die Pflegerlinge sollten nicht hinein. Auf diese Antwort schob Suber ebenfalls den Fingel vor. Mann war drei geschoben, als auch schon der Herr Geheimrat an der Ihre rittelt und verlangte, aufzumachen; er muß wohl durch einen Assistenten davon benachrichtigt worden sein. Suber öffnete sofort. Der Herr Geheimrat sagte ihm an: „Was, Sie schließen sich mit ihrer Frau hier ein? Sie können sofort die Anstalt verlassen!“ Es half kein Sträuben und Wüten; der fratte Mann mußte noch an demselben Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr sein Bündel schnüren und trotz des Hundewetters, das an diesem Tage wüthete, durch den tiefen Schnee den weiten Weg nach Wieschde zum Bahnhof machen. Die Frau hat also eine nette Vorstellung von diesem Heilverfahren in Verlinghausen mitbekommen. Auf solche Fälle die Pflegerlinge vollständig in Kurve Angst und Unzufriedenheit bananen, leuchtet jedem denkenden Menschen ein. Nur der Herr Geheimrat sieht das nicht ein. Jegliche Beschwerde der Pflegerlinge wird trotz ihrer Wichtigkeit einfach als unbegründet erklärt und solches stets zum Nachteil derselben. Ein Nachprüfen einer Beschwerde auf ihre Wichtigkeit fällt dem Herrn nicht ein. Der Herr ist sogar dazu übergegangen, den Pflegerlingen den Bestkorb höher zu hängen, indem ihnen seit dem 20. Februar die Butter abgenommen verabreicht wird und zwar zu jeder Mahlzeit 20 Gramm. Trotz mehrfacher Vorstellung, die Butter wie früher zu verabreichen, oder die Portion zu verdoppeln, hat sich der Herr nur bis 25 bzw. 30 Gramm handeln lassen. Wir waren damit nicht einverstanden, weil für Lungenkranke in erster Linie gute Verköstigung zur Wiedererlangung ihrer Gesundheit notwendig ist. Wir verlangten genügend Butter oder unsere Entlassung; wir bekamen zur Antwort: „Es bleibt dabei und wenn es nicht paßt, dem steht das Tor offen.“ Hierauf haben wir uns angezogen und haben noch am selben Tage, Sonntag, 21. Februar, mit 77 Mann die Anstalt verlassen.“

Soweit die Zuschrift. Am 11. März hat sich nun der Knappschäftsvorstand mit dieser Angelegenheit beschäftigt und, wie das vorauszugehen war, wurde Herrn Geheimrat Dr. Tenholt Recht gegeben; die Pflegerlinge wurden mit Hilfe der angebl. christlichen Ältesten gegen die zehn Stimmen der Verbandsältesten verdammt. Wir kommen darauf noch zurück.

Dortmund. Kamerad Heint. Wächter schreibt uns: „Auf mein Schreiben an den Allgemeinen Knappschäfts-Verein Bochum, um Abänderung des Wahllokals zur Welterwahl im Sprengel 72a, habe ich die Nachricht erhalten, die Wahl würde nicht im Lokale des Herrn Wirt Herzog, Osterhalbt. 34, sondern beim Herrn Wirt M. C. Ebert, Münsterstr. 102 stattfinden.“ Also hat der Einspruch doch gefruchtet.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

„Grubenkontrollen, das ist Mumpitz!“

sagte Herr Hülses am 18. Februar in einer öffentlichen Bergarbeiter-versammlung in Dudweiler, in der er überhaupt von neuem den „Verdächtigungsanweisung“ als — christlicher Arbeiterführer erbrachte. In jenem Abend fand die erste Bergarbeiterversammlung seitens des Verbandes in Dudweiler, im „Hergen“, des fiskalischen Bergregierers statt und erkannte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs, obgleich die Besucher überwiegend Mitglieder des „christlichen“ Gewerkevereins waren, die unter Führung ihrer beiden Generäle, Hülses und Gursche, sich in das Lokal gewagt hatten, jedenfalls in der Absicht, Jagd auf „Kornmilch“ zu machen, um Schade, daß den Jägern das Pulver schelte, wie immer. Kamerad Wilmann erstattete Bericht über den Bergarbeiterkongreß, dabei von den Herren „Christen“ nicht selten störend unterbrochen, ein Beweis, daß die Ausführungen sie dort trafen, wo sie „herbitch“ sind. Nach Wilmann erhielt Herr Generalsekretär Hülses, dem Gott zwar ein W.-Madbacher Gewerkschaftsamt aber keinen Verstand gegeben hat, das Wort. Der Kongreß ist für Hülses Mumpitz, war geachtet und überflüssig, beanmaß dort gesagt worden sei, seien „alle Kamellen“, das sei schon früher und besser gesagt worden und der Gewerkeverein habe gut getan, daß er den Kongreß nicht beschichte, das Geld für bessere Zwecke gespart habe.

Die Forderungen: Grubenkontrollen aus den Reihen der Arbeiter gewählt und vom Staate belohnt und Nichtbergarbeiter liegen sich in demagogischer und agitatorischer Weise vor den Bergarbeitern in Versammlungen schändlich vertreten, aber wer es wirklich meint, mit und bei der Wahrheit bleibe, müsse den Arbeitern sagen, daß beide Forderungen keine Aussicht auf Erfüllung hätten und wenn sie erfüllt würden, den Vergleuten wenig oder gar nichts brächten! Es sei Mumpitz die Bergarbeiter seien in der Lage, die Grube zu kennen und zu kontrollieren. Er sei lange Zeit Marbacherberggrube gewesen und habe als solcher den ganzen Grubenbau durchwandern müssen, habe den innern Grubenbau gekannt, wie kaum einer der Belegschaft, aber wenn er hätte sagen sollen, wie es in den 15 Steigerrevieren ausgefallen habe, hätte er liegen müssen. Wer praktisch den Grubenbetrieb kennt, und kein Demagoge ist, muß mit zugeben, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß ein solcher Kontrolleur die ganze Grube kennen, die Luftstöße verhindern kann. Für das Soortrevier sei die Forderung praktisch ja erfüllt, denn hier befindet sich die Kontrolleure und würden vom Staate belohnt (?). Ein Nichtbergarbeiter sei gar nicht das Nötigste, denn alle diese Fragen und Forderungen lassen sich auch durch Landesgesetze regeln und er begriffe die letzte Vorlage zum preussischen Vergelges als einen Fortschritt, siehe vollständig auf dem Standpunkt des Abg. Dr. Vell. Nicht Geselbsthörer könne den Vergleuten helfen, sondern korporative Arbeitsverträge, Tarifverträge im Bergbau und „Freiwill“ Gutsche vermittelte den Kongreß und redigiertere die Haltung des Gewerkevereins damit, daß es für ihn eine Unmöglichkeit gewesen sei, mit Kamerad Wilmann und einem Tisch zu sitzen, nachdem er die Gewerkevereinsleitung nach dem Werkenbader Streik so heruntergerissen habe. Wilmann und Teimpeters glaubten doch selbst nicht daran, daß die Forderungen des Kongresses aus dieser verlotterten Gesellschaft, besonders vom preussischen Landtag erfüllt würden. Sie wußten, daß der Kongreß nur einen agitatorischen, aber keinen praktischen Wert haben könnte, sollten das nun auch offen eingestehen. Im übrigen erwies Gutsche sich als anständiger Mensch und geistig seinem Weiler Hülses überlegen. Das Traurigste in dieser Bergarbeiterversammlung war, daß die beiden Verbände der Bergarbeiterforderungen nicht ausgepfiffen worden, sondern die „organisierten“ königlichen Kumpels lauschten ihnen nach. Das Bild änderte sich jedoch, als darauf Kamerad Teimpeters zur Entgegnung das Wort nahm und mußten die beiden „Christen“ zu ihrem Entsetzen erleben, daß die „königlichen“ Kumpels dem so verschleierten Sozialdemokraten mit spannender Aufmerksamkeit zuhörtten und sich an den Wigen föhlich erheiteten, die sich die „Christen“ nun geschlen lassen wußten. Dem Generalsekretär in Gutsche erwiderte der Redner, warum daß er denn mit ihm (Teimpeters) in Dudweiler an einem Tisch sitze, wenn er das in Berlin nicht konnte? Dann ging er auf die Ausführungen des „Genossen Hülses“ — Hülses apostrophierte unsere Kameraden ständig mit der Anrede „Genosse“ und in demselben Ton antwortete Teimpeters — ihn und betonte, wenn Herr Kirchorst das Urteil Hülses über die Grubenkontrollen gehört hätte, würde er die „Christlichen“ noch nachträglich um Vergebung bitten, daß er sie vor Jahren in Mannheim mit schlimmster Art genannt habe, als die Sozialdemokraten. Um so total abfälliges Urteil über die Arbeiterkontrollen habe bisher nicht einmal der schärfste Arbeiterfeind gefällt, wie der „Christliche“ Bergarbeiterführer Hülses, der mit diesem Urteil das Resultat zum Syndikus des Bergbauvereins abgelegt habe. Er habe damit aber nicht etwa die Forderungen des Bergarbeiterkongresses abgeschwächt, noch könne sein Urteil an dem Erfolg des Kongresses etwas ändern, sondern er habe seine eigene Organisation desapouliert, habe die Hauptforderung der „berühmten“ Petition als Mumpitz bezeichnet! Daß kein Mensch heute den weitausgedehnten Bau einer Meiengrube in allen Teilen genau kennen kann, weiß jedes Kind und mehr als hundert Mal hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ geschrieben, man könne den Betriebsführer einer Grube nicht für den ganzen Betrieb verantwortlich machen, weil er unmöglich den ganzen Bau kennen noch beahren könnte. Wenn aber ein Betriebsführer, der täglich einfährt, den ganzen Bau nicht kennen kann, soll dann der Bergregierbeamte oder Einspahrer, die im Monat vielleicht ein Revier oberflächlich besehen, den ganzen Bau kennen? Arbeiterkontrollen sollten in ständiger Verbindung mit den einzelnen Kameradschaften bleiben und diejenigen Betriebspunkte unverhüllt besahren, welche die Kameraden als gefährlich bezeichnen und wütheten. Wer eine solche Forderung als Mumpitz bezeichnet, müsse gleich die ganze Gewerkschaftsarbeit überhaupt als Mumpitz betrachten und sollte einpacken. Am 7./12 Uhr wurde die Versammlung mit einem „Wied auf“ geschlossen. Die beiden „Generäle“ jagten mit ihrer Arme lautlos ab und dachten: das waren Stunden, die uns nicht gefallen haben, während wir wiederum die Genügnung hatten, immer tiefer in diese „Christenseelen“ geschaut und einen noch schmutzigen Punkt gesehen haben: Grubenkontrollen, das ist Mumpitz!

Durmerber. Für Sonntag, den 31. Januar hatte der Zentrums-Gewerkeverein für die Beche Nordstern eine Verköstigungsvorstellung einberufen. Von Gewerkevereinsmitgliedern wurde den Verbundkameraden erzählt, daß sie in einer Mitgliederversammlung des Zentrums-Gewerkevereins ihren Bezirksleiter Harßch aufgefordert hätten, zu veranlassen, daß die Versammlung von beiden Verbänden gemeinsam arrangiert werde. Harßch habe diesem Antrage zugestimmt und bestimmt versprochen, er werde sich diesbezüglich mit dem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in Verbindung setzen. Wenn der Mann diesem berechtigten Wunsch der Gewerkevereinskameraden wirklich zugestimmt hat, so können wir sein Verhalten nicht verstehen, denn die Tatsache steht fest, daß die Versammlung ohne Vorwissen des Bergarbeiterverbandes arrangiert wurde. Nach der Zentrumspreffe und dem „Vergleuten“ sollen in der Versammlung drei Punkte als Mißstände festgesetzt worden sein und die Ausführgmitglieder des Gewerkevereins der Grube Nordstern den Auftrag bekommen haben, über diese Beschwerden bei der Verköstigung vorzulegen zu werden. Za seitens des Zentrums-Gewerkevereins der Beschluß gefaßt ist, mit dem Verband nicht mehr zusammenzugehen, weil der Gewerkeverein so „groß“, so „stark“ und so „mächtig“ im Nachener Revier sei, daß der Verband — trotzdem er stärker ist wie alle übrigen Bergarbeiterorganisationen zusammen — nicht mehr in Frage kommen könnte, die Veranstalter dieses unvernünftigen Beschlusses, wenn sie sich nicht selbst preisgeben wollten, nicht anders als gemäß ihres Beschlusses die Einigkeit der Bergarbeiter auf Nordstern selbst in dieser wichtigen Sache zu hintertreiben. Wir bedauern nur, daß die Bergarbeiterchaft unter dieser Zentrumsstaktik — die dem Zentrums-Gewerkeverein ein gemeinsames Vorgehen der Bergarbeiterchaft verbietet — so schwer zu leiden hat. Die Verköstigung von Nordstern hat wiederholt den Ausschussmitgliedern gegenüber erklärt, wenn Mißstände vorhanden seien, dann sollten die Ausschussmitglieder diese der Verwaltung unterbreiten, die zu jeder Zeit bereit sei, sich in solchen Sachen zu fprechen zu lassen und wenn tunlich auch Abhilfe schaffen wolle. Wenn Mißstände der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, ohne daß die Verwaltung vorher davon Kenntnis erlangt habe, so könne der Verwaltung kein Vorwurf gemacht werden. Wenn der Verwaltung die vorhandenen Mißstände unterbreitet worden seien, sie habe sich zur Verköstigung der selben aber nicht herbeigelassen, dann hätte sie nichts dagegen, wenn an die Öffentlichkeit appelliert würde. Diese Stellung der Verköstigungverwaltung veranlaßte die Verbandsmitglieder der Beche Nordstern die vorhandenen Mißstände dem Ausschussmitglied des Verbandes ohne vorherige Verköstigungsvorstellung zu unterbreiten. Dieser Kamerad beantragte bei der Verwaltung eine Ausschussung, die auch am 11. Februar stattfand. In dieser Sitzung wurden der Verwaltung Verbandsseitig neun Anträge auf Abänderung von Mißständen unterbreitet. Von der Verwaltung wurde versprochen, unter anderen folgende Verbesserungen zu treffen:

1. Die Sonntagsarbeit soll auf die allerntwendigste eingeschränkt werden.
2. Statt der bisherigen Kreidemmerierung sollen Metallmarken für die Kontrolle der Kohlenwagen eingeführt werden.
3. Die alten unpraktischen Abortkibel sollen durch bessere ersetzt werden.
4. Das notwendige Holz zum Verbanen soll bis zur der Stelle geliefert werden, wohn der Schleppe den leeren Wagen bringt.
5. Auf der 250 Meter-Sohle soll ein Schießstein beschafft werden.
6. Auf der 255 Meter-Sohle soll ein Sprengstoffmagazin vorbehaltenlich der Bezeichnung errichtet werden.
7. Die Klagen bei der Ausfahrt wurden berücksichtigt. In Zukunft sollen die Oberhauer beim Ausfahren gegenüber den anderen Arbeitern kein Vortrecht mehr haben. Die im Aufbruch beschäftigten und durchgängigen Arbeiter können, wenn sie an den Schacht kommen, sofort ausfahren.
8. Es wurde anerkannt, daß die Bestrafungen in diesen Fällen zu hoch gegriessen seien. Hierin soll eine bessere Regelung eintreten. Den Arbeitern wurde geraten, wenn jemand glaube, zu Unrecht

bestraft worden zu sein, so solle er sich beschwerdebringend an den Verköstigungsführer wenden. Stelle sich eine ungerade Bestrafung heraus, dann würde der betreffende Beamte, der die Bestrafung verhängt habe, diesen Betrag zu tragen haben.

9. Auf die Beschwerde der bei der Biema Delmann beschäftigten Arbeiter, daß sie mit durchgängigen Neben lange am Schacht auf die Ausfahrt warten mußten, wurde erklärt, da hier nur ein Duzend Personen in Betracht kämen, so ließe diese Frage sich am besten lösen, wenn die Arbeiter sich darüber verständigten, daß sie zusammen am Schacht ankämen, die Ausfahrt könne dann sofort erfolgen.

Neben diesen Punkten wurde auch noch über verschiedene andere Fragen verhandelt. So über die Wagenverköstigung, wobei die Verköstigungverwaltung versicherte, daß dadurch eine Verköstigung des Arbeitsverdienstes ausgeschlossen sei, da für die verköstigten Wagen auch der in Betracht kommende Prozentsatz mehr an Arbeitslohn gezahlt werde. Auch wurde in der Sitzung nachgewiesen, daß kein Bauer wie im „Nachener Volksfreund“ behauptet wurde, mit 3,72 Mark pro Schicht entlohnt worden sei, sondern derselbe habe in Wirklichkeit 5,32 Mark erhalten. Es habe nur eine irrthümliche Entgegung und Verwechslung der beiden Begriffe die zusammen arbeiteten, stattgefunden, was sich vor der Auszahlung noch geklärt habe. Aus vorstehendem mögen unsere Kameraden erleben, wie der Verband bestrebt ist, praktische Erfolge zu erzielen. Der Gewerkeverein aber begünstigt sich damit, eine Verköstigung einzubringen und Beschüsse zu lassen, aber er hält es nicht für notwendig, bei der Verköstigung vorzulegen zu werden, um auch wirkliche Verbesserungen herbeizuführen. Trotzdem der Gewerkeverein über die Mehrheit im Ausschuss verfügt, unterließ er es, eine Sitzung des Ausschusses mit der Verwaltung zu veranlassen. Diese praktische Arbeit blieb dem einen Mitgliede des Verbandes im Ausschuss überlassen. Wäre es nach dem Zentrums-Gewerkeverein gegangen, so wäre es wohl bei der Verköstigung geblieben und bis heute hätte keine Sitzung des Ausschusses stattgefunden. Obwohl, Spektakel machen und praktische Arbeit leisten ist zweierlei.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Saalkamp in Oberschlesien. Am 21. Juni 1908 fand eine Verköstigungsvorstellung der Königin Luise Grube zur „Vergmannsruh“ in Jaborze-Dorf statt, wo der Arbeiter-Ausschuss Bericht über seine Tätigkeit erstattete. Diese Versammlung war zahlreich besucht. Am 8. Dezember 1908 wurde dort wieder eine Versammlung einberufen, wo über das Aufmerksamkeits auf Beche Kubbod der Kamerad Nigmann referierte. Diesmal zeigte aber der Gastwirt eine schlechte Miene gleich am Anfang der Versammlung. Wir dachten, er mache kein Geschäft, weil es im Saale stürmisch kalt war und selten einer nach dem Bierglase griff. Als es dunkel wurde, wollte er uns kein Licht geben, für die Polizei brachte er eine Streackkerze in einer Wampflasche. Durch dieses Vorgehen des Gastwirts mußten wir unsere Versammlung verlassen. Die Versammlung waren sämtlich empört, weil in dieser Ortschaft selten eine Versammlung stattfinden kann. Der Gastwirt tobte erst recht nach Beendigung der Versammlung, als die Versammelten alle weg gingen ohne etwas zu verzehren. Er sagte, daß er nicht mehr den Saal hergebe, die Leute haben ihn den Saal vollgespuckt und er habe nichts verdient. Nach einiger Zeit gingen wieder Mitglieder der Zahlstelle Jaborze-Dorf zu ihm und fragten, ob er vielleicht geneigt wäre, den Saal zu einer Versammlung wieder herzugeben und warum er so wüthend gewesen sei? Nun erklärte er, daß am Buffet der Stimuldrante Pfeifensuppe war und ihn so weit gebracht habe, daß er so vorgegangen sei. Den Saal könne er nicht verkaufen, unsere Kameraden sollten sich an den Eigentümer Kaufmann Jldor Silbermann (Jaborze) wenden. Das war ja eine leere Ausrede, denn wenn man Wächter ist, muß man auch das Verfügungsrecht haben. Trotzdem wendete sich der Bezirksleiter Nigmann an den ihm schon länger bekannten Kaufmann Jldor Silbermann mit folgendem Schreiben:

„Zaborze, den 9. Februar 1909.
An Herrn Jldor Silbermann in Jaborze.
Sehr geehrter Herr! Hierdurch frage ich höflich an, ob Sie uns nicht gestatten möchten, im Gasthaus zur „Vergmannsruh“ in Jaborze-Dorf am 28. Februar 1909, nachmittags 8 Uhr eine Bergarbeiter-Versammlung einzuberufen und abhalten zu können. Ihre weiterer Vertreter gab uns den guten Rat, wir sollten uns an Sie, den Eigentümer, wenden. Bitte um baldigen Bescheid.
Mit Hochachtung
Franz Nigmann.“

Diesem Schreiben wurde eine Postkarte zur Antwort beigefügt, welche am folgenden Tage zurückgebracht wurde und folgenden Wortlaut hatte: „Zufolge Ihrer Anfrage teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich meinen Saal in Jaborze-Dorf zu einer Versammlung nicht hingee. Sie befinden sich ja in Jaborze Süd, wo Sie ja dort genügende Säle zur Abhaltung von Versammlungen haben.“
Jldor Silbermann.“

Nach einigen Tagen schrieb der Vertrauensmann der Zahlstelle Jaborze-Dorf noch einmal an den Herrn Jldor Silbermann eine Karte betr. Vergabe seines Saales zur Bergarbeiter-Versammlungen, welche bis heute unbeantwortet blieb. Wir geben dieses unsern Mitgliedern und ihren Ehefrauen bekannt, damit sie die schwarz-weiß-roten Eiqueure im Gasthaus zur „Vergmannsruh“ in Jaborze-Dorf, sowie die schwarz-weiß-roten Schmittwaren auf der Kronprinzenstraße in Jaborze zu meiden sollten, wie Herr Silbermann die Bergarbeiter meldet, wenn sie seinen Saal zur Versammlung haben wollen.

Einteilung der Wahlbezirke für die General-Versammlungs-Delegierten.

Nachstehend veröffentlichen wir die Einteilung der Wahlbezirke, wie sie von den einzelnen Bezirksleitern übermitteln wurden. An der Einteilung ist bei der Wahl unbedingt festzuhalten. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Wahl genau nach dem in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. Februar d. J. veröffentlichten Wahlreglement vorgenommen werden muß. Die Delegiertenwahlen, welche nicht auf Grund des genannten Wahlreglements getätigt wurden, oder wo nachstehende Einteilung der Wahlbezirke nicht innegehalten wurde, müssen für ungültig erklärt werden.

Wahlbezirks-Einteilung.

Bezirk 1 (Gamm).		Bezirk 2 (Dortmund).	
Wahlbezirk	Delegierte	Wahlbezirk	Delegierte
1. Wilmersich, Massenheide, Obermassen, Niedermassen und Anna	1	6. Marten, Oespel I, Oespel II und Kley	1
2. Wühlhauen, Greeren, Bönen und Lünra	1	7. Dortmund, Körne und Dorfsfeld	2
3. Kasseran, Oberaden, Niederaden und Königsborn	1	8. Mengede, Groppenbruch, Weininghausen, Dobeßchwingh, Hudar, Rahm und Deufen	1
4. Kamen I, II und III	1	9. Gving I bis III und Lindenhof	1
5. Wiescherhöfen, Gamm, Gamm-Nord, Marx, Münthe, Werne, Speelen und Ahlen	1	10. Schambauer und Bredten	1
		11. Ehrenhöft, Wambel, Hofheide, Gremel, Kirchberne und Derne	1
		12. Lünen-Nord, Lünen-Süd, Selm und Raustrop	1
		13. Bradel, Alfeln und Wäde	1
		Bezirk 3 (Castrop).	
		14. Piltgendortmund	1
		15. Weirich, Kirchlinde, Ober-Castrop, Pövinghausen, Großlinde und Rauxel	1
		16. Castrop, Habinghoff, Holtshausen-Wüenig und Sodingen	1
		Bezirk 4 (Eichlinghofen-Hyerbe).	
		17. Annen, Etodum und Nidinghausen	1
		18. Eichlinghofen, Barup, Dombbruch und Menglingharrien	1
		19. Weininghausen, Lickenberg, Gachenev, Weilinghofen und Kirchhöde	1
		20. Weininghofen, Berghofen, Hächsten I, Hächsten II, Sommerberg und Schwanterbeide	1
		21. Holzwickede, Solde, Eichholz und Hergfen	1
		22. Aplerbeck, Aplerbeckermar, Schleen und Hörbe	1
		23. Hörsingburg, Schanze, Bittermar, Raudal, Auf dem Schone und Ende	1

Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit usw.

leidet, dem seien nachstehende Urteile über den Kampscheider Stahlbrannen zur Beachtung empfohlen:

Dr. med. S. „In allen Fällen sehen wir die Symptome der Chlorose sehr bald verschwinden und einem kräftigen und festlichen Wohlsein Platz machen, das um so schneller eintritt, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merklich schnell. Schwäche und Schmerzen in den Füßen verschwand, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfreudigkeit Platz.“

Dr. med. S. „Vor mir liegen eine Menge Berichte von Kranken, welche eine Kur mit Kampscheider Stahlbrannen auf mein Kurat, aber nicht unter meinen Augen gemacht haben. Alle diese Patienten rühmen übereinstimmend die sehr bald gutgelaunene Umklammerung der Verdauungsvorgänge, die bedeutend gesteigerte Schlaf, die Beseitigung der Gärungs- scheidung, und schließlich das über die merkwürdige Leichtverdaulichkeit des Wassers.“

Erkrankungen im Laufe warm empfunden bei Blutarmut, Mangel, Versch. Arten von Frauen- krankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, Blutzuständen, bei denen eine Mischung der Blutmenge und Verbesserung der Blutzusammensetzung notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Typhus usw.

Bestellungen kostenfrei durch Kampscheider Stahlbrannen, Düsseldorf W. 194.

Uhren auf Teilzahlung



Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 258
Belle-Alliance-Strasse 3.

Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung



Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 258
Belle-Alliance-Strasse 3.

Sprechmaschinen-Platten auf Teilzahlung



Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 258
Belle-Alliance-Strasse 3.

Photographische Apparate auf Teilzahlung



Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 258
Belle-Alliance-Strasse 3.

Arbeiterzeitung

Sozialdemokratisches Organ für den Stadt- und Landkreis Essen

Die „Arbeiterzeitung“ vertritt energisch die Interessen der Bergarbeiter, jedes Verbandsmitglied sollte deshalb die „Arbeiterzeitung“ bei den Vereinen, Parteifunktionären oder der Geschäftsstelle in Essen, Grabenstraße 67, bestellen. 5001

Schachtarbeiter

nach auswärts gesucht. Sofort schriftlich zu melden bei Rudolf Meyer, Aktien-Gesellschaft, Mülheim-Ruhr. 623

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek

ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr u. jeden Mittwochs, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Wiemelhauserstraße 40, geöffnet.

Cothring. Rotwein

in best. Güte zu 70 Pfg. das Alter, Reg. von 16 J. ab fruchtiger, stark 2731 W. Lippa, Zuhorn 1.

Beinrassen

Justitut Aesculap

Unfälle u. Erkrankungen im Ruhr-Bergbau

H. Hansmann & Co., Bochum. Wiemelhauserstraße 38-42.

Flechten offene Füße

Rino-Salbe

Makulatur

Tausende Raucher empfehlen

Oelsnitz i. Erzgeb.

herzlichsten Glückwünsche!

Schmidhorst.

Lebe hoch!

F. Köller, Bruchsal (Baden)

Fabrik, Wehrhüll

Bergarbeiter-Verfammlungen

Sonntag, den 21. März 1909:

Werkten, Wilsch, Marth, Niederkirchen und Saal. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Adolf Zimmer in Niederkirchen. — 1. Wie erkämpfen wir uns bessere Lohn- und Anknappschäftsverhältnisse? 2. Bericht vom Bergarbeiterkongress. Ref.: Joh. Weimert, St. Johann. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Ludwig Gerhardt in Saal. — 1. Wie erkämpfen wir uns bessere Lohn- und Anknappschäftsverhältnisse? 2. Bericht vom Bergarbeiterkongress. — Referent: Kamerad Joh. Weimert, St. Johann.

Sorbel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Thebe, Brückstraße. Die Bergarbeiter im Reichstag und Stellungnahme der Bergarbeiter hierzu. Referent: Kamerad Pöfster, Gelsenkirchen.

Maderich. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Angerich in Maderich. — 1. Stellungnahme der Arbeitervertreter der Unterhaldungsstelle der Feste Westend gegen die Verleumdung seitens des rheinischen Gewerkschaftsvereins. 2. Die bevorstehende Anknappschäfts- ätzepolitik im Sprengel Nr. 298a. — Referent zur Stelle.

Sonntag, den 22. März 1909:

Dortmund. Vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ede Vesting u. Leibnizstraße. — Die bevorstehende Aetzungspolitik im Sprengel 72a und unser Anknappschäftsstatut. Referent: Ernst Hobbs, Marzen.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Verfammlungen!

Ins goldene Buch

der Erinnerung trägt jeder gern die Stunden ein, in denen es ihm vergönnt war, etwas wirklich vorzügliches und dabei doch höchst preiswertes zu rauchen. Salem Aleikum-Zigaretten sind gleichsam eine Gellichte, der ein Raucher niemals untreu wird.

Salem Aleikum-Zigaretten. Keine Ausstattung, nur Qualität. Echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Yeniköy“, Inhaber Hugo Zietz, Deutschlands grösste Fabrik für Handarbeit-Zigaretten.

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
3/4, 4 5 6 8 10 Pl. d. St.

Die Bergschule d. Giessereitechnikerschule

das in den entsprechenden Fachschulen gelehrt wird und diesen man zu Erlangung höherer Stellen bedarf. Günstige Erfolge bedarf. Günstige Erfolge bedarf. Günstige Erfolge bedarf.

Solidaria Fahrräder

Das beste Rad der Gegenwart

Protokoll vom sozialdemokratischen Parteitag

München 1908. Expl. 65 Pf.

Nieder-Sprockhövel

Der Kameraden von Sprockhövel und Umg. zur Nachricht, daß ich die Agentur der Deutschen Feuerversicherung und der Friedrich Wilhelm Lebens- und Garantie-Versicherung, sowie die Vertretung von

Westrich und Umg.

Bringe den w. Kameraden meine Garten-Sämereien in empfehlender Erinnerung. 5141 Heinrich Gücken.

Bettfedern

Billige böhmische Bettfedern. 10 Pfund: Neue geschliffene 8 Mk., bessere 10 — Mk., weiche sauneweiche geschliffene 15 u. 20 Mk., sauneweiche sauneweiche geschliffene 25 u. 30 Mk. Versand franco, zollfrei, per Nachnahme. — Umfragen und Rücknahme gegen Verbandskarte. — 62221 Ben-dikt Sahael, Lobes 189 bei Wilsen, Wöhrden.

Zahlstellen-Seste.

Mischerleben. Sonntag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wille: Zahlstellenfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball. 650

Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen

Stahlwarenfabrik. Versandhaus I. Ranges.

Versand direkt an Private.

30 Tage zur Probe!

Nr. 7200

Portemonnaie

mit Kautschuk-Stempel

unter Extravorschluss im Schloß. Elegant! Praktisch! Billig! Preis pro Stück nur 2 Mk. franko.

Außergewöhnlich billiges, aber doch gutes u. dauerh. Stempel-Portemonnaie mit herausnehmbarer Kautschukstempel u. Farbklassen im Schloß. Der Stempel wird mit beliebiger Inschrift nach Angabe extra angefertigt u. kann die Adresse des Bestellers enthalten und ist so stets zur Hand, um Briefe, Kuverts, Karten, Bücher usw. stempeln zu können. Havannafarbig saffranartiges Leder, aus einem Stück gearbeitet mit Adlerprägung auf der Klappe, 4 Fächer u. Zahltasche, Hügel u. Schloß fein vernickelt, 7 cm hoch, 9 cm breit, einschl. fertigen Stempel, Farbkissen, Farbe u. Pinsel.

Umsont und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen illustrierten Pracht-Katalog

zirka 9000 Gegenstände enthaltend und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Rasier-Utensilien, Haarscherenmaschinen, Haus- u. Küchengeräte, Gartengeräte, Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradzubehör u. Sportartikel, optische Waren, Luxus- u. Geschenkartikel, Uhrketten, Gold- u. Silberwaren, Uhren, Portemonnaies u. andere Lederwaren, Bürstenwaren, Haarschmuck, Seifen und Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musik-Instrumente, Kinderspielwaren aller Art, und viele andere Artikel in größter Anzahl. 400

Der Wotruf unserer Firma bürgt dafür, daß nur gediegene, elegante und preiswürdige Ware zum Versand kommt. Ueber 8000 lobende Anerkennungs schreiben bestätigen die Güte u. Qualität unserer Waren. Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen. FABRIK-MARKE

Pracht-Katalog

Umsont und portofrei

Umsont und portofrei

Pracht-Katalog

Umsont und portofrei

Pracht-Katalog

Umsont und portofrei

Pracht-Katalog

